

# Monatsbericht des BMF März 2012





Monatsbericht des BMF März 2012

## Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
-	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
	Zahlenwert unbekannt
X	Wert nicht sinnvoll

## □ Inhaltsverzeichnis

# Inhaltsverzeichnis

Editorial	4
Übersichten und Termine	6
Finanzwirtschaftliche Lage	7
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Februar 2012	
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	
Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2011	
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	
Termine, Publikationen	
Analysen und Berichte	36
Bundeshaushalt 2012 – Sollbericht	37
Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 25. und 26. Februar	
in Mexico City	61
Partnerschaften Deutschland 2.0	65
Verfahren der konjunkturellen Wendepunktbestimmung unter Berücksichtigung	
der Echtzeit-Problematik	72
Der Frühwarnbericht 2012 der Europäischen Kommission	79
Statistiken und Dokumentationen	86
Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	115
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	123

## **Editorial**

Liebe Leserinnen und Leser,

mit dem Bundeshaushalt 2012 setzt die Bundesregierung ihren Kurs der wachstumsfreundlichen Konsolidierung der Staatsfinanzen fort. Die Ausgaben steigen gegenüber dem Soll 2011 um lediglich 0,1%, d. h. entlastende und belastende Effekte halten sich die Waage. Der Anstieg liegt zudem weit unter der Inflationsrate. Gleichzeitig ist es gelungen, die Nettokreditaufnahme mit 26,1 Mrd. € gegenüber den ursprünglichen Planungen signifikant zurückzuführen. Im Übrigen wird die nach der Schuldenbremse maximal erlaubte Nettokreditaufnahme im gesamten Finanzplanungszeitraum deutlich unterschritten. Auch der zwischenzeitlich vom Bundeskabinett beschlossene Nachtragshaushalt 2012, der aufgrund der vorgezogenen Einzahlungen in den Europäischen Stabilitätsmechanismus haushaltsrechtlich erforderlich ist, wird den Zielen und Anforderungen der Schuldenbremse unverändert vollständig gerecht.

Die Europäische Kommission hat im Rahmen des neuen Verfahrens zur Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte ihren ersten Frühwarnbericht vorgelegt. Das Verfahren vervollständigt die finanz- und wirtschaftspolitische Steuerung auf EU-Ebene und schließt eine Lücke in der multilateralen Überwachung. Es soll in Verbindung mit der verstärkten Haushaltsüberwachung durch den reformierten Stabilitäts- und Wachstumspakt sowie den jüngst zwischen 25 Mitgliedstaaten geschlossenen Fiskalvertrag auf eine ausgewogene und spannungsfreie Entwicklung in den Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten hinwirken.

Das erste Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure unter mexikanischer Präsidentschaft fand vom 25. bis 26. Februar 2012 in Mexico City statt. Im Fokus der



Gespräche stand die Lage der Weltwirtschaft insbesondere die Schuldenproblematik in Teilen des Euroraums. Bei aller andauernden Besorgnis über die Lage im Euroraum fanden die Fortschritte, die Europa bei der Bewältigung der Staatsschuldenkrise erzielt hat, breite Anerkennung. Neben der Lage der Weltwirtschaft standen die Umsetzung des "G20-Framework for Growth", die Stärkung der internationalen Finanzarchitektur und Fragen der Finanzmarktregulierung sowie der Energie- und Rohstoffmärkte auf der Agenda des Treffens.

Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) hat im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen untersucht, welche Verfahren sich zur frühzeitigen Erkennung konjunktureller Wendepunkte eignen. Die Wendepunktbestimmung ist für die Haushalts- und Finanzplanung von großer Bedeutung. Sie stellt jedoch zugleich eine der größten Herausforderungen für die Konjunkturforschung dar, da sie am aktuellen Rand ("in Echtzeit") sowohl aufgrund der verzögerten Verfügbarkeit von Konjunkturdaten als auch durch Datenrevisionen erschwert ist.

Langfristig angelegte projektbezogene Zusammenarbeit zwischen der öffentlichen Hand und der privaten Wirtschaft in Form von Öffentlich-Privaten-Partnerschaften (ÖPP) ist eine Alternative, um die vorhandenen Mittel für Zukunftsinvestitionen wirtschaftlich einzusetzen. Mit der ÖPP Deutschland AG hat die öffentliche Hand ein leistungsfähiges

#### □ Editorial

Beratungsunternehmen an ihrer Seite, das zu allen Fragen rund um ÖPP und die Durchführung von konkreten Projekten qualifizierte, unabhängige und innovative Beratung bietet. Die Verlängerung der Rahmenvereinbarung mit der ÖPP Deutschland AG in diesem Jahr eröffnet öffentlichen Auftraggebern die Chance, sich die Option auf kompetente Beratung zu Fragen der ÖPP für die nächsten vier Jahre zu sichern. Gleichzeitig gewährt eine Beteiligung an der AG den privaten Unternehmen die

Möglichkeit, ihr Know-how in die Gesellschaft einzubringen und die Rahmenbedingungen für ÖPP mitzugestalten.

P. 2011-

Dr. Thomas Steffen Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

# Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	7
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Februar 2012	
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	17
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2011	28
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	31
Termine, Publikationen	

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

# Finanzwirtschaftliche Lage

#### Ausgabenentwicklung

Mit 62,3 Mrd. € lag das Ergebnis bis einschließlich Februar 2012 um 1,3 Mrd. € (-2,0%) unter dem Vergleichszeitraum

des Vorjahres. Ursächlich hierfür waren insbesondere geringere Ausgaben im Bereich der sozialen Sicherung (- 0,7 Mrd. €) und bei den Zinsen (-1,0 Mrd. €).

#### Entwicklung des Bundeshaushalts

	Ist 2011	Soll 2012	lst - Entwicklung <sup>1</sup> Januar bis Februar 2012
Ausgaben (Mrd. €)	296,2	306,2	62,3
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			-2,0
Einnahmen (Mrd. €)	278,5	279,7	35,4
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			4,1
Steuereinnahmen (Mrd. €)	248,1	249,2	32,6
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			5,1
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-17,7	-26,5	-26,9
Kassenmittel (Mrd. €)	-	-	-16,8
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	-0,3	-0,4	0,1
Nettokreditaufnahme/aktueller Kapitalmarktsaldo (Mrd. €)	-17,3	-26,1	-10,3

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Buchungsergebnisse.

#### Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

## Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

	ls	it	Sc	oll	Ist - Entv	wicklung	Unterjährige
	20	011	20	12	Januar bis Februar 2011	Januar bis Februar 2012	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in M	lio.€	in%
Allgemeine Dienste	54 407	18,4	55 217	18,0	9 602	9 945	+3,0
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	5 931	2,0	6 292	2,1	1 382	1 554	+12,
Verteidigung	31710	10,7	31 734	10,4	5 608	5 857	+4,
Politische Führung, zentrale Verwaltung	6369	2,2	5 798	1,9	1 034	980	-5,
Finanzverwaltung	3 754	1,3	4326	1,4	600	594	-1,
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	16 086	5,4	17 966	5,9	2 007	2 323	+15,
BAföG	1 584	0,5	1 763	0,6	391	399	+2,
Forschung und Entwicklung	9 3 6 1	3,2	10 083	3,3	627	697	+11,
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	155 255	52,4	155 207	50,7	32 735	32 067	-2,
Sozialversicherung	77 976	26,3	78 711	25,7	18 444	18 756	+1,
Darlehen/Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit	8 046	2,7	7 238	2,4	2 600	1 876	-27,
Grundsicherung für Arbeitssuchende	33 035	11,2	33 065	10,8	5 223	5 232	+0,
darunter: Arbeitslosengeld II	19384	6,5	19 600	6,4	3 467	3 384	-2,
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	4855	1,6	5 000	1,6	529	795	+50,
Wohngeld	745	0,3	650	0,2	149	106	-28,
Erziehungsgeld/Elterngeld	4712	1,6	4 904	1,6	832	858	+3,
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	1 684	0,6	1 613	0,5	385	334	-13,
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 335	0,5	1 548	0,5	214	202	-5,
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 033	0,7	2 066	0,7	223	277	+24,
Wohnungswesen	1 366	0,5	1 387	0,5	215	246	+14,
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 656	1,9	5 672	1,9	1 718	1 614	-6,
Regionale Förderungsmaßnahmen	937	0,3	635	0,2	67	54	-19,
Kohlenbergbau	1 349	0,5	1 200	0,4	1 350	1 182	-12,
Gewährleistungen	797	0,3	1 500	0,5	71	117	+64,
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	11 645	3,9	12 384	4,0	1 395	1 167	-16,
Straßen (ohne GVFG)	6115	2,1	6 126	2,0	342	360	+5,
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	15 986	5,4	16 329	5,3	2 546	2 677	+5,
Bundeseisenbahnvermögen	5 0 2 0	1,7	5 239	1,7	629	653	+3,
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	4 037	1,4	4016	1,3	432	436	+0,
Allgemeine Finanzwirtschaft	33 825	11,4	39 811	13,0	13 182	12 073	-8,
Zinsausgaben	32 800	11,1	36 769	12,0	13 013	11 931	-8,
Ausgaben zusammen	296 228	100,0	306 200	100,0	63 623	62 345	-2,

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

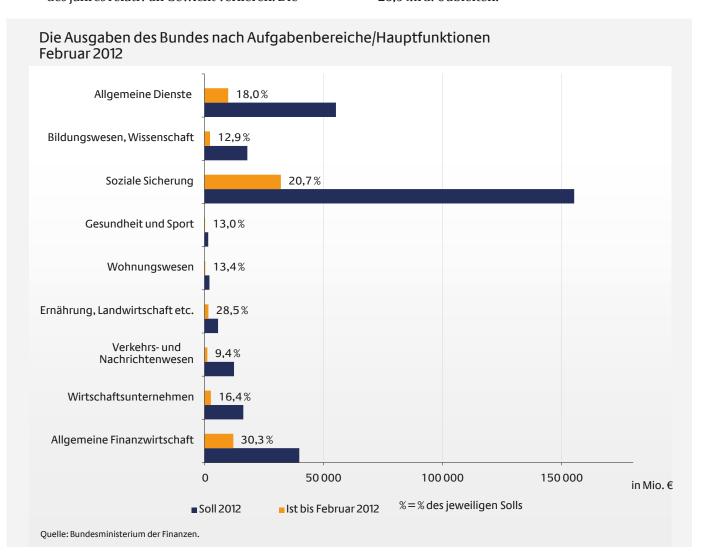
#### Einnahmenentwicklung

Die Einnahmen des Bundes übertrafen bis einschließlich Februar das Ergebnis des Vorjahresvergleichszeitraums mit 35,4 Mrd. € um 1,4 Mrd. € (+4,1%). Die Steuereinnahmen legten zwar im Betrachtungszeitraum mit 32,6 Mrd. € um 1,6 Mrd. € (+5,1%) zu, doch ist dies zu einem nicht unerheblichen Teil auf Sondereffekte zurückzuführen, die im Laufe des Jahres relativ an Gewicht verlieren. Die

Verwaltungseinnahmen lagen mit 2,8 Mrd. € um 5,7% unter dem Vorjahresergebnis.

#### Finanzierungssaldo

Die Aussagekraft der Zahlen zu Jahresbeginn ist noch gering. Eine belastbare Vorhersage zum weiteren Jahresverlauf lässt sich weder aus den einzelnen Positionen noch aus dem derzeitigen Finanzierungssaldo von - 26,9 Mrd. € ableiten.

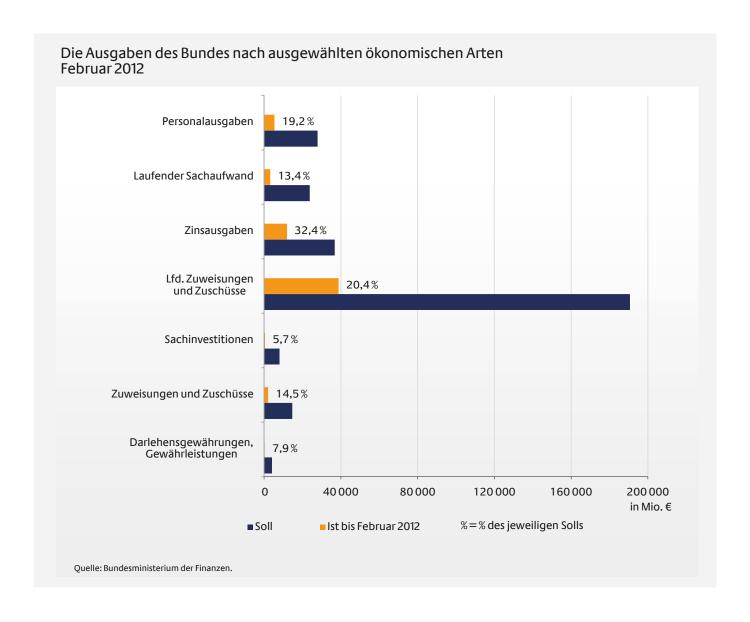


FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

## Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	ls	t	So	II	Ist - Entv	vicklung	Unterjährige	
	20	11	20	12	Januar bis Februar 2011	Januar bis Februar 2012	Veränderung ggü. Vorjahi in %	
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in M	io.€	11170	
Konsumtive Ausgaben	270 850	91,4	279 583	91,3	60 453	59 432	-1,	
Personalausgaben	27 856	9,4	27 897	9,1	5 571	5 363	-3	
Aktivbezüge	20 702	7,0	20 749	6,8	4086	3 841	-6	
Versorgung	7 154	2,4	7 147	2,3	1 486	1 522	+2	
Laufender Sachaufwand	21 946	7,4	23 825	7,8	2 833	3 190	+12	
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 545	0,5	1 283	0,4	219	143	-34	
Militärische Beschaffungen	10 137	3,4	10 673	3,5	1 470	1 488	+1	
Sonstiger laufender Sachaufwand	10 264	3,5	11 869	3,9	1 144	1 558	+36	
Zinsausgaben	32 800	11,1	36 769	12,0	13 013	11 931	-8	
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	187 554	63,3	190 625	62,3	38 967	38 841	-0	
an Verwaltungen	15 930	5,4	17700	5,8	2 067	2 331	+12	
an andere Bereiche	171 624	57,9	172 926	56,5	37 015	36 558	-1	
darunter:								
Unternehmen	23 882	8,1	25 106	8,2	4898	4706	-3	
Renten, Unterstützungen u. a.	26718	9,0	27 161	8,9	4856	4780	-1	
Sozialversicherungen	115 398	39,0	113 678	37,1	26 312	25 630	-2	
Sonstige Vermögensübertragungen	695	0,2	467	0,2	69	106	+53	
Investive Ausgaben	25 378	8,6	26 857	8,8	3 170	2 913	-8	
Finanzierungshilfen	18 202	6,1	18 860	6,2	2 806	2 461	-12	
Zuweisungen und Zuschüsse	14589	4,9	14706	4,8	2 136	2 133	-0	
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 825	1,0	4 153	1,4	177	329	+85	
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	788	0,3	1	0,0	494	0	-100	
Sachinvestitionen	7 175	2,4	7 997	2,6	363	452	+24	
Baumaßnahmen	5814	2,0	6519	2,1	233	328	+40	
Erwerb von beweglichen Sachen	869	0,3	899	0,3	95	90	-5	
Grunderwerb	492	0,2	578	0,2	35	34	-2	
Globalansätze	0	0,0	- 240	-0,1	0	0		
Ausgaben insgesamt	296 228	100,0	306 200	100,0	63 623	62 345	-2	

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

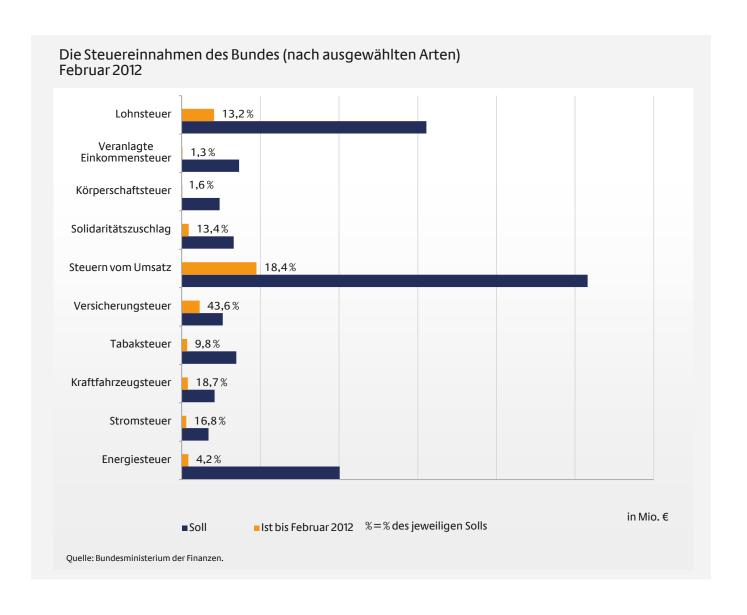


FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

## Entwicklung der Einnahmen des Bundes

	Is	t	Sc	oll	Ist - Entv	vicklung		
	20	11	20	12	Januar bis Februar 2011	Januar bis Februar 2012	Unterjährige Veränderung ggü. Vorjahi	
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €		in%	
I. Steuern	248 066	89,1	249 189	89,1	31 033	32 614	+5,	
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	196 908	70,7	202 749	72,5	29 129	30516	+4,	
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschl. Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge)	93 488	33,6	98 014	35,0	10 479	11 469	+9,	
davon:								
Lohnsteuer	59 475	21,4	62 178	22,2	7 872	8 207	+4,	
veranlagte Einkommensteuer	13 599	4,9	14589	5,2	- 44	184		
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	9 068	3,3	8 013	2,9	2 2 1 1	1 599	-27,	
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	3 529	1,3	3 670	1,3	1318	1 329	+0,	
Körperschaftsteuer	7817	2,8	9 620	3,4	- 878	150		
Steuern vom Umsatz	101 899	36,6	103 169	36,9	18 566	19 021	+2,	
Gewerbesteuerumlage	1 520	0,5	1 566	0,6	83	26	-68	
Energiesteuer	40 036	14,4	40 150	14,4	1 429	1 672	+17	
Tabaksteuer	14414	5,2	13 900	5,0	1 169	1 359	+16	
Solidaritätszuschlag	12 781	4,6	13 200	4,7	1 661	1 774	+6,	
Versicherungsteuer	10 755	3,9	10 450	3,7	4283	4 557	+6,	
Stromsteuer	7 247	2,6	6 8 2 0	2,4	953	1 148	+20,	
Kraftfahrzeugsteuer	8 422	3,0	8 3 7 5	3,0	1 532	1 569	+2	
Kernbrennstoffsteuer	922	0,3	1 470	0,5	0	- 503		
Branntweinabgaben	2 151	0,8	2 121	0,8	456	449	-1,	
Kaffeesteuer	1 028	0,4	1 020	0,4	178	171	-3,	
Luftverkehrsteuer	905	0,3	945	0,3	59	119	+101,	
Ergänzungszuweisungen an Länder	-12 110	-4,3	-11 563	-4,1	0	0		
BNE-Eigenmittel der EU	-18 003	-6,5	-22 810	-8,2	-5 979	-6 268	+4,	
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-1 890	-0,7	-2 030	-0,7	- 555	- 644	+16,	
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-6 980	-2,5	-7 085	-2,5	-1 163	-1 181	+1,	
Zuweisung an die Länder für Kfz-Steuer und Lkw- Maut	-8 992	-3,2	-8 992	-3,2	-2248	-2 248	+0,	
II. Sonstige Einnahmen	30 455	10,9	30 548	10,9	2 978	2 809	-5,	
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4971	1,8	6 101	2,2	190	88	-53,	
Zinseinnahmen	483	0,2	576	0,2	32	34	+6,	
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	5 2 6 7	1,9	7 213	2,6	317	329	+3,	
Einnahmen zusammen	278 520	100,0	279 737	100,0	34 012	35 423	+4	

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE



Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Februar 2012

# Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Februar 2012

Die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) sind im Februar 2012 im Vorjahresmonatsvergleich um + 6,9 % gestiegen. Hierzu haben die gemeinschaftlichen Steuern mit + 7,4 %, die Bundessteuern mit + 5,5 % und die Ländersteuern mit + 7,7 % beigetragen. Im Zeitraum Januar bis Februar 2012 erhöhte sich das Aufkommen insgesamt um + 5,4 %.

Aufgrund deutlich höherer EU-Abführungen war der Zuwachs im Aufkommen des Bundes im Februar mit + 5,5 % geringer als bei den Ländern (+ 6,9 %). Im kumulierten Zeitraum Januar bis Februar ist es umgekehrt: Bund + 5,7 %, Länder + 5,3 %.

Die Kasseneinnahmen bei der Lohnsteuer lagen im Februar 2012 um +7,1% über dem Niveau des Vorjahresmonats. Das Bruttoaufkommen der Lohnsteuer (vor Abzug Kindergeld und Altersvorsorgezulage) nahm im Berichtsmonat um +3,6% zu. Die Zuwachsrate liegt somit in diesem Monat höher als noch im Januar, erreicht aber bei Weitem nicht die Dynamik des Vorjahresfebruars (+6,8%).

Die Kasseneinnahmen der veranlagten Einkommensteuer verbesserten sich im Februar 2012 um rund 0,4 Mrd. € gegenüber dem Vorjahresmonat auf -0,1 Mrd. €. Das Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer brutto stieg im Vorjahresmonatsvergleich um + 68,9 %. Dies steht im Zusammenhang mit einem starken Rückgang der Erstattungen für weiter zurückliegende Jahre aufgrund von Betriebsprüfungen. Die aus dem Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer geleisteten Arbeitnehmer-Erstattungen haben sich nur geringfügig vermindert (-1,6 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum).

Die Einnahmen bei der Körperschaftsteuer sind im Februar 2012 um circa 130 Mio. € gegenüber dem Vorjahresmonat auf - 25 Mio. € zurückgegangen. Solche Schwankungen im Vorjahresvergleich sind für diesen Monat durchaus üblich; erst im aufkommensstarken Monat März, wenn die erste Rate der Vorauszahlungen für das Jahr 2012 fällig wird, lassen sich erste Schlüsse über den Jahresverlauf ziehen.

Das Kassenaufkommen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag hat sich von 0,2 Mrd. € im Vorjahresmonat auf 0,5 Mrd. € im Februar 2012 erhöht. Dabei stiegen die Einnahmen aus den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag brutto gegenüber dem Vorjahresmonat um + 41,5 %, während sich die Erstattungen durch das Bundeszentralamt für Steuern um - 49,3 % reduzierten.

Das Volumen der Abgeltungsteuer auf Zinsund Veräußerungserträge unterschritt das Ergebnis des Vorjahresmonats mit - 0,8 % nur leicht. Das durchschnittliche Zinsniveau ist nach wie vor sehr niedrig und im Zeitablauf fallend.

Die Steuern vom Umsatz übertrafen im Berichtsmonat Februar 2012 das Niveau von Februar 2011 um + 5,2%. Damit wurde die relativ schwache Entwicklung im Januar ausgeglichen. In beiden Monaten zusammen wuchs das Steueraufkommen um + 3,4% gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Die Einnahmen aus der Einfuhrumsatzsteuer stiegen um + 2,1%. Das Niveau der (Binnen-) Umsatzsteuer übertraf den Vorjahreszeitraum um + 6,1%.

Die reinen Bundessteuern überstiegen im Februar 2012 ihr Vorjahresmonatsaufkommen um + 5,5 %. Der Anstieg des Energiesteuer-

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Februar 2012

#### Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr<sup>1</sup>

2012	Februar	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis Februar	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2012 <sup>4</sup>	Veränderun ggü. Vorjah
	in Mio €	in%	in Mio €	in%	in Mio €	in%
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer <sup>2</sup>	11 200	+7,1	23 407	+4,5	146 300	+4,7
veranlagte Einkommensteuer	- 75	Х	432	X	34 400	+7,5
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	482	+142,4	3 197	-27,7	16 025	-11,6
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschl. ehem. Zinsabschlag)	587	-0,8	3 021	+0,9	8 341	+4,0
Körperschaftsteuer	- 25	Х	300	Х	19240	+23,1
Steuern vom Umsatz	19872	+5,2	35 661	+3,4	195 200	+2,7
Gewerbesteuerumlage	228	-5,4	143	-28,5	3 780	+3,0
erhöhte Gewerbesteuerumlage	51	-33,9	121	-21,9	3 234	+0,5
gemeinschaftliche Steuern insgesamt	32 319	+7,4	66 283	+5,6	426 520	+3,9
Bundessteuern						
Energiesteuer	1 359	+12,3	1 672	+17,0	40 150	+0,3
Tabaksteuer	982	+17,8	1 359	+16,2	13 900	-3,6
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	246	-5,4	449	-1,2	2 120	-1,4
Versicherungsteuer	4018	+7,0	4 5 5 7	+6,4	10 450	-2,8
Stromsteuer	604	+37,2	1 148	+20,5	6 820	-5,9
Kraftfahrzeugsteuer	596	+7,9	1 569	+2,4	8 3 7 5	-0,6
Luftverkehrsteuer	65	+10,6	119	+101,7	1 000	+10,5
Kernbrennstoffsteuer	- 348	Х	- 503	Х	1 470	+59,4
Solidaritätszuschlag	756	+4,5	1 774	+6,8	13 200	+3,3
übrige Bundessteuern	147	-3,1	294	-4,5	1 490	-0,8
Bundessteuern insgesamt	8 426	+5,5	12 438	+5,0	98 975	-0,2
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	296	-5,2	670	-12,3	4484	+5,6
Grunderwerbsteuer	614	+15,3	1 245	+22,7	6980	+9,7
Rennwett- und Lotteriesteuer	123	+12,8	253	+7,9	1 459	+2,7
Biersteuer	44	+2,1	102	+0,9	690	-1,7
Sonstige Ländersteuern	21	-7,5	37	-2,8	355	-1,8
Ländersteuern insgesamt	1 098	+7,7	2 307	+7,2	13 968	+6,7
EU-Eigenmittel						
Zölle	409	-2,1	727	-3,1	4 440	-2,9
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	483	+19,2	644	+16,0	2 030	+7,4
BSP-Eigenmittel	4806	+10,1	6 2 6 8	+4,8	22 810	+26,7
EU-Eigenmittel insgesamt	5 697	+9,9	7 639	+4,9	29 280	+19,7
Bund <sup>3</sup>	16 721	+5,5	33 257	+5,7	249 918	+0,8
Länder <sup>3</sup>	17 698	+6,9	36 210	+5,3	232 703	+3,8
EU	5 697	+9,9	7 639	+4,9	29 280	+19,7
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	2 136	+9,7	4 650	+5,9	32 002	+4,9
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	42 252	+6,9	81 756	+5,4	543 903	+3,2

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

 $<sup>^2\,</sup> Nach\, Abzug\, der\, Kindergelderstattung\, durch\, das\, Bundeszentralamt\, für\, Steuern.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vgl. Fn. 1).

 $<sup>^4\,\</sup>mathrm{Ergebnis}\,\mathrm{AK}$  "Steuerschätzungen" vom November 2011.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Januar 2012

aufkommens um + 12,3 % wird vor allem von den Einnahmen aus der Energiesteuer auf Erdgas verursacht, die sich gegenüber dem ungewöhnlich schwachen Vorjahresmonat fast verdreifacht haben. Die Tabaksteuer verzeichnete einen Zuwachs von + 17,8 %. Es ist unwahrscheinlich, dass sich diese Entwicklung im weiteren Jahresverlauf fortsetzen wird. Bei der Versicherungsteuer ist ein Plus von + 7.0 % zu verzeichnen. Damit trägt sie mit + 260 Mio. € erheblich zu der positiven Entwicklung der Bundessteuern bei. Der Februar ist allerdings bei der Versicherungsteuer der aufkommensstärkste Monat (circa ein Drittel des Jahresaufkommens). Auch die Stromsteuer (+37,2%), die Kraftfahrzeugsteuer (+7,9%) und der Solidaritätszuschlag (+4,5 %) konnten im Vorjahresmonatsvergleich Mehreinnahmen verbuchen. Im Februar 2012 musste aufgrund eines weiteren Finanzgerichtsbeschlusses erneut Kernbrennstoffsteuer in Höhe von insgesamt - 348 Mio. € im Wege des einstweiligen Rechtsschutzes an die jeweiligen Steuerschuldner zurückerstattet werden.

Die Rückerstattungen belaufen sich in den ersten beiden Monaten des Jahres 2012 inzwischen auf - 503 Mio. €, sodass die insgesamt seit der Einführung der Steuer erzielten Einnahmen nur noch 420 Mio. € betragen. Die Einnahmen aus der Luftverkehrsteuer erreichten mit nunmehr 65 Mio. € einen Zuwachs von + 10,6 %. Insgesamt stiegen die Bundessteuern im Berichtszeitraum Januar bis Februar 2012 um + 5,0 %. Es kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht davon ausgegangen werden, dass sich die Einnahmeentwicklung bei den Bundessteuern im Rest des Jahres auf dem gleichen Niveau fortsetzen wird. Hierfür ist angesichts der Volatilität des monatlichen Aufkommens der Betrachtungszeitraum noch zu kurz.

Die reinen Ländersteuern übertrafen im Berichtsmonat das Vorjahresniveau um +7.7%. Zu verdanken ist dieser Anstieg erneut den Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer, die, u. a. wegen im Verlauf des vergangenen Jahres vielfach gestiegener Steuersätze, um + 15,3 % im Vorjahresmonatsvergleich zulegen konnten. Auch die Einnahmen aus der Rennwett- und Lotteriesteuer (+12,8%), der Biersteuer (+2,1%) und der Feuerschutzsteuer (+0,7%) entwickelten sich positiv. Das Aufkommen aus der Erbschaftsteuer sank hingegen um - 5,2 %. Insgesamt stiegen die Ländersteuern im Berichtszeitraum Januar bis Februar 2012 kräftig um + 7,2% im Vorjahresvergleich.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

# Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

#### Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im Februar durchschnittlich 4,45 % (4,70 % im Januar).

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe betrug Ende Februar 1,82 % (1,84 % Ende Januar).

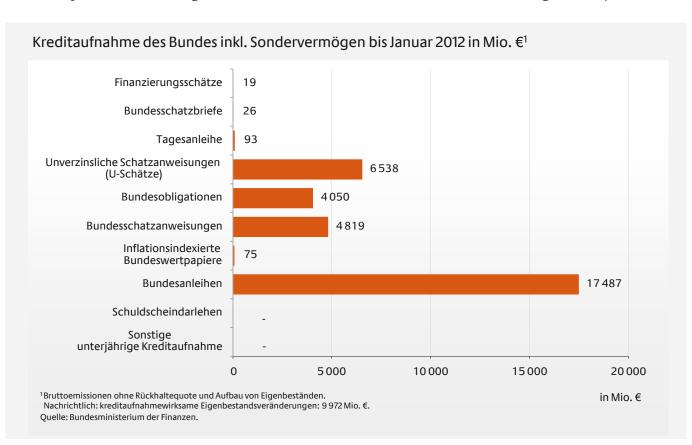
Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich Ende Februar auf 0,98 % (1,13 % Ende Januar).

Die Europäische Zentralbank hat in der EZB-Ratssitzung am 8. März 2012 beschlossen, die geltenden Zinssätze für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 1,00 %, 1,75 % beziehungsweise 0,25 % zu belassen.

Der deutsche Aktienindex betrug 6 856 Punkte am 29. Februar (6 459 Punkte am 31. Januar). Der Euro Stoxx 50 stieg von 2 417 Punkten am 31. Januar auf 2 512 Punkte am 29. Februar.

#### Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 lag im Januar 2012 bei 2,5 % nach 1,5 % im Dezember 2011 und 2,0 % im November 2011. Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresänderungsraten von M3 für den Zeitraum von November 2011 bis Januar 2012 blieb gegenüber dem vorherigen Zeitraum unverändert und lag bei 2,0 % (der



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Referenzwert für das jährliche M3-Wachstum beträgt derzeit 4,5 %).

Die jährliche Änderungsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum betrug im Januar 0,7 % nach 0,4 % im Vormonat.

In Deutschland betrug die Änderungsrate der Kreditgewährung an Unternehmen und Privatpersonen 1,07% im Januar 2012 gegenüber 0,85% im Dezember 2011.

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes inklusive Sondervermögen

Im Januar 2012 betrug der Bruttokreditbedarf von Bund und Sondervermögen 33,11 Mrd. €. Davon wurden 22,99 Mrd. € im Rahmen des

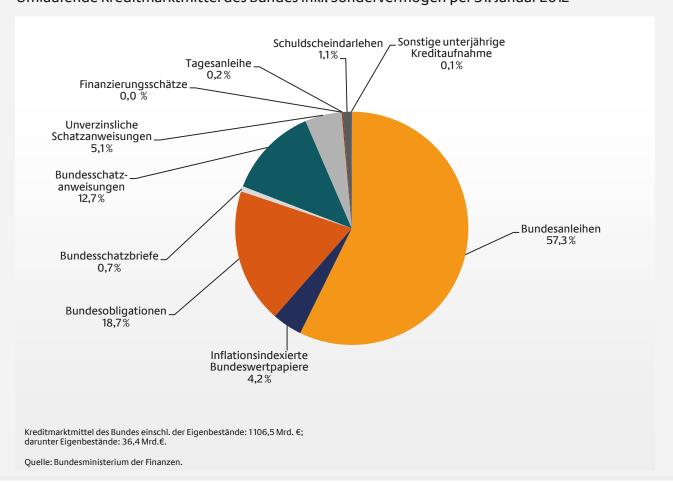
Emissionskalenders umgesetzt. Die übrige Kreditaufnahme erfolgte durch Verkäufe im Privatkundengeschäft des Bundes und im Rahmen von Marktpflegeoperationen (Eigenbestandsabbau: 9,97 Mrd. €).

Die konkreten Kapital- und Geldmarktemissionen für die Finanzierung von Bund und Sondervermögen sind in der Übersicht über die "Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2012" dargestellt.

Im Januar 2012 betrugen die Tilgungen für Bund und Sondervermögen 34,16 Mrd. € und die Zinszahlungen 11,15 Mrd. €.

Die aufgenommenen Mittel wurden zur Finanzierung des Bundeshaushalts in Höhe von 33,11 Mrd. € eingesetzt.

#### Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes inkl. Sondervermögen per 31. Januar 2012



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

## Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2012 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
							in Mrd.	€					
Anleihen	25,0												25,0
Bundesobligationen	-												-
Bundesschatzanweisungen	-												-
U-Schätze des Bundes	8,9												8,9
Bundesschatzbriefe	0,1												0,1
Finanzierungsschätze	0,0												0,0
Tagesanleihe	0,1												0,1
MTN der Treuhandanstalt	-												-
Schuldscheindarlehen	-												-
Sonst. unterjährige Kreditaufnahme	0,0												0,0
Sonstige Schulden gesamt	34,2												34,2
Gesamtes Tilgungsvolumen	34,5												34,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

## Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2012 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
							in Mrd.	€					
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	11,2												11,2

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

## Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2012 Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup> Soll	Volumen <sup>1</sup> Ist
Bundesanleihe ISIN DE0001135465 WKN 113546	Aufstockung	4. Januar 2012	10 Jahre   fällig 4. Januar 2022 Zinslaufbeginn 25. November 2011 erster Zinstermin 4. Januar 2013	5 Mrd. €	5 Mrd.€
Bundesobligation ISIN DE0001141620 WKN 114162	Neuemission	11. Januar 2012	5 Jahre / fällig 24. Februar 2017 Zinslaufbeginn 13. Januar 2012 erster Zinstermin 24. Februar 2013	4 Mrd. €	4 Mrd.€
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137362 WKN 113736	Aufstockung	18. Januar 2012	2 Jahre / fällig 13. Dezember 2013 Zinslaufbeginn 18. November 2011 erster Zinstermin 13. Dezember 2012	4 Mrd. €	4 Mrd.€
Bundesanleihe ISIN DE0001135432 WKN 113543	Aufstockung	25. Januar 2012	30 Jahre / fällig 4. Juli 2042	3 Mrd. €	3 Mrd.€
Bundesanleihe ISIN DE0001135465 WKN 113546	Aufstockung	1. Februar 2012	10 Jahre / fällig 4. Januar 2022 Zinslaufbeginn 25. November 2011 erster Zinstermin 4. Januar 2013	5 Mrd. €	5 Mrd.€
Bundesobligation ISIN DE0001141620 WKN 114162	Aufstockung	8. Februar 2012	5 Jahre / fällig 24. Februar 2017 Zinslaufbeginn 13. Januar 2012 erster Zinstermin 24. Februar 2013	4 Mrd. €	4 Mrd.€
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137370 WKN113737	Neuemission	22. Februar 2012	2 Jahre / fällig 14. März 2014 Zinslaufbeginn 24. Februar 2012 erster Zinstermin 14. März 2013	5 Mrd. €	5 Mrd.€
Bundesanleihe ISIN DE0001135465 WKN 113546	Aufstockung	29. Februar 2012	10 Jahre / fällig 4. Januar 2022 Zinslaufbeginn 25. November 2011 erster Zinstermin 4. Januar 2013	4 Mrd. €	4 Mrd.€
Bundesobligation ISIN DE0001141620 WKN 114162	Aufstockung	7. März 2012	5 Jahre / fällig 24. Februar 2017 Zinslaufbeginn 13. Januar 2012 erster Zinstermin 24. Februar 2013	ca.4Mrd.€	
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137370 WKN 113737	Aufstockung	21. März 2012	2 Jahre / fällig 14. März 2014 Zinslaufbeginn 24. Februar 2012 erster Zinstermin 14. März 2013	ca. 5 Mrd. €	
			1. Quartal 2012 insgesamt	ca. 43 Mrd. €	

 $<sup>^1</sup> Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$ 

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

#### Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2012 Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup> Soll	Volumen <sup>1</sup> Ist
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115996 WKN 111599	Neuemission	9. Januar 2012	6 Monate / fällig 11. Juli 2012	4 Mrd. €	4 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001116002 WKN 111600	Neuemission	23. Januar 2012	12 Monate / fällig 23. Januar 2013	3 Mrd. €	3 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001116010 WKN 111601	Neuemission	13. Februar 2012	6 Monate / fällig 15. August 2012	4 Mrd. €	4 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001116028 WKN 111602	Neuemission	27. Februar 2012	12 Monate / fällig 27. Februar 2013	3 Mrd. €	3 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001116036 WKN 111603	Neuemission	12. März 2012	6 Monate / fällig 12. September 2012	ca.4Mrd.€	
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001116044 WKN 111604	Neuemission	26. März 2012	12 Monate / fällig 27. März 2013	ca. 3 Mrd. €	
			1. Quartal 2012 insgesamt	ca. 21 Mrd. €	

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Volumen einschließlich Marktpflegequote.

# Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2012 Sonstiges

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup> Soll	Volumen <sup>1</sup> Ist
Inflations indexierte Bundes wertpapiere				2 -3 Mrd. €	2 -3 Mrd. €
			1. Quartal 2012 insgesamt	2 - 3 Mrd. €	2 - 3 Mrd. €

 $<sup>^1</sup> Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$ 

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

# Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Die wirtschaftliche Aktivität in Deutschland dürfte sich im 1. Quartal stabilisiert haben.
- Im Verlauf des Jahres wird die Konjunktur wieder an Schwung gewinnen.
- Der Beschäftigungsaufbau setzte sich zu Jahresbeginn unvermindert fort.
- Der Preisauftrieb auf der Verbraucherstufe hat zuletzt zugenommen.

Die wirtschaftliche Aktivität in Deutschland dürfte sich im 1. Quartal stabilisiert haben. Hinzu kommt eine deutliche Verbesserung der Stimmung in allen Wirtschaftsbereichen. So ist der ifo-Geschäftsklimaindex, insbesondere auch die Erwartungskomponente, im Februar bereits den vierten Monat in Folge angestiegen. Im Verlauf dieses Jahres dürfte zudem die Weltkonjunktur wieder anziehen. Damit bekräftigt das aktuelle Indikatorenbild die Erwartung, dass die Konjunktur im Sommerhalbjahr wieder an Schwung gewinnen dürfte.

Im Schlussquartal 2011 war das Bruttoinlandsprodukt in realer Rechnung leicht rückläufig (kalender- und saisonbereinigt - 0,2% gegenüber dem Vorquartal). Damit ist es in Deutschland zum Jahresende zu der erwarteten konjunkturellen Abschwächung gekommen. Die vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Detailergebnisse zeigen, dass der Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität rein rechnerisch maßgeblich auf einen negativen Außenbeitrag zurückzuführen war (-0,3 Prozentpunkte), während von der Binnennachfrage leicht positive Impulse (+0,1 Prozentpunkte) ausgingen. Dabei wurde die Zunahme der Binnennachfrage im Vorquartalsvergleich vor allem von einem Anstieg der Bauinvestitionen getragen, während die Ausrüstungsinvestitionen stagnierten und der Konsum der privaten Haushalte leicht rückläufig war. Damit war die wirtschaftliche

Schwächephase im Schlussquartal des Jahres 2011 vor allem eine Reaktion auf die Eintrübung des weltwirtschaftlichen Umfelds.

Im Januar 2012 zeigen die nominalen Warenexporte allerdings einen guten Einstieg in das neue Jahr. Sie nahmen mit saisonbereinigt + 2,3% deutlich gegenüber dem Vormonat zu. Der Rückgang des vorangegangenen Monats konnte jedoch nicht aufgeholt werden, sodass die Entwicklung der Exporte tendenziell abwärtsgerichtet blieb. Im Vergleich zum Vorjahr überschritt der Wert der Warenausfuhren das entsprechende Vorjahresniveau um 9,3%. Dabei war der Anstieg der Ausfuhren in Drittländer um mehr als das Dreifache höher als der in den Euroraum.

Die nominalen Warenimporte nahmen im Januar in etwa gleicher Höhe zu wie die Warenexporte. Im Zweimonatsvergleich zeigt sich auch hier ein deutlicher Abwärtstrend. Nach Ursprungswerten wurde das entsprechende Vorjahresergebnis um 6,3 % überschritten. Dabei stiegen die Einfuhren aus dem Euroraum (+7,1% gegenüber Vorjahr) wesentlich stärker an als die Einfuhren aus Drittländern (+4,5 %). Die Zunahme der Nachfrage in Deutschland nach Gütern aus Drittländern spiegelt sich auch in dem Anstieg der Einnahmen aus der Einfuhrumsatzsteuer um 3,6 % für den Zeitraum Januar bis Februar gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum wider.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Mit der jüngsten Zunahme der Exporte und Importe flachte sich deren Abwärtstrend etwas ab. Die von der Exporttätigkeit ausgehenden Impulse dürften jedoch vorerst schwach bleiben. So spiegelt sich in der rückläufigen Auslandsnachfrage nach deutschen Industriegütern weiterhin die derzeit ruhigere Gangart der Weltwirtschaft wider. Die vom ifo-Institut befragten Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes schätzen ihre Exportchancen im Februar zwar etwas optimistischer ein als im 4. Quartal 2011. Die Exporterwartungen bleiben jedoch auf dem Niveau von Januar. Für den weiteren Jahresverlauf gibt es Anzeichen einer leichten Erholung der globalen Wirtschaft. Dies entspricht auch der Jahresprojektion der Bundesregierung, in der für die 2. Jahreshälfte von zunehmenden außenwirtschaftlichen Impulsen für die deutsche Konjunktur ausgegangen wird. So stieg der OECD Composite Leading Indicator im Januar das dritte Mal in Folge an. Der Indikator für den Welthandel des niederländischen CPB-Instituts erhöhte sich zuletzt ebenfalls. Hinzu kommt, dass sich die US-Wirtschaft angesichts der jüngsten positiven Daten zum 4. Quartal 2011 schneller zu erholen scheint als bisher angenommen. Der Aufschwung in den Schwellenländern dürfte sich fortsetzen, könnte jedoch angesichts eines unterdurchschnittlichen Anstiegs des entsprechenden OECD-Frühindikators etwas an Dynamik verlieren. Dämpfend auf die deutsche Exportwirtschaft dürfte sich die anhaltende konjunkturelle Schwäche in den Ländern des Euroraums auswirken.

Was die binnenwirtschaftliche Aktivität anbelangt, so zeigt die industrielle Produktion eine leichte Belebung zu Jahresbeginn an. Mit einem Anstieg der industriellen Erzeugung um saisonbereinigt 1,4% konnte der deutliche Rückgang des Vormonats jedoch nicht ausgeglichen werden. Im Zweimonatsvergleich ist die Produktion weiterhin abwärtsgerichtet. Im Januar konnte vor allem die industrielle Erzeugung im Investitionsgüterbereich spürbar gesteigert werden (saisonbereinigt + 3,5% gegenüber dem Vormonat). Dies ging

insbesondere auf Produktionssteigerungen im Maschinenbau sowie im Kfz-Bereich zurück.

Die Umsätze in der Industrie erhöhten sich im Januar leicht. Hierzu trugen sowohl die Auslands- als auch die Inlandsumsätze bei. Die Zunahme der industriellen Inlandsumsätze erstreckt sich über alle drei betrachteten Gütergruppen (Vorleistungs-, Investitions- und Konsumgüter). Insgesamt sind die Umsätze in der Industrie im Zweimonatsvergleich aufgrund der ungünstigen Entwicklung im Schlussquartal 2011 jedoch weiterhin deutlich abwärtsgerichtet.

Mit dem Anstieg der Industrieproduktion im Januar bestätigt ein wichtiger "harter" Konjunkturindikator die zuletzt günstige Entwicklung der Stimmungsindikatoren. So hatte der Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe im Januar erstmals wieder die Wachstumsschwelle überschritten, was laut Umfrage insbesondere auf eine deutliche Produktionsausweitung zurückzuführen war. Auch die ifo-Umfrage signalisierte bereits zu Jahresbeginn eine Verbesserung der Geschäftslage im Verarbeitenden Gewerbe, die im Februar von den Unternehmen jedoch wieder etwas zurückhaltender beurteilt wurde.

Vor dem Hintergrund der in der
Tendenz noch deutlich rückläufigen
industriellen Auftragsentwicklung bleibt
die Produktionstätigkeit in der Industrie
zunächst noch belastet. So gingen die
Auftragseingänge im Januar deutlich zurück.
Dies war jedoch ausschließlich auf rückläufige
Auslandsbestellungen zurückzuführen,
während die Auftragseingänge aus dem Inland –
insbesondere im Vorleistungsgüterbereich –
leicht zunahmen. Erst mit einer spürbaren
Ausweitung der Auftragseingänge insgesamt
dürfte die konjunkturelle Schwächephase in der
Industrie vollständig überwunden werden.

Die Bauproduktion stieg – nach kräftigem Rückgang im Vormonat – im Januar wieder deutlich an. Im Zweimonatsvergleich ergibt

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

## Finanz politisch wichtige Wirtschafts daten

	2011		Veränderung in % gegenüber					
Gesamtwirtschaft / Einkommen	Mrd. € bzw. Index	ggü. Vorj. in %	Vorpe	riode (saisoı	nbereinigt)		Vorjah	r
			2.Q.11	3.Q.11	4.Q.11	2.Q.11	3.Q.11	4.Q.11
Bruttoinlandsprodukt								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	109,7	+3,0	+0,3	+0,6	-0,2	+3,0	+2,6	+1,5
jeweilige Preise	2 571	+3,8	+0,7	+0,8	+0,0	+3,9	+3,5	+2,6
Einkommen								
Volkseinkommen	1 963	+3,4	-0,5	+1,2	-0,3	+3,3	+3,7	+2,1
Arbeitnehmerentgelte	1318	+4,4	+1,2	+0,2	+0,8	+5,0	+4,3	+3,9
Unternehmens- und								
Vermögenseinkommen	644	+1,5	-3,8	+3,4	-2,5	-0,2	+2,6	-2,2
Verfügbare Einkommen								
der privaten Haushalte	1 627	+3,2	+0,4	+0,9	+0,7	+3,3	+3,5	+2,8
Bruttolöhne ugehälter	1.075	+4,7	+1,4	-0,0	+0,7	+5,4	+4,4	+4,1
Sparen der privaten Haushalte	181	+0,3	+0,5	+0,1	+2,9	-0,1	+0,5	+3,2
		2011	Veränderung in % gegenüber					
Außenhandel / Umsätze / Produktion /			Vorperiode (saisonbereinigt)			Vorjahr <sup>1</sup>		
Auftragseingänge	Mrd. € bzw. Index	ggü.Vorj. in%	Dez 11	Jan 12	Zweimonats- durchschnitt	Dez 11	Jan 12	Zweimonats
in jeweiligen Preisen								
Umsätze im Bauhauptgewerbe (Mrd. €)	92	+12,5	+1,4		+3,8	+24,3		+16,8
Außenhandel (Mrd. €)								
Waren-Exporte	1.060	+11,4	-4,4	+2,3	-2,0	+4,9	+9,3	+7,1
Waren-Importe	902	+13,2	-3,9	+2,4	-2,8	+5,4	+6,3	+5,8
in konstanten Preisen von 2005								
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2005 = 100)	112,1	+7,9	-2,6	+1,6	-1,8	+1,3	+1,8	+1,5
Industrie <sup>2</sup>	114,0	+8,9	-2,0	+1,4	-1,5	+1,4	+2,8	+2,1
Bauhauptgewerbe	123,0	+13,4	-6,5	+4,3	-3,0	+44,0	+6,5	+23,7
Umsätze im Produzierenden Gewerbe								
Industrie (Index 2005 = 100) <sup>2</sup>	110,5	+7,5	-1,5	+0,6	-1,8	-0,1	+0,6	+0,2
Inland	106,3	+7,4	-1,0	+0,9	-1,4	+3,7	+3,0	+3,4
Ausland	115,3	+7,6	-2,1	+0,2	-2,3	-4,0	-2,1	-3,1
Auftragseingang (Index 2005 = 100)								
Industrie <sup>2</sup>	113,8	+7,6	+1,6	-2,7	-2,3	+0,0	-4,9	-2,5
Inland	110,1	+7,2	-1,8	+0,9	-1,9	+1,0	-2,4	-0,8
Ausland	116,9	+7,9	+4,3	-5,5	-2,6	-0,8	-7,0	-3,9
Bauhauptgewerbe	101,1	+4,5	-2,9		+8,1	+13,7		+12,7
Umsätze im Handel								
(Index 2005=100) Einzelhandel	98,1	+0,9	+0,1	-1,6	-0,9	-0,9	+1,7	+0,2
(ohne Kfz und mit Tankstellen)								

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

#### Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

	2011		Veränderung in Tsd. gegenüber						
Arbeitsmarkt	Personen	ggü. Vorj. in %	Vorperiode (saisonbereinigt)			Vorjahr			
	Mio.		Dez 11	Jan 12	Feb 12	Dez 11	Jan 12	Feb 12	
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	2,98	-8,1	-20	-26	+0	-231	-261	-203	
Erwerbstätige, Inland	41,10	+1,3	+57	+86		+572	+611		
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	28,38	+2,4	+59			+718			
	2011		Veränderung in % gegenüber						
Preisindizes 2005 = 100		N i 0/	Vorperiode			Vorjahr			
	Index	ggü. Vorj. in %	Dez 11	Jan 12	Feb 12	Dez 11	Jan 12	Feb 12	
Importpreise	117,0	+8,0	+0,3	+1,3		+3,9	+3,7		
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	115,9	+5,7	-0,4	+0,6		+4,0	+3,4		
Verbraucherpreise	110,7	+2,3	+0,7	-0,4	+0,7	+2,1	+2,1	+2,3	
ifo-Geschäftsklima	sais on bereinigte Salden								
gewerbliche Wirtschaft	Jul 11	Aug 11	Sep 11	Okt 11	Nov 11	Dez 11	Jan 12	Feb 12	
Klima	+17,8	+9,6	+7,4	+5,6	+6,0	+7,1	+9,1	+11,6	
Geschäftslage	+30,3	+23,8	+23,7	+21,5	+21,4	+21,4	+20,6	+22,8	
Geschäftserwartungen	+6,1	-3,6	-7,7	-9,2	-8,3	-6,3	-1,8	+1,0	

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Produktion arbeitstäglich, Umsatz, Auftragseingang Industrie kalenderbereinigt, Auftragseingang Bau saisonbereingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

sich jedoch weiterhin ein klarer Abwärtstrend (saisonbereinigt - 3,0 %). Angesichts einer Zunahme der Baugenehmigungen, die insbesondere für den gewerblichen Bau zum Ende des vergangenen Jahres beobachtet werden konnte, sowie der guten Auftragslage im Bauhauptgewerbe sind die Aussichten für eine Erholung in diesem Wirtschaftsbereich günstig.

Zum Jahresende 2011 hat die Konsumtätigkeit der privaten Haushalte etwas nachgelassen. Im Schlussquartal sanken die privaten Konsumausgaben gegenüber den vorangegangenen Sommermonaten in preissaison- und kalenderbereinigter Betrachtung um 0,2%. Allerdings fällt das Ergebnis für das 3. Quartal aufgrund einer Aufwärtsrevision nach aktuellem Datenstand nun deutlich höher aus als zunächst veranschlagt. Damit zeigt sich mit Blick auf die privaten Konsumausgaben in der Halbjahresbetrachtung ein insgesamt günstiges Bild. So wurde der private Konsum im

2. Halbjahr 2011 gegenüber der 1. Jahreshälfte um (saisonbereinigt) 0,7% ausgeweitet. Im Jahresdurchschnitt ergab sich 2011 gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg um real 1,5%.

Das aktuelle Indikatorenbild stellt sich im Hinblick auf die weitere Entwicklung des privaten Konsums uneindeutig dar. So sind die realen Einzelhandelsumsätze nach einem deutlichen Rückgang im Januar im Mehrmonatsvergleich klar abwärtsgerichtet. Dagegen deuten die Stimmungsindikatoren nach wie vor auf eine Belebung der privaten Konsumtätigkeit hin. So verbesserte sich das von der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) ermittelte Konsumklima im Februar den fünften Monat in Folge. Zugleich wird für März von einem weiteren Anstieg des Stimmungsbarometers ausgegangen. Darüber hinaus zeigten sich die Einzelhändler laut ifo-Umfrage hinsichtlich ihrer Geschäftsperspektiven für das nächste halbe Jahr

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>Ohne Energie.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

im Februar deutlich optimistischer als im Januar und beurteilten auch die aktuelle Geschäftslage positiver als noch zu Jahresbeginn.

Mit Blick auf die Einkommenssituation der privaten Haushalte ist eine Fortsetzung der positiven Konsumkonjunktur angelegt. So stiegen die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte im Schlussquartal 2011 um (saisonbereinigt) 0,6% – und damit das neunte Quartal in Folge – gegenüber dem vorangegangenen Vierteljahr an. Dies dürfte zugleich die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt widerspiegeln, die sich auch zu Jahresbeginn fortsetzte.

Die Zahl registrierter Arbeitsloser betrug im Februar 3,11 Millionen Personen und unterschritt damit den Vorjahresstand um 203 000 Personen. Die entsprechende Arbeitslosenquote lag bei 7,4% und war damit 0,5 Prozentpunkte niedriger als im Vorjahr. In saisonbereinigter Betrachtung verharrte die Arbeitslosenzahl im Februar auf dem Vormonatsniveau. Dass es zu keinem weiteren Rückgang der Arbeitslosigkeit kam, dürfte auch auf die ungewöhnlich kalte Witterung im Februar zurückzuführen sein. Im Januar dagegen hatten die eher geringen witterungsbedingten Einschränkungen den Arbeitsmarkt noch begünstigt. Im Durchschnitt der Monate Dezember 2011 bis Februar 2012 ging die Arbeitslosigkeit monatlich um rund 15 000 Personen zurück und damit in etwa gleicher Höhe wie in den beiden vorangegangenen Jahren in diesem Zeitraum.

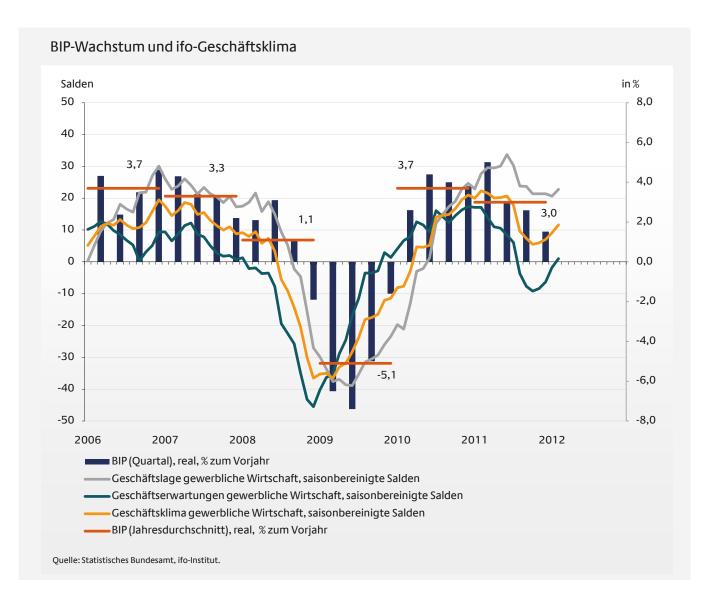
Zu Jahresbeginn setzte sich der Beschäftigungsaufbau unvermindert fort. Die Erwerbstätigenzahl (Inlandskonzept) erreichte im Januar ein Niveau von 41,09 Millionen Personen, womit der Vorjahresstand um 611 000 Personen übertroffen wurde. Im Vormonatsvergleich ergab sich ein Anstieg der Erwerbstätigenzahl um saisonbereinigt 86 000 Personen, der damit deutlich höher ausfiel als im Durchschnitt des Schlussquartals 2011 (+ 52 000 Personen). Der Beschäftigungsaufbau resultierte dabei vor allem aus einer Zunahme der sozialversicherungspflichtigen

Beschäftigungsverhältnisse. Mehr als die Hälfte der Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ging auf den Aufbau von Vollzeitstellen zurück.

Die vorlaufenden Indikatoren deuten auf eine weitere Verbesserung der Situation auf dem Arbeitsmarkt hin. So wollen die vom ifo-Institut befragten Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes und des Dienstleistungsbereichs weiterhin neue Mitarbeiter einstellen. Für eine anhaltend günstige Beschäftigungsentwicklung sprechen auch die jüngsten Umfrageergebnisse des DIHK. Auch der umfassende Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit (BA-X) befindet sich weiterhin auf hohem Niveau, wenngleich er im Februar im Vormonatsvergleich etwas nachgab. Dies war insbesondere auf eine nachlassende Dynamik bei Neuzugängen von Stellengesuchen der Unternehmen zurückzuführen.

Der Preisauftrieb auf der Verbraucherstufe hat zuletzt wieder etwas zugenommen. So überschritt der Verbraucherpreisindex im Februar das Vorjahresniveau um 2,3%. Im Januar hatte die jährliche Teuerungsrate noch bei 2,1% gelegen. Erneut war der Anstieg des Preisindexes von der Entwicklung der Energiekomponente geprägt. Haushaltsenergie verteuerte sich im Vorjahresvergleich um 7,6%, bei Kraftstoffen betrug der entsprechende Preisniveauanstieg 8,9%. Auch die Entwicklung der Import- und Erzeugerpreise wird weiterhin insbesondere von Energiepreissteigerungen bestimmt. So überschritt der Importpreisindex im Januar das Vorjahresniveau um 3,7%, worin sich vor allem der Anstieg der Einfuhrpreise für Energiegüter (+ 17,4%) widerspiegelte. Preisrückgänge gab es in der Vorjahresbetrachtung hingegen hinsichtlich der Einfuhr von Eisenerzen sowie Roheisen und Stahl. Der Erzeugerpreisindex stieg im Januar um 3,4% gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat an. Auch hier war der Preisauftrieb maßgeblich durch die Verteuerung von Energie (+7,3%) begründet. Ohne Berücksichtigung der Energiekomponente überschritt der Erzeugerpreisindex das Vorjahresniveau lediglich um 1,8 %. Der aktuelle Preisanstieg für Rohöl auf dem Weltmarkt stellt

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT



ein Risiko für die Beruhigung des Preisklimas sowohl entlang der Produktionskette als auch auf der Verbraucherstufe dar. Die daraus resultierende Kaufkraftbelastung könnte die Dynamik der Konsumausweitung der privaten Haushalte beeinträchtigen.

Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2011

# Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2011

## Vorläufiges Ergebnis

Da die Daten zur Haushaltsentwicklung der Länder für Januar 2012 nur geringe Aussagekraft haben, wird an dieser Stelle erneut die Entwicklung bis einschließlich Dezember 2011 wiedergegeben. Ergänzend wird in dieser Ausgabe ein Überblick über die Entwicklung der Defizite der Länder von 2003 bis 2011 gegeben (Seite 30).

Die Länderhaushalte haben nach den vorläufigen Abschlussdaten im Jahr 2011 deutlich günstiger abgeschlossen als

Abbildung 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2011, Länder insgesamt

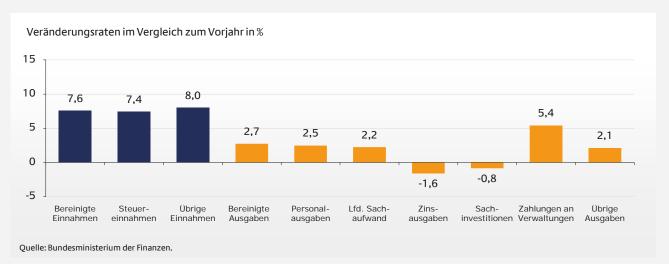
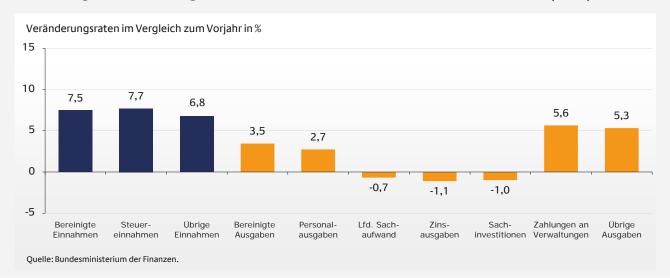
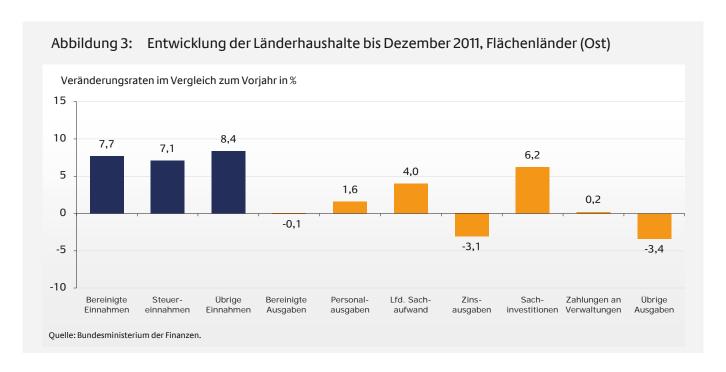
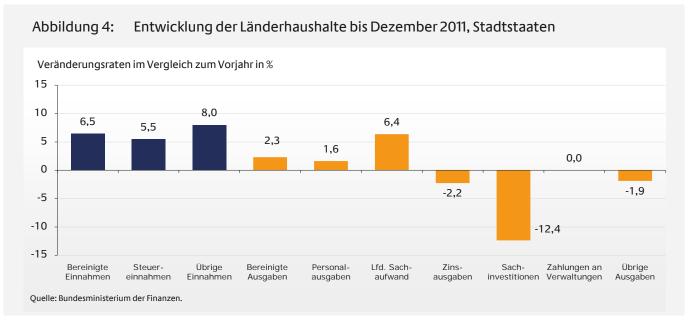


Abbildung 2: Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2011, Flächenländer (West)



Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2011





im Vorjahr. Der Finanzierungssaldo der Ländergesamtheit betrug am Ende des Berichtszeitraums - 9,4 Mrd. € und unterschritt den Vorjahreswert um 11,4 Mrd. €. Die Haushaltsplanungen 2011 waren von einem Defizit von - 23,7 Mrd. € ausgegangen. Die Ausgaben der Länder insgesamt stiegen 2011 im Vergleich zum Vorjahr um + 2,7% auf 294,4 Mrd. € und lagen damit 6,2 Mrd. € über den Planungen. Die Einnahmen erhöhten sich um +7,6 % auf 285,1 Mrd. €, das sind 20,5 Mrd. € mehr als geplant. Die Steuereinnahmen nahmen um +7,4 % zu.

In den westdeutschen Flächenländern stiegen die Ausgaben im Vergleich zum Vorjahr um + 3,5 %, die Planungen sahen einen Zuwachs von + 1,3 % vor. Die Einnahmen

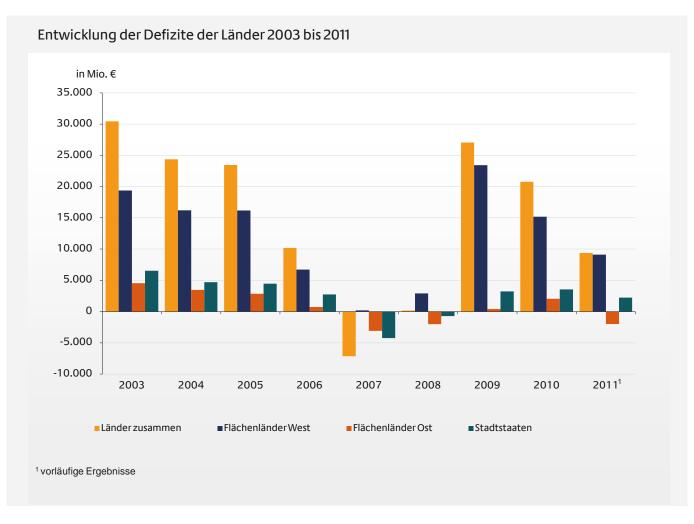
Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2011

nahmen um +7,5 % zu im Vergleich zu +0,8 % in den Haushaltsplänen. Die Steuereinnahmen fielen um +7,7 % höher aus als im Vorjahr. Das Defizit der westdeutschen Flächenländer betrug -9,1 Mrd. € und lag damit um 7,2 Mrd. € niedriger als der Planwert.

In den ostdeutschen Flächenländern verringerten sich die Ausgaben im Vergleich zum Vorjahr um - 0,1%, während die Einnahmen um + 7,7% anstiegen. Die Steuereinnahmen erhöhten sich um + 7,1%. Die ostdeutschen Flächenländer erzielten 2011

einen Finanzierungsüberschuss von 2,0 Mrd. €, während die Planungen noch von einem Defizit von - 2,0 Mrd. € ausgegangen waren.

In den Stadtstaaten ist im Vergleich zum Vorjahr ein Ausgabenanstieg von +2,3 % zu verzeichnen. Die Gesamteinnahmen erhöhten sich um +6,5 %, nachdem die Planungen noch einen Rückgang von -5,3 % vorsahen. Die Steuereinnahmen wuchsen um +5,5 %. Das Defizit der Stadtstaaten belief sich Ende Dezember 2011 auf -2,2 Mrd. € und war damit 3,2 Mrd. € niedriger als geplant.



EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

# Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

# Rückblick auf die ECOFIN-Tagungen am 21. Februar und 13. März 2012 in Brüssel

# Vorschläge der Kommission zur wirtschaftspolitischen Steuerung

Am 23. November 2011 hat die Europäische Kommission zwei Verordnungsvorschläge zur Stärkung der Wirtschafts- und Haushaltsüberwachung von Euro-Mitgliedstaaten vorgelegt. Die Vorschläge sehen eine stärkere Überwachung der Länder des Euroraums bei der nationalen Haushaltsplanung sowie bei Schwierigkeiten in Bezug auf ihre finanzielle Stabilität vor. Die Verordnungsentwürfe ergänzen den von den Staats- und Regierungschefs jüngst verabschiedeten Fiskalpakt. Die ECOFIN-Minister beschlossen einstimmig eine allgemeine Ausrichtung. Gegenwärtig finden die Trilogverhandlungen zwischen Europäischem Rat, Europäischem Parlament und Europäischer Kommission statt.

#### Beitrag für das Treffen des Europäischen Rates am 1./2. März 2012 – Europäisches Semester (einschließlich Euro-Plus-Pakt)

Die ECOFIN-Minister haben sowohl zum Europäischen Semester als auch zum Euro-Plus-Pakt Schlussfolgerungen verabschiedet. Die Schlussfolgerungen zum Europäischen Semester basieren auf dem Jahreswachstumsbericht 2012 der Kommission. In ihm identifiziert sie die aus ihrer Sicht wichtigsten finanz-, wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Herausforderungen in der EU. Die Schlussfolgerungen dienten als Beitrag des ECOFIN-Rates zum Europäischen Rat am 1./2. März 2012. Dieser hat auf Grundlage der Vorbereitungen durch die Fachräte horizontale politische Leitlinien verabschiedet, die die Mitgliedstaaten bei der Erstellung ihrer Stabilitäts- und

Konvergenzprogramme und Nationalen Reformprogramme berücksichtigen müssen. Die Leitlinien betreffen folgende Bereiche:

- Inangriffnahme einer differenzierten, wachstumsfreundlichen Haushaltskonsolidierung,
- Wiederherstellung einer normalen Kreditvergabe an die Wirtschaft,
- Förderung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit,
- Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Bewältigung der sozialen Folgen der Krise und
- Modernisierung der Verwaltungen.

#### Verfahren zur Entlastung für die Ausführung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2010

Der jährliche Bericht des Europäischen Rechnungshofs (ERH) ist die Grundlage für die Entlastung, die das Europäische Parlament der Kommission auf Empfehlung des Rates erteilt. Der ECOFIN-Rat hat eine entsprechende Ratsempfehlung an das Europäische Parlament verabschiedet, auf deren Grundlage das Europäische Parlament der Kommission die Entlastung aussprechen kann.

#### Haushaltsleitlinien für das Jahr 2013

Die vom ECOFIN-Rat beschlossenen Haushaltsleitlinien bilden den Auftakt zur Aufstellung des Haushalts 2013 und legen den Grundstein für den von der Kommission zu erstellenden Entwurf des Haushaltsplans.

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

#### Deutsch-französisches Grünbuch zur Konvergenz bei der Unternehmensbesteuerung

Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble stellte gemeinsam mit seinem französischen Amtskollegen, François Baroin, das deutschfranzösische Grünbuch zur Konvergenz bei der Unternehmensbesteuerung beider Länder vor. Sie erklärten, dass Deutschland und Frankreich damit auch einen Impuls für die schrittweise Angleichung der unternehmenssteuerlichen Bemessungsgrundlagen in der EU geben wollten.

#### Finanztransaktionssteuer

Am 28. September 2011 hat die Kommission einen Richtlinienvorschlag zur Einführung einer Finanztransaktionsteuer¹ vorgelegt. Die Präsidentschaft erläuterte den aktuellen Stand der Arbeiten in den Ratsgremien und kündigte zusätzliche Sitzungstermine zur Intensivierung der Arbeiten an. Insbesondere seien noch folgende Punkte zu klären: die ökonomischen Auswirkungen, die Abwanderungs- und Ausweichprozesse und die Sicherung des Steueraufkommens gegenüber Finanzinstitutionen im EU-Ausland, Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble betonte die Notwendigkeit rascher Fortschritte. Dies sei ein Gebot der demokratischen Glaubwürdigkeit. Es sei nicht akzeptabel, dass die Umsatzsteuer alle Güter und Dienstleistungen besteuere, aber die Finanzdienstleistungen weitgehend befreit seien. Er unterstütze ausdrücklich den Vorschlag der Kommission. Das Meinungsbild in der Diskussion war insgesamt geteilt: Während sich mehrere Mitgliedstaaten für die Einführung der Finanztransaktionssteuer aussprachen, lehnten einige andere Mitgliedstaaten eine solche Steuer ab oder äußerten Bedenken.

#### Makroökonomische Ungleichgewichte: Frühwarnbericht

Im Rahmen des neuen Verfahrens zur Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte hat die Kommission den Frühwarnbericht vorgelegt. In den von den ECOFIN-Ministern beschlossenen Ratsschlussfolgerungen wird der Frühwarnbericht begrüßt, der zwölf Mitgliedstaaten identifiziert, die im Rahmen des Ungleichgewichtsverfahrens eingehend überprüft werden sollen. Deutschland soll nicht vertiefend untersucht werden. Die Programmländer Griechenland, Irland, Portugal und Rumänien werden bereits gesondert überwacht und deshalb nicht mehr überprüft.

# Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes

- a) Vorschlag für einen Beschluss des Rates über die Aussetzung der Mittelbindungen aus dem Kohäsionsfonds für Ungarn und
- b) Empfehlung der Kommission für eine Empfehlung des Rates zum Abbau des übermäßigen Staatsdefizits in Ungarn

Die ECOFIN-Minister haben auf Vorschlag der Kommission die Aussetzung von 495 Mio. € beziehungsweise rund 29 % der für Ungarn vorgesehenen Kohäsionsfondsmittel für 2013 zum 1. Januar 2013 beschlossen. Das entspricht 0,5 % des ungarischen BIP. Zudem haben die Minister neue Ratsempfehlungen zum Abbau des übermäßigen Staatsdefizits in Ungarn beschlossen. Ungarn befindet sich seit 2004 im Defizitverfahren. Mit ihrem Vorschlag, die Mittelbindung aus dem Kohäsionsfonds auszusetzen, wendet die Kommission erstmals ein schon länger bestehendes Sanktionsinstrument an. Ungarn kann die vorgesehene Aussetzung der Mittel und deren möglichen Verfall abwenden, indem bis 13. September 2012 entsprechend der neuen

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Financial Transaction Tax (FTT)

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Ratsempfehlung wirksame Maßnahmen zur Korrektur des übermäßigen Defizits ergriffen werden. Die ECOFIN-Minister vereinbarten, die Konsolidierungsmaßnahmen Ungarns bereits im Juni 2012 erneut zu prüfen, um die Aussetzung der Mittelbindung gegebenenfalls aufzuheben.

c) Empfehlung der Kommission für eine Empfehlung des Rates zum Abbau des übermäßigen Staatsdefizits in Griechenland

Der kurzfristig im Zuge der anstehenden Bewilligung des Anpassungsprogramms für Griechenland vorgelegte Entwurf für eine neue Ratsempfehlung gemäß Art. 126(9) AEUV wurde ohne Diskussion von den ECOFIN-Ministern verabschiedet. Die Frist zur Rückführung des übermäßigen Defizits bis 2014 auf unter 3 % des BIP bleibt unverändert.

TERMINE, PUBLIKATIONEN

# Termine, Publikationen

## Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

30./31. März 2012	Informeller ECOFIN in Kopenhagen
30. März 2012	Meldung von staatlichem Defizit und Schuldenstand an die Europäische Kommission im Rahmen der Maastricht-Notifikation
19./20. April 2012	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Washington
20. bis 22. April 2012	Frühjahrstagung von IWF und Weltbank in Washington
14./15. Mai 2012	ECOFIN und Eurogruppe in Brüssel
19./20. Mai 2012	G8-Gipfel in Camp David (USA)
25. Mai 2012	Europäischer Rat in Brüssel
18./19. Juni 2012	G-20 Gipfel in Los Cabos (Mexiko)
21./22. Juni 2012	ECOFIN und Eurogruppe in Luxemburg
28./29. Juni 2012	Europäischer Rat in Brüssel
9./10. Juli 2012	ECOFIN und Eurogruppe in Brüssel
9./10. Juli 2012	ECOFIN und Eurogruppe in Brüssel

# Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2013 und des Finanzplans bis 2016

18. Januar 2012	Vorstellung Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung
bis Ende Februar 2012	Entwicklung des Eckwertebeschlusses und Erarbeitung der Kabinettvorlage durch das BMF
21. März 2012	Kabinettsitzung für Eckwertebeschluss
Mitte/Ende April 2012	Mittelfristprojektion zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
8. bis 10. Mai 2012	Steuerschätzung in Frankfurt / Oder
24. Mai 2012	Sitzung des Stabilitätsrats
27. Juni 2012	Kabinettsitzung für Regierungsentwurf

#### ☐ Übersichten und Termine

TERMINE, PUBLIKATIONEN

# Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt (1970)
April 2012	März 2012	20. April 2012
Mai 2012	April 2012	24. Mai 2012
Juni 2012	Mai 2012	21. Juni 2012
Juli 2012	Juni 2012	20. Juli 2012
August 2012	Juli 2012	20. August 2012
September 2012	August 2012	21. September 2012
Oktober 2012	September 2012	22. Oktober 2012
November 2012	Oktober 2012	22. November 2012
Dezember 2012	November 2012	21. Dezember 2012

#### Publikationen des BMF

Das Bundesministerium der Finanzen hat folgende Publikation neu herausgegeben:

- Schutz vor verstecken Steuererhöhungen - Maßnahmen gegen die kalte Progression

#### Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen

Referat Bürgerangelegenheiten

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

buergerreferat@bmf.bund.de

www.bundesfinanzministerium.de

#### Zentraler Bestellservice:

Telefon: 01805 / 77 80 90<sup>1</sup> Telefax: 01805 / 77 80 94<sup>1</sup>

#### Internet

http://www.bundesfinanzministerium.de

http://www.bmf.bund.de

 $<sup>^{1}</sup>$  Jeweils 0,14  $\in$  / Min. aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

# **Analysen und Berichte**

Bundeshaushalt 2012 - Sollbericht	37
Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 25. und 26. Februar	
in Mexico City	61
Partnerschaften Deutschland 2.0	
Verfahren der konjunkturellen Wendepunktbestimmung unter Berücksichtigung	
der Echtzeit-Problematik	72
Der Frühwarnbericht 2012 der Europäischen Kommission	79

BUNDESHAUSHALT 2012 - SOLLBERICHT

# Bundeshaushalt 2012 - Sollbericht

# Ausgaben und Einnahmen des Bundes für das Haushaltsjahr 2012

1	Ausgangslage	37
1.1	Gesamtübersicht	
1.2	Bedeutende Veränderungen des Haushalts 2012 gegenüber dem Haushalt 2011	39
2	Einhaltung der grundgesetzlichen Schuldenregel	39
2.1	Ermittlung der Konjunkturkomponente	40
2.2	Berechnung der zulässigen Nettokreditaufnahme	40
3	Wichtige politische Entscheidungen mit Wirkung auf den Bundeshaushalt 2012	41
3.1	Steuerpolitik	41
3.2	Nachtragshaushalt 2012	41
4	Darstellung der Ausgabenstruktur des Bundes	42
4.1	Soziale Sicherung	
4.2		
4.3	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur	50
4.4	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	52
4.5	Wirtschaftsförderung	
4.6	Übrige Ausgaben	55
5	Darstellung der Einnahmenstruktur des Bundes	57
5.1	Steuereinnahmen	58
5.2	Sonstige Einnahmen	

- Mit dem Bundeshaushalt 2012 setzt die Bundesregierung ihren Kurs der wachstumsfreundlichen Konsolidierung der Staatsfinanzen fort.
- Mit dem Infrastrukturbeschleunigungsprogramm investiert der Bund beispielsweise in Erhalt und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Davon profitieren insbesondere die Autobahnen, Schienenwege und Bundeswasserstraßen. Zukunftsinvestitionen erfolgen auch in den Bereichen Energie, Bildung und Forschung.
- Aufgrund des von 2013 auf Juli 2012 vorgezogenen Inkrafttretens des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und der damit verbundenen früheren Einzahlungen in den ESM wird ein Nachtragshaushalt 2012 aufgestellt.

# 1 Ausgangslage

Der erfreuliche Verlauf des Haushaltsvollzugs 2011 spiegelt den günstigen Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Aktivität und die erfolgreiche Konsolidierungspolitik der Bundesregierung wider. Diese positive Entwicklung darf aber nicht den Blick dafür trüben, dass die Konsolidierungsanforderungen an den Bundeshaushalt nach wie vor bestehen. Unverändert steht der Bund in den kommenden Jahren vor großen finanzwirtschaftlichen Herausforderungen, um die vollständige und dauerhafte Einhaltung der Schuldenregel ab dem Jahr 2016 sicherzustellen. Für dieses Jahr erwartet die Bundesregierung in ihrer Jahresprojektion noch ein durchschnittliches Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts von 0,7%. Dabei stellt die noch nicht ausgestandene Schuldenkrise in einigen Ländern des Euroraums ein erhebliches Risiko dar. Des Weiteren könnte eine noch deutlichere Abschwächung der globalen Wachstumsdynamik zu stärker nachlassenden Nachfrageimpulsen für die deutsche

BUNDESHAUSHALT 2012 - SOLLBERICHT

Exportwirtschaft führen als bisher erwartet. Darüber hinaus hätte eine weitere erhebliche Verteuerung von Rohöl bremsende Wirkung auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung.

Auch die EU-Kommission erwartet in ihrer aktuellen Interimsprognose eine Eintrübung der Konjunkturaussichten gegenüber ihrer Herbstprojektion von November 2011. Für den Euroraum wurde die Prognose des realen Bruttoinlandsprodukts um 0,8 Prozentpunkte auf - 0,3% nach unten korrigiert; die EU-Kommission spricht hier von einer milden Rezession. Dies hat mehrere Ursachen. So hat sich die Wachstumsdynamik zum Ende des vergangenen Jahres stärker als erwartet abgeschwächt bei einer gleichzeitigen Verlangsamung des Weltwirtschaftswachstums. Insbesondere in den von der Schuldenkrise besonders betroffenen Ländern zeichnen sich die deutlichsten Abwärtskorrekturen ab. Die deutsche Wirtschaft wächst zwar stärker als der Durchschnitt des Euroraums. Die Verschlechterung des weltwirtschaftlichen

und europäischen Umfeldes schlägt sich in Deutschland jedoch in einer vorübergehenden konjunkturellen Schwächephase in den Wintermonaten 2011/2012 nieder.

#### 1.1 Gesamtübersicht

Das Haushaltsgesetz 2012 wurde am 25. November 2011 vom Deutschen Bundestag beschlossen und am 22. Dezember 2011 im Bundesgesetzblatt verkündet (BGBl. I S. 2938). Tabelle 1 zeigt wesentliche Werte zum Bundeshaushalt 2012.

#### Ausgaben und Einnahmen

Die Ausgaben des Bundes für das Haushaltsjahr 2012 sind auf 306 200 Mio. € veranschlagt und liegen somit um 9 972 Mio. € oder 3,4% über den Ausgaben 2011 von 296 228 Mio. €. Der Bundeshaushalt 2012 plant mit Verwaltungs- und Steuereinnahmen in Höhe von 279 737 Mio. €. Gegenüber den tatsächlichen Einnahmen des Jahres 2011 von 278 520 Mio. € plant der Bund 2012 einen

Tabelle 1: Gesamtübersicht

Ermittlung des Finanzierungssaldos	Soll 2012	Januar bis Dezember 2011	Veränderung ge	egenüber Vorjahr	
		in Mio. € <sup>1</sup>		in %	
1. Ausgaben zusammen	306 200	296 228	+9 972	+3,4%	
2. Einnahmen zusammen	279 737	278 520	+1 217	+0,4%	
Steuereinnahmen	249 189	248 066	+1 123	+0,5%	
Sonstige Einnahmen <sup>2</sup>	30 548	30 455	+93	+0,3%	
Einnahmen / Ausgaben = Finanzierungssaldo	-26 463	-17 667	-8 796	+49,8%	
	Deckung de	s Finanzierungssaldos			
Nettokreditaufnahme	26 100	17 343	+8 757	+0,5	
Münzeinnahmen (nur Umlaufmünzen)	363	324	+39	+0,1	
nachrichtlich: Investive Ausgaben (Baumaßnahmen, Beschaffungen über 5 000 € je Beschaffungsfall, Darlehen, Inanspruchnahme aus Gewährleistungen und	26 857	25 378	+1 479	+0,1	
Ähnliches)					

 $<sup>^1</sup>$  Bei der im Bericht verwendeten Darstellung in Mio.  $\,\in\,$  können Rundungsdifferenzen entstehen.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>Ohne Münzeinnahmen.

BUNDESHAUSHALT 2012 - SOLLBERICHT

Einnahmenzuwachs von 0,4% oder 1217 Mio. €. Die Steuereinnahmen des Bundes 2012 sind auf 249 189 Mio. € geschätzt. Die tatsächlichen Steuereinnahmen des Bundes im Jahr 2011 beliefen sich auf 248 066 Mio. €. Somit werden für das Jahr 2012 Mehreinnahmen von 0,5% oder 1123 Mio. € erwartet. Die Verwaltungseinnahmen liegen 2012 bei 30 548 Mio. € und steigen somit gegenüber dem Jahr 2011 mit 30 455 Mio. € um 93 Mio. € oder 0.3%.

#### Finanzierungsdefizit

Aus der Gegenüberstellung von Einnahmen und Ausgaben ergibt sich für das Haushaltsjahr 2012 ein Finanzierungsdefizit von 26 463 Mio. €. Die Finanzierung dieses Defizits erfolgt über eine Nettokreditaufnahme in Höhe von 26 100 Mio. € sowie über Münzeinnahmen aus Umlaufmünzen in Höhe von 363 Mio. €. Somit wird für das Jahr 2012 mit einem Zuwachs der Nettokreditaufnahme von 8 757 Mio. € gerechnet. Im Jahr 2011 betrug diese noch 17 343 Mio. €. Die Münzeinnahmen liegen mit 363 Mio. € im Jahr 2012 nahezu

auf dem Vorjahresniveau von 324 Mio. € und steigen nur geringfügig um 39 Mio. €.

#### 1.2 Bedeutende Veränderungen des Haushalts 2012 gegenüber dem Haushalt 2011

Tabelle 2 zeigt bedeutende Veränderungen des Haushaltssolls 2012 gegenüber dem Haushaltsergebnis 2011. Weitergehende Erläuterungen finden sich in den Ausführungen zu den jeweiligen Aufgabenbereichen.

## 2 Einhaltung der grundgesetzlichen Schuldenregel

Mit dem Bundeshaushalt 2012 kommt die im Grundgesetz verankerte neue Schuldenregel im zweiten Jahr ihres Bestehens zur Anwendung. Zur Berechnung der für 2012 geltenden Defizitobergrenze werden ausgehend von der strukturell zulässigen Nettokreditaufnahme eine Bereinigung um

Tabelle 2: Bedeutende Veränderungen des Haushalts 2012 gegenüber 2011

Aufgabenbereich	Soll 2012	Ist 2011	_	Soll 2012 zum Ist 011	Siehe Erläuterungen zu
		in Mio. €¹		in %	
		Mehrausgaben			
Hochschulen	4 032	3 195	+837	+26,2	Tabelle 6
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbstätigkeit/ Erstattung für Gutachtenkosten an die deutsche Rentenversicherung Bund	1 892	591	+1 301	+220,1	Tabelle 4
Wirtschaftliche Zusammenarbeit	6 292	5 931	+361	+6,1	Tabelle 5
Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)	1 763	1 584	+179	+11,3	Tabelle 6
Zinsen	36 769	32 800	+3 969	+12,1	Tabelle 9
	N	Minderausgaben			
Arbeitsmarkt	40 617	41 577	- 960	-2,3	Tabelle 4
Leistungen an die Gesetzliche Krankenversicherung (Gesundheitsfonds)	14 000	15 300	-1 300	-8,5	Tabelle 4
Förderung des Steinkohlenbergbaus	1312	1 448	- 136	-9,4	Tabelle 8

BUNDESHAUSHALT 2012 - SOLLBERICHT

den Saldo der finanziellen Transaktionen und anhand einer Konjunkturkomponente eine Konjunkturbereinigung der Einnahmen und Ausgaben des Bundeshaushalts vorgenommen. So wird gewährleistet, dass die Finanzpolitik durch das vollständige Wirkenlassen der automatischen Stabilisatoren sowohl in wirtschaftlich guten als auch in wirtschaftlich ungünstigeren Zeiten symmetrisch reagiert.

#### 2.1 Ermittlung der Konjunkturkomponente

Die Konjunkturkomponente errechnet sich als das Produkt aus Produktionslücke und Budgetsensitivität. Die Produktionslücke kennzeichnet die Abweichung der wirtschaftlichen Aktivität von der konjunkturellen Normallage. Dabei gibt die Schätzung der Produktionslücke – als Abweichung des tatsächlichen beziehungsweise erwarteten Bruttoinlandsprodukts vom Potenzialpfad – das Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Unter-bzw. Überauslastung wieder. Die Budgetsensitivität als zweites Element zur Bestimmung der Konjunkturkomponente gibt an, wie die Einnahmen und Ausgaben des Bundes auf eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität reagieren. Sie ermittelt also die Auswirkungen der konjunkturellen Schwankungen auf den öffentlichen Haushalt (für eine detaillierte Darstellung siehe BMF-Monatsbericht Februar 2011: "Die Ermittlung der Konjunkturkomponente des Bundes im Rahmen der neuen Schuldenregel").

Im Haushaltsjahr 2012 berechnet sich die Konjunkturkomponente wie folgt: Die bei Haushaltsaufstellung für 2012 geschätzte (nominale) Produktionslücke beträgt - 33,3 Mrd. € bzw. - 1,2% in Relation zum Produktionspotenzial. Durch Multiplikation der Produktionslücke mit der Budgetsensitivität des Bundes von rund 0,16 ergibt sich eine Konjunkturkomponente von rund - 5,3 Mrd. €. Im Rahmen der Aufstellung des Nachtragshaushalts wird dieser Wert an die veränderte Erwartung zur BIP-Entwicklung angepasst.

# 2.2 Berechnung der zulässigen Nettokreditaufnahme

Die Berechnung der im Haushaltsjahr 2012 zulässigen Nettokreditaufnahme ist in Tabelle 3 anschaulich dargestellt: Ausgehend von der maximal zulässigen strukturellen Nettokreditaufnahme (39,4 Mrd. €) erfolgt eine Bereinigung um die Konjunkturkomponente (-5,3 Mrd. €) und um den Saldo der finanziellen Transaktionen (4,3 Mrd. €). Damit ergibt sich eine maximal zulässige Nettokreditaufnahme in Höhe von 40,5 Mrd. €. Diese nach der Schuldenregel errechnete zulässige Neuverschuldung stellt jedoch keinen politischen Zielwert dar, sondern eine maximale Obergrenze, die nicht ausgeschöpft wird. Die Nettokreditaufnahme im Bundeshaushalt 2012 ist daher mit 26,1 Mrd. € deutlich niedriger veranschlagt.

Tabelle 3: Komponenten zur Berechnung der zulässigen Nettokreditaufnahme im Haushaltsjahr 2012

1. Maximal zulässige strukturelle Nettokreditaufnahme (in % des BIP)	
2. Nominales Bruttoinlandsprodukt der Haushaltsaufstellung des vorangegangenen Jahres (in Mrd. €)	
3. Maximal zulässige strukturelle Nettokreditaufnahme (in Mrd. €) (Zeile 1. x Zeile 2.)	39,4
4. Abzüglich Konjunkturkomponente (in Mrd. €)	-5,3
5. Abzüglich Saldo der finanziellen Transaktionen (in Mrd. €)	4,3
6. Nach der Schuldenregel maximal zulässige Nettokreditaufnahme (in Mrd. €)	40,5
7. Nettokreditaufnahme in Mrd. €	26,1

BUNDESHAUSHALT 2012 - SOLLBERICHT

## 3 Wichtige politische Entscheidungen mit Wirkung auf den Bundeshaushalt 2012

#### 3.1 Steuerpolitik

Das Steuervereinfachungsgesetz 2011 vom 1. November 2011 enthält Maßnahmen zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, der Unternehmen, aber auch der Steuerverwaltung, von Erklärungs- und Prüfungsaufwand im Besteuerungsverfahren. Außerdem soll bessere Vorhersehbarkeit und Planungssicherheit im Besteuerungsverfahren die Steuerpraxis für alle Beteiligten vereinfacht und überflüssige Bürokratie abgebaut werden. Die Maßnahmen zur finanziellen Entlastungen im Umfang von insgesamt 585 Mio. € kommen Arbeitnehmern und besonders Familien mit Kindern zugute. Unternehmen – aber auch Bürgerinnen und Bürger – erfahren eine deutliche Kostenentlastung durch den Bürokratieabbau. Das Gesetz ist bereits in Kraft getreten.

Mit dem dritten Gesetz zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes vom 6. Dezember 2011 wurde die ursprünglich bis zum 31. Dezember 2011 geltende Befristung der Umsatzgrenze bei der Umsatzbesteuerung nach vereinnahmten Entgelten (Ist-Besteuerung) aufgehoben. Durch die Entfristung und die damit verbundene dauerhafte Anwendung der bundeseinheitlichen Umsatzgrenze in Höhe von 500 000 € erhalten die Unternehmen mehr Planungssicherheit.

Das Bundeskabinett hat am 6. Juni 2011 den Entwurf eines Gesetzes zur steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden beschlossen. Mit dem Gesetz sollen bestimmte Baumaßnahmen im Rahmen energetischer Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden steuerlich gefördert werden. Hintergrund ist das Ziel der Bundesregierung, bis 2020 den Primärenergieverbrauch gegenüber 2008 um 20 % und bis 2050 um 50 % zu vermindern. Das Gesetz wird derzeit im Vermittlungsausschuss beraten.

Die Steuerbegünstigungen bei der Energiesteuer und der Stromsteuer für Unternehmen des Produzierenden Gewerbes dürfen nach EU-Beilhilfe-Recht nur bis zum 31. Dezember 2012 gewährt werden. Die Bundesregierung wird deshalb einen Gesetzesvorschlag für eine Nachfolgeregelung im Rahmen der bisherigen Haushaltsansätze vorlegen.

#### 3.2 Nachtragshaushalt 2012

Im Rahmen der umfassenden Maßnahmenpakete zur Stabilisierung des Euroraums wurde mit Vertrag vom 2. Februar 2012 der Europäische Stabilisierungsmechanismus (ESM) errichtet. Deutschland wird sich mit einem Betrag in Höhe von insgesamt rund 21,7 Mrd. € beteiligen. Der ESM-Vertrag tritt bereits zum 1. Juli 2012 in Kraft. Für Zahlungen an den ESM, die im Jahr 2012 zu leisten sind, konnte bei der Aufstellung des Haushalts 2012 daher aufgrund der beschleunigten Einführung des ESM keine Vorsorge getroffen werden. Die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen dafür werden deshalb durch einen Nachtragshaushalt geschaffen.

Die zu leistenden Bareinzahlungen werden als Beteiligungserwerb am ESM gewertet und dementsprechend bei der Berechnung des Maastricht-Defizits nicht berücksichtigt. Auch nach dem Regelwerk der deutschen Schuldenbremse lassen sie das strukturelle Defizit unberührt.

BUNDESHAUSHALT 2012 - SOLLBERICHT

## 4 Darstellung der Ausgabenstruktur des Bundes

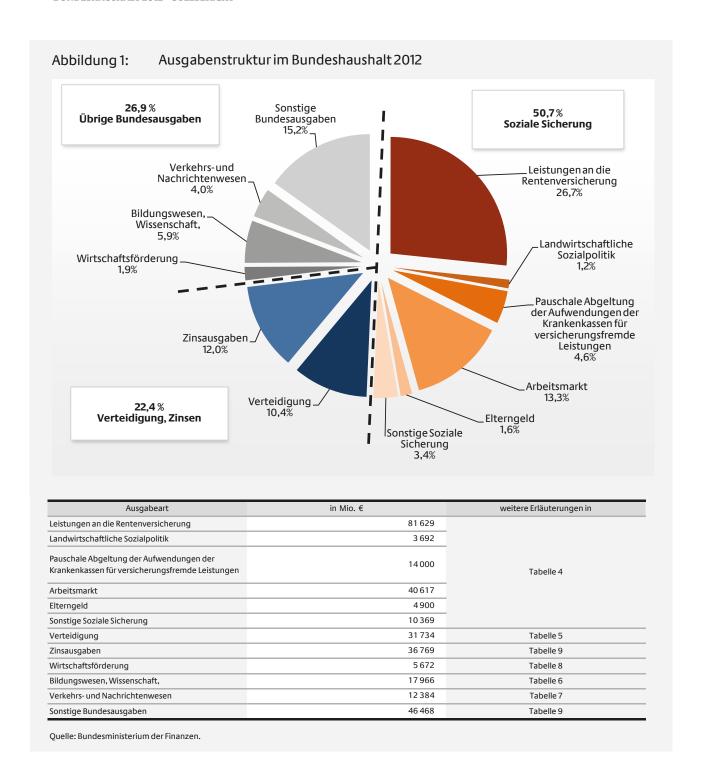
"Der Bund und die Länder tragen gesondert die Ausgaben, die sich aus der Wahrnehmung ihrer Aufgaben ergeben […]" (Art. 104a Grundgesetz). Die Aufgabenliste des Bundes ist lang: Sie umfasst im Bundeshaushalt 4789 einzelne Haushaltstitel mit einem Ausgabenspektrum von 1000 € bis 31569893000 € für den Zuschuss des Bundes an die allgemeine Rentenversicherung.

#### Ausgabenstruktur

Betrachtet man aber nur den Anteil der drei größten Ausgabenblöcke des Bundes im Haushalt 2012 – Soziale Sicherung, Zinsausgaben, Verteidigung – so hat

der Bund hiermit bereits 73,1% seines Ausgabenbudgets verplant. Abbildung 1 gibt einen Überblick über die Ausgabenstruktur des Bundeshaushalts 2012. Die größten Ausgabenblöcke sind die Leistungen für die Rentenversicherung (26,7%) und die Landwirtschaftliche Sozialpolitik (1,2%) mit zusammen 27,9 % an den Gesamtausgaben. Es folgen die Bereiche Arbeitsmarktpolitik mit 13,3%, Zinsausgaben mit 12,0% und Verteidigung mit 10,4%. Abbildung 1 stellt wesentliche Ausgaben des Bundes nach staatlichen Aufgabenbereichen mit kurzen Erläuterungen dar. Die Zuordnung der Aufgabenbereiche erfolgt im Wesentlichen nach Funktionsnummern aufgrund des staatlichen Funktionenplans. Dieser gibt nach statistischen Kriterien ein Raster vor, welchem die staatlichen Aufgaben (Haushaltstitel) zugeordnet werden.

BUNDESHAUSHALT 2012 - SOLLBERICHT



#### 4.1 Soziale Sicherung

Tabelle 4 zeigt die Ausgaben des Bundes für den Aufgabenbereich Soziale Sicherung. Unter Sozialer Sicherung werden sozialpolitische Leistungen zur Absicherung wirtschaftlicher und sozialer Existenzrisiken erfasst. Hierunter fallen Risiken wie Alter, Krankheit, Unfall, Invalidität oder Arbeitslosigkeit. Der Bundeshaushalt 2012 sieht Ausgaben für Soziale Sicherung in Höhe von 155 207 Mio. € vor. Mit einem Anteil von 50,7% an den Gesamtausgaben des Bundes ist dies der größte Ausgaben- und Aufgabenschwerpunkt im Bundeshaushalt 2012.

BUNDESHAUSHALT 2012 – SOLLBERICHT

Tabelle 4: Ausgaben des Bundes für Soziale Sicherung

Aufgabenbereich	Soll 2012	Ist 2011	Abweichung	des Soll 2012 zum Ist 2011	Anteil an den Ausgaben des Bundes	
		in Mio. €¹		in :	in %	
Soziale Sicherung	155 207	155 255	- 48	+0,0	+50,7	
Leistungen an die Rentenversicherung	81 629	81 082	+ 548	+0,7	+26,7	
Bundeszuschuss an die RV der Arbeiter und Angestellten	39 985	39 638	+347	+0,9	+13,1	
zusätzlicher Zuschuss	20 123	19 241	+882	+4,6	+6,6	
Beiträge für Kindererziehungszeiten	11 628	11 574	+53	+0,5	+3,8	
Beteiligung des Bundes in der knappschaftlichen Rentenversicherung	5 764	5 774	-10	-0,2	+1,9	
Überführung der Zusatzversorgungssysteme in die Rentenversicherung	2 925	3 1 1 1	-186	-6,0	+1,0	
nachrichtlich: Überführung der Sonderversorgungssysteme in die Rentenversicherung	1 720	1 704	+16	+0,9	+0,6	
Bundeszuschüsse an die gesetzliche Krankenversicherung	14 000	15 300	-1 300	-8,5	+4,6	
Landwirtschaftliche Sozialpolitik	3 692	3 695	- 3	-0,1	+1,2	
Darunter:						
Alterssicherung	2 170	2 2 1 2	- 42	-1,9	+0,7	
Krankenversicherung	1 280	1 2 1 5	+65	+5,4	+0,4	
Unfallversicherung	175	200	- 25	-12,5	+0,1	
Arbeitsmarkt	40 617	41 577	- 960	-2,3	+13,3	
Darunter:						
Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung	7 238	8 046	- 808	-10,0	+2,4	
Anpassungsmaßnahmen, produktive Arbeitsförderung	181	378	- 197	-52,1	+0,1	
Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende	33 065	33 035	+ 30	+0,1	+10,8	
Darunter:						
Arbeitslosengeld II	19 600	19 384	+216	+1,1	+6,4	
Beteiligung an den Leistungen für Unterkunft und Heizung	5 000	4855	+145	+3,0	+1,6	
Verwaltungskosten für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende	4 0 5 0	4339	-288	-6,6	+1,3	
Leistungen zur Eingliederung in Arbeit	4 400	4 445	- 45	-1,0	+1,4	
Elterngeld  Kinderzuschlag für Anspruchsberechtigte nach § 6 a	4 900	4 709	+ 191	+4,1	+1,6	
Bundeskindergeldgesetz	388	385	+ 3	+0,7	+0,1	
Wohngeld	650	745	- 95	-12,8	+0,2	
Wohnungsbau-Prämiengesetz	486	435	+ 51	+11,8	+0,2	
Beteiligung des Bundes an der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung/Erstattung für Gutachtenkosten an die deutsche Rentenversicherung Bund	1 892	591	+1 301	+220,1	+0,6	
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	1 662	1 726	+ 64	-3,9	+0,5	
Bundesfreiwilligendienst, sowie Restzahlungen für Dienstleistende nach dem Zivildienstgesetz	177	299	- 122	-40,7	+0,1	

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Abweichungen sind durch Runden der Zahlen möglich.

BUNDESHAUSHALT 2012 - SOLLBERICHT

#### Leistungen an die Rentenversicherung:

Die Bundeszuschüsse zur gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) sind für das Jahr 2012 auf der Grundlage eines Beitragssatzes von 19,6 % veranschlagt. Die Leistungen des Bundes an die GRV insgesamt belaufen sich 2012 auf rund 26,7 % des Bundeshaushalts. Für die knappschaftliche Rentenversicherung (knRV) wurde für das Jahr 2012 ein Beitragssatz von 26,0 % angenommen. Der Bund trägt den Unterschiedsbetrag zwischen den Einnahmen und Ausgaben und sichert somit die Leistungsfähigkeit der knRV. Zur Überführung der in den Zusatzversorgungssystemen der ehemaligen DDR erworbenen Ansprüche in die GRV erstattet der Bund der Deutschen Rentenversicherung ihre Aufwendungen. Die neuen Länder tragen seit 2010 insgesamt 60 % dieser Aufwendungen. Die Sonderversorgungssysteme in den neuen Bundesländern der Angehörigen der ehemaligen Nationalen Volksarmee, der Deutschen Volkspolizei, der Zollverwaltung der DDR sowie des aufgelösten Ministeriums für Staatssicherheit sind geschlossen und wurden zum 31. Dezember 1991 in die gesetzliche Rentenversicherung überführt. Die hieraus entstehenden Aufwendungen der Deutschen Rentenversicherung einschließlich der Verwaltungskosten trägt der Bund. Die neuen Länder erstatten dem Bund hiervon wiederum die Aufwendungen für die ehemalige Deutsche Volkspolizei, die Feuerwehr und den Strafvollzug in voller Höhe.

#### Pauschale Abgeltung an die Krankenkassen:

Die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) erhält zur pauschalen Abgeltung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben einen Bundeszuschuss. Dieser betrug 2011 insgesamt 13 300 Mio. € und erreicht ab 2012 den Endwert von 14 000 Mio. €. Darüber hinaus wurde 2011 ein zusätzlicher Bundeszuschuss in Höhe von 2 000 Mio. € an die GKV gezahlt. Dieser zusätzliche Bundeszuschuss, der ursprünglich zur Stabilisierung der Beiträge in der GKV beitragen sollte, wurde letztlich für diesen Zweck nicht benötigt und stattdessen der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds

zugeführt. Somit erhielt die GKV 2011 Bundesmittel in Höhe von 15 300 Mio. €. Der allgemeine Beitragssatz in der GKV wurde im GKV-Finanzierungsgesetz auf 15,5 % festgeschrieben, wobei 14,6 % paritätisch und 0,9 % nur durch die Arbeitnehmer aufzubringen sind.

Landwirtschaftliche Sozialpolitik dient dazu, den anhaltenden Agrarstrukturwandel sozial zu flankieren und die sozial-ökonomisch Lage der Landwirte und ihrer Familien zu verbessern. Agrarsozialpolitik ist zugleich zielorientierte, gestaltende Politik zugunsten, der aktiven Landwirte und Altenteiler und damit Teil der Politik für den ländlichen Raum. Zur Alterssicherung der Landwirte werden Aufwendungen, die nicht durch Beiträge und sonstige Einnahmen gedeckt sind, durch Bundeszuschüsse finanziert. Damit werden rund drei Viertel der Ausgaben in der Alterssicherung der Landwirte durch Bundeszuschüsse finanziert. Die finanziellen Folgen des Strukturwandels in der Landwirtschaft wirken sich somit nicht auf die Beitragshöhe aus, sondern werden allein vom Bund getragen. Der Zuschuss zur Krankenversicherung der Landwirte ist dazu bestimmt, die Leistungsaufwendungen für Empfänger von Renten aus der Alterssicherung der Landwirte und sonstiger Altenteiler zu decken, soweit sie nicht durch Beiträge der Altenteiler aufgebracht werden. Der freiwillige Bundeszuschuss an die Träger der landwirtschaftlichen Unfallversicherung dient der Senkung der Unternehmensbeiträge und damit der kostenmäßigen Entlastung landwirtschaftlicher Betriebe.

Arbeitsmarktpolitik: Im Bereich der Arbeitsmarktpolitik beteiligt sich der Bund an den Kosten der Arbeitsförderung der Bundesagentur für Arbeit (BA) und finanziert große Teile der Leistungen zur Grundsicherung für Arbeitsuchende. Die Grundsicherung für Arbeitsuchende wurde zum 1. Januar 2005 eingeführt. Dadurch wurden die bis dahin getrennt geführten Leistungssysteme der Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zu einer einheitlichen

BUNDESHAUSHALT 2012 - SOLLBERICHT

Grundleistung für hilfebedürftige Erwerbsfähige zusammengeführt. Sie setzt sich zusammen aus dem Arbeitslosengeld II, seit 2011 den Leistungen für Bildung und Teilhabe für bedürftige Kinder, den Kosten für Unterkunft und Heizung sowie den Eingliederungsleistungen und Verwaltungskosten. Träger der Leistungen sind die BA und die Kommunen. Die BA ist für die Auszahlung von ALG II und Sozialgeld (Regelbedarfe) einschließlich der SV-Beiträge und aller Leistungen zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt zuständig. Die kommunalen Träger sind für die Leistungen für Unterkunft und Heizung, die Leistungen für Bildung und Teilhabe für bedürftige Kinder sowie für besondere Leistungen wie Kinderbetreuungsleistungen, Schuldnerund Suchtberatung und psychologische Betreuung zuständig. In der Regel arbeiten die BA und die Kommunen in gemeinsamen Einrichtungen zusammen. Zudem nimmt eine begrenzte Anzahl von Kommunen die Aufgaben nach dem SGB II allein wahr (110 sogenannte zugelassene kommunale Träger). Ab 2012 erfolgt die jährliche, inflationsbedingte Anpassung der Regelsätze entsprechend eines Mischindexes, in dem die jährliche Preis- und Lohnentwicklung im Verhältnis 70 % zu 30 % berücksichtigt ist. Der Ansatz für das Jahr 2012 von 19 600 Mio. € beruht auf Annahmen aus der Herbstprognose 2011 der Bundesregierung mit 2,85 Mio. Arbeitslosen jahresdurchschnittlich für das Jahr 2012. Außerdem wurde eine Erhöhung der Regelbedarfe um 10 € sowie die Anpassung der Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung berücksichtigt.

Elterngeld: Eltern erhalten in den ersten 14 Monaten (davon zwei Partnermonate) nach der Geburt eines Kindes Elterngeld als Lohnersatzleistung für den Elternteil, der seine Erwerbstätigkeit verringert oder auf sie verzichtet. Zusammen mit dem Kindergeld stabilisiert das Elterngeld das Familieneinkommen in der ersten Phase nach der Geburt. Es beträgt grundsätzlich 67 % des Nettolohns, höchstens 1800 € und mindestens

300 € monatlich. Bei geringerem Einkommen gilt ein erhöhter Leistungssatz. Kein Elterngeld erhalten Elternpaare, die ein Voreinkommen von mehr als 500 000 € vor der Geburt hatten (Alleinerziehende 250 000 €).

Kinderzuschlag und Leistungen für Bildung und Teilhabe für gering verdienende Eltern: Der Kinderzuschlag ist eine ergänzende, dem Arbeitslosengeld II vorgelagerte Sozialleistung für Familien zur Vermeidung einer durch Kinder entstehenden Hilfebedürftigkeit. Anspruchsvoraussetzung ist ein Bruttoeinkommen bei Alleinerziehenden von mindestens 600 € und bei Paaren von mindestens 900 € sowie das Nichtüberschreiten der Höchsteinkommensgrenze. Der Kinderzuschlag beträgt bis zu 140 € monatlich pro Kind. Seit dem 1. Januar 2011 werden von den Kommunen auch bestimmte Bildungs- und Teilhabeleistungen gezahlt. Damit erhalten Kinder zusätzliche Mittel für Schulsachen von 100 € pro Jahr, für soziale Teilhabe von 10 € pro Monat, für Ausflüge und Klassenfahrten sowie Mittagessen. Zusätzlich ist auf Antrag eine Kostenübernahme für Nachhilfe möglich.

Wohngeld: Zur Sicherung angemessenen und familiengerechten Wohnens in einem grundsätzlich marktwirtschaftlich orientierten Wohnungswesen wird die Sozialleistung "Wohngeld" nach dem Wohngeldgesetz (WoGG) gewährt. Das Wohngeld tragen Bund und Länder je zur Hälfte. Es wird Mietern und Eigentümern gezahlt, wenn die Höhe der Miete oder Belastung ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit überfordert. Anspruchsberechtigt sind Geringverdiener, Arbeitslosengeld I-Empfänger, Rentner und Studenten. Ausgeschlossen von Wohngeldleistungen sind Transferleistungsempfänger wie Bezieher von Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe und Grundsicherung im Alter. Wohngeldempfänger mit Kindern erhalten seit dem 1. Januar 2011 ebenfalls Bildungs- und Teilhabeleistungen für Kinder.

BUNDESHAUSHALT 2012 - SOLLBERICHT

Wohnungsbau-Prämiengesetz: Die Förderung des Bausparens durch Leistung einer Wohnungsbauprämie in Abhängigkeit von der individuellen Sparleistung soll die finanzielle Grundlage zur Schaffung von Wohneigentum spürbar stärken. Der Bund fördert insbesondere Beiträge an Bausparkassen im Rahmen jährlicher Höchstbeträge von 512 € für Alleinstehende und 1024 € für Verheiratete mit einer Prämie, wenn das Einkommen des Bausparers jährlich 25 600 € bei Alleinstehenden und 51 200 € bei Verheirateten nicht übersteigt. Die Höhe der Wohnungsbauprämie beträgt für laufende und neue Verträge seit dem Sparjahr 2004 insgesamt 8,8 % der prämienbegünstigten Aufwendungen. Für nach dem 31. Dezember 2008 abgeschlossene Verträge wird die Wohnungsbauprämie nur noch bei wohnungswirtschaftlicher Verwendung

Grundsicherung im Alter: Der Bund beteiligt sich nach § 46a SGB XII zweckgebunden an den Ausgaben der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Über die Bundesbeteiligung trug der Bund im Jahr 2010 einen Anteil von 14 % der Nettoausgaben des Vorvorjahres – hier 2008. Dieser Anteil erhöhte sich 2011 auf 15 %. Im Jahr 2012 trägt der Bund 45 % der Nettoausgaben des Jahres 2010. Im Gegenzug wird die Bundesbeteiligung an den Kosten der Arbeitsförderung in entsprechendem Umfang abgesenkt.

gewährt.

Kriegsopferfürsorge umfasst die staatlichen Leistungen der Heil- und Krankenbehandlung sowie Versorgungsbezüge, die nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) erbracht werden. Leistungen werden an Personen oder deren Hinterbliebene, die durch Krieg, Militärdienst oder militärähnlichen Dienst gesundheitlich geschädigt wurden, erbracht. Darüber hinaus stellt der Bund in entsprechender Anwendung des BVG Mittel für die soziale Entschädigung von Personen, die aus politischen Gründen inhaftiert

wurden, von Opfern von Gewalttaten

Kriegsopferversorgung und

und SED-Unrecht sowie von Wehr- und Zivildienstgeschädigten zur Verfügung. Die Anzahl der Leistungsempfänger beträgt im Januar 2012 rund 266 000 Personen.

Der Bundesfreiwilligendienst (BFD) ist ab dem 1. Juli 2011 an die Stelle des ausgesetzten Zivildienstes getreten. Während das Jahr 2011 noch vom Übergang vom Zivildienst (1. Halbjahr) zum Bundesfreiwilligendienst (2. Halbjahr) geprägt war (eine freiwillige Verlängerung des Zivildienstes bis zum 31. Dezember 2011 war möglich), werden 2012 nur noch Restzahlungen für Dienstleistende nach dem Zivildienstgesetz erwartet. Die Organisation des Bundesfreiwilligendienstes obliegt nach Bundesfreiwilligendienstgesetz (BFDG) der selbstständigen Bundesoberbehörde Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) in Köln, ehemals Bundesamt für den Zivildienst (BAZ). Im Bundesfreiwilligendienst engagieren sich Frauen und Männer für das Allgemeinwohl. Der Bundesfreiwilligendienst wird dabei in der Regel ganztägig als überwiegend praktische Hilfstätigkeit in gemeinwohlorientierten Einrichtungen geleistet. Die Dauer des Dienstes beträgt mindestens sechs Monate und höchstens 18 Monate; sie kann in Ausnahmefällen bis auf 24 Monate verlängert werden. Der Bundesfreiwilligendienst wird pädagogisch begleitet. Hierzu finden Seminare statt, für die Teilnahmepflicht besteht. Damit der BFD nicht mit dem ersten Arbeitsmarkt in Konflikt gerät, sind die Tätigkeiten vernehmlich im sozialen, kulturellen und ökologischen Bereich angesiedelt. Auch die Bereiche Sport, Integration sowie der Zivil- und Katastrophenschutz bilden Themenschwerpunkte. Hier gibt es keine wesentlichen Abweichungen zum ehemaligen Zivildienst. Der BFD ist auf eine Dauer von sechs bis 18 Monaten, im Einzelfall bis 24 Monate angelegt. Zudem gibt es keine Altersbeschränkungen. Für die geleisteten Tätigkeiten wird an die Freiwilligen ein Taschengeld bis circa 300 € monatlich gezahlt.

BUNDESHAUSHALT 2012 - SOLLBERICHT

#### 4.2 Allgemeine Dienste

Tabelle 5 gibt einen Überblick der Ausgaben des Bundes für Allgemeine Dienste. Hierbei handelt es sich um zentrale staatliche Aufgaben wie Verteidigung, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Ausgaben zur Sicherung der öffentlichen Ordnung. Der Bundeshaushalt 2012 sieht Ausgaben für den Bereich Allgemeine Dienste in Höhe von 55 217 Mio. € vor. Dies entspricht einem Anteil von 18,0 % an den Gesamtausgaben des Bundes.

Verteidigung (einschließlich zivile Verteidigung): Der Aufgabenbereich Verteidigung mit Gesamtausgaben in Höhe von 31734 Mio. € umfasst mit 31377 Mio. € zum überwiegenden Teil Ausgaben im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) für den Betrieb der Bundeswehr. Darin enthalten sind Personalausgaben einschließlich Versorgung, Ausgaben für Materialerhaltung, für Betreiberverträge zur Weiterentwicklung der Bundeswehr, für militärische Beschaffungen, für militärische Forschung und Entwicklung sowie für den Erhalt der militärischen Anlagen.

Das Konzept zur Neuausrichtung der Bundeswehr sieht eine Zielstruktur mit bis zu 185 000 Soldatinnen und Soldaten (einschließlich Freiwillig Wehrdienstleistender) und rund 55 000 Zivilbeschäftigten vor. Es bleibt Ziel der eingeleiteten Umstrukturierung, mit insgesamt weniger Personal eine stärkere Einsatzorientierung zu erreichen, damit die deutschen Streitkräfte auch künftig sowohl zur Landes- und Bündnisverteidigung bereit sind als auch - eingebunden in die internationale Staatengemeinschaft - zur Lösung von internationalen Konflikten beitragen und in Krisenfällen Hilfe leisten können. Der Bereich Zivile Verteidigung

Tabelle 5: Allgemeine Dienste

Aufgabenbereich	Soll 2012	Ist 2011	Abweichung des Soll 2012 zum Ist 2011		Anteil an den Ausgaben des Bundes	
		in Mio. €¹	i		1 %	
Allgemeine Dienste	55 217	54 407	810	+1,5	+18,0	
Verteidigung, einschließlich zivile Verteidigung (Oberfunktion 03)	31 734	31 710	24	+0,1	+10,4	
Obergruppe 55; militärische Beschaffung, Materialerhaltung. mit dieser Oberfunktion	10 603	10137	466	+4,6	+3,5	
Wirtschaftliche Zusammenarbeit	6 292	5 931	361	+6,1	+2,1	
Bilaterale finanzielle und technische Zusammenarbeit	3 083	2720	363	+13,3	+1,0	
Beteiligung an den Einrichtungen der Weltbankgruppe	719	566	153	+27,1	+0,2	
Beitrag zu den "Europäischen Entwicklungsfonds" der Europäischen Union (Abkommen von Lomé und Cotonou)	845	701	144	+20,5	+0,3	
Beiträge an die Vereinten Nationen, ihre Sonderorganisationen sowie andere internationale Einrichtungen	769	765	4	+1,0	+0,3	
Politische Führung und zentrale Verwaltung	5 798	6 369	- 571	-9,0	+1,9	
Finanzverwaltung	4 326	3 754	573	+15,3	+1,4	
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	3 707	3 628	79	+2,2	+1,2	
nachrichtlich: Ausgaben für Versorgung	7 502	7 494	8	+0,1	+2,4	
ziviler Bereich	2 795	2 792	3	+0,1	+0,9	
Bundeswehr, Bundeswehrverwaltung	4706	4701	5	+0,1	+1,5	

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Abweichungen sind durch Runden der Zahlen möglich.

BUNDESHAUSHALT 2012 - SOLLBERICHT

umfasst neben den Ausgaben für das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe und den Ausgaben für das Technische Hilfswerk von 281 Mio. € auch Lasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt beziehungsweise Abzug von ausländischen Streitkräften von 52 Mio. €.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit: Die Entwicklungspolitik der Bundesregierung zielt darauf, Globalisierung zu einer Chance für alle Menschen weltweit werden zu lassen. Der Schutz der Menschenrechte ist Leitprinzip der deutschen Entwicklungspolitik. Zugleich ist Entwicklungspolitik globale Strukturpolitik, die globale öffentliche Güter wie Klima- und Umweltschutz sowie Sicherheit fördert. Die deutsche Entwicklungspolitik arbeitet darauf hin. Strukturdefizite in den Partnerländern und in internationalen Strukturen abzubauen und Armut nachhaltig zu bekämpfen. Sie unterstützt die Kooperationsländer auf partnerschaftliche Weise dabei, dass diese in eigener Verantwortung ihre Entwicklungschancen verbessern können. Schwerpunkte sind hierbei die Förderung guter Regierungsführung und nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung sowie Armutsbekämpfung insbesondere die Bekämpfung von Bildungsarmut. Der Bundeshaushalt 2012 dokumentiert das Bekenntnis der Bundesregierung zu ihrer entwicklungspolitischen Verantwortung und zu den Millenniums-Entwicklungszielen. Die Ausgaben im Bereich Wirtschaftliche Zusammenarbeit übersteigen 2012 – trotz der strengen Vorgaben der Schuldenbremse sogar noch das hohe Niveau des Solls 2011. Nach den Steigerungen in den Jahren 2008 bis 2011 unterstreicht die Bundesregierung damit weiterhin den hohen Stellenwert, den sie der offiziellen Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance – ODA) beimisst.

#### Politische Führung und zentrale

Verwaltung: Bei den Ausgaben für den Bereich politische Führung und zentrale Verwaltung handelt es sich um Aufwendungen für die obersten Bundesbehörden und den Zivildienst. Das Bundeskabinett beschloss am 15. Dezember 2010 zwei Gesetzentwürfe, mit denen die Wehrpflicht und als Folge auch der Zivildienst ausgesetzt wurden. Letzterer wurde in einen neuen Bundesfreiwilligendienst (BFD) umgestaltet.

Finanzverwaltung: Die Ausgaben für die Finanzverwaltung werden zum überwiegenden Teil im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) geleistet. Neben den obersten Bundesbehörden wie dem Bundeszentralamt für Steuern ist der größte Fachbereich die Bundeszollverwaltung. Darüber hinaus erhält die BA Erstattungen von Verwaltungskosten für die Durchführung des Familienleistungsausgleichs, die Auszahlung und Verwaltung des Kindergelds. Die Länder erhalten Erstattung von Verwaltungskosten für die Erhebung der Kfz-Steuer durch die Finanzbehörden der Länder.

#### Öffentliche Sicherheit und Ordnung:

Die Ausgaben zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung werden ausschließlich im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern getätigt. Dort liegt die Verantwortung des Bundes für die Bundespolizei, das Bundeskriminalamt und das Bundesamt für Verfassungsschutz.

Versorgung: Die Versorgungsleistungen des Bundes an ehemalige Beamte, Richter sowie Soldaten des Bundes und deren Hinterbliebene sowie an Versorgungsberechtigte nach dem Gesetz zu Artikel 131 GG umfassen direkte Pensionszahlungen sowie Beihilfen. Sie sind mit Ausnahme der Berechtigten nach dem Gesetz zu Artikel 131 GG beim jeweiligen Ressort veranschlagt, aus dessen Dienst die Versorgungsempfänger in den Ruhestand getreten sind. Versorgungsleistungen für die Berechtigten nach dem Gesetz zu Artikel 131 GG sind zentral veranschlagt. Zur Finanzierung künftiger Versorgungsleistungen wird aufgrund des Versorgungsrücklagegesetzes seit 1999 über verminderte Besoldungsund Versorgungsanpassungen das Sondervermögen "Versorgungsrücklage des

BUNDESHAUSHALT 2012 - SOLLBERICHT

Bundes" aufgebaut. Es soll den Bundeshaushalt ab dem Jahr 2018 von Versorgungsausgaben entlasten. Darüber hinaus sind für alle ab 1. Januar 2007 neu eingestellten Beamte, Richter sowie Berufssoldaten Zuweisungen an das Sondervermögen "Versorgungsfonds des Bundes" zu leisten.

# 4.3 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Tabelle 6 zeigt Ausgaben des Bundes für den Bereich Bildungswesen, Wissenschaft,

Forschung und Kultur. Der Bundeshaushalt 2012 sieht hierfür Ausgaben in Höhe von 17 966 Mio. € vor. Dies entspricht einem Anteil von 5,9% an den gesamten Ausgaben.

Entwicklung Bildung und Forschung (10 %-Ziel): Bund und Länder sind sich in dem Ziel einig, dass in Deutschland der Anteil der gesamtgesellschaftlichen Aufwendungen für Bildung und Forschung auf 10 % des BIP bis zum Jahr 2015 gesteigert werden soll. Der Bund wird seine Ausgaben für Bildung und Forschung bis 2013 um insgesamt 12 000 Mio. € erhöhen.

Tabelle 6: Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Aufgabenbereich	Soll 2012	Ist 2011	Abweichung	des Soll 2012 zum Ist 2012	Anteil an den Ausgaben des Bundes	
		in Mio. €¹		in	n %	
Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	17 966	16 086	+1 880	+11,7%	+5,9%	
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10 083	9 361	+ 722	+7,7%	+3,3%	
Gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern; darunter	3 746	3 492	+254	+7,3%	+1,2%	
Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V. (MPG) in Berlin	678	647	+32	+4,9%	+0,2%	
Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e.V. (FhG) in München	463	441	+22	+5,0%	+0,2%	
Forschungszentren der Helmholtz-Gemeinschaft	1 833	1 684	+149	+8,9%	+0,6%	
Luft- und Raumfahrt	1370	1 289	+81	+6,3%	+0,4%	
Technologie und Innovation im Mittelstand	744	570	+174	+30,1%	+0,2%	
Energieeffizienz	270	244	+26	+10,6%	+0,1%	
Forschung und experimentelle Entwicklung zum Schutz und zur Förderung der Gesundheit	427	335	+93	+27,7%	+0,1%	
Forschung Klima, Energie, Umwelt	417	325	+93	+28,5%	+0,1%	
Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz ( BAföG )	1 763	1 584	+ 179	+11,3%	+0,6%	
Hochschulen	4 032	3 195	+ 837	+26,2%	+1,3%	
Kompensationsmittel für die Abschaffung der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	695	695	-	-	+0,2%	
Deutsche Forschungsgemeinschaft e.V. (DFG)	983	936	+47	+5,0%	+0,3%	
Überregionale Forschungsförderung im Hochschulbereich	298	222	+76	+34,4%	+0,1%	
Exzellenzinitiative Spitzenförderung von Hochschulen	308	327	- 18	-5,5%	+0,1%	
Hochschulpakt 2020	1 460	860	+600	+69,7%	+0,5%	
Berufliche Weiterbildung	260	231	+ 29	+12,4%	+0,1%	
Kunst- und Kulturpflege	1 911	1 727	+ 184	+10,7%	+0,6%	

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Abweichungen durch Runden der Zahlen möglich.

BUNDESHAUSHALT 2012 - SOLLBERICHT

Der Bundeshaushalt 2012 sieht zusätzliche 1880 Mio. € für Bildung und Forschung vor.

Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen: Der Aufgabenbereich Wissenschaft, Forschung und Entwicklung außerhalb der Hochschulen ist im Jahr 2012 mit 10 083 Mio. € dotiert. Der Ausgabenschwerpunkt liegt mit 3 746 Mio. € bei der gemeinsamen Forschungsförderung von Bund und Ländern.

#### Leistungen nach dem

Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG): Ziel des BAföG ist die soziale Öffnung und Offenhaltung des Bildungswesens. Unabhängig von den jeweiligen finanziellen Möglichkeiten soll jedem eine den eigenen Fähigkeiten und Neigungen entsprechende Ausbildung ermöglicht werden. Der den einzelnen Auszubildenden hierfür zustehende Förderbetrag orientiert sich an dem durch die erforderlichen Ausgaben für Lebensunterhalt und Ausbildung bestimmten Bedarf. Die Aufwendungen für diese Leistung werden zu 65 % durch den Bund und zu 35 % durch die Länder getragen. Ergänzt wird die Ausbildungsförderung durch das Bildungskreditprogramm des Bundes und den allgemeinen Studienkredit, ein Eigenmittelprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau.

Hochschulen: Mit der Beendigung der Gemeinschaftsaufgabe "Aus- und Neubau von Hochschulen einschließlich der Hochschulkliniken" erhalten die Länder von 2007 bis 2013 pro Jahr ein Kompensationsvolumen von 695 Mio. €. Zusätzliche Mittel in Höhe von 298 Mio. € pro Jahr stellt der Bund für überregionale Forschungsförderung im Hochschulbereich zur Verfügung. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft e. V. Bonn (DFG) ist die zentrale Selbstverwaltungseinrichtung der Wissenschaft. Die Ausgaben dienen dazu, die Forschung durch allgemeine Fördermaßnahmen und insbesondere von Schwerpunkten leistungsfähig zu erhalten.

Seit dem Jahr 2002 fördern Bund und Länder die DFG mit einem einheitlichen Finanzierungsschlüssel von 58 % zu 42 %. Bund und Länder einigten sich auf zusätzliche Maßnahmen, um den Wissenschaftsstandort Deutschland nachhaltig zu stärken, seine internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und Spitzen sichtbarer zu machen. Mit der zwischen Bund und Ländern geschlossenen Verwaltungsvereinbarung werden im Rahmen der "Exzellenzinitiative zur Förderung von Wissenschaft und Forschung an deutschen Hochschulen" Zukunftskonzepte zum Ausbau der Spitzenforschung, Graduiertenschulen und Exzellenzcluster im Wettbewerb gefördert. Mit dem Hochschulpakt 2020 finanzieren Bund und Länder bis 2015 unter Berücksichtigung der Aussetzung von Wehr- und Zivildienst rund 335 000 zusätzliche Studienplätze. Die Forschung an Hochschulen wird weiter gestärkt.

Berufliche Weiterbildung: Die berufliche Weiterbildung wird durch mehrere Programme gefördert. Angesichts des nicht ausreichenden Ausbildungsplatzangebots in den neuen Ländern fördert der Bund im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative zur ergänzenden Ausbildung die Schaffung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen. Das Sonderprogramm wird je zur Hälfte vom Bund und von den neuen Ländern finanziert. Weiterhin werden Lehrgänge der überbetrieblichen beruflichen Bildung im Handwerk gefördert, die zur Anpassung des personellen Leistungsstandes an den technischen und ökonomischen Fortschritt beitragen. Überbetriebliche Berufsbildungsstätten ergänzen mit ihrem Lehrangebot die betriebliche Ausbildung solcher Klein- und Mittelbetriebe, die aufgrund ihrer Größe oder Spezialisierung nicht in der Lage sind, die geforderten Ausbildungsinhalte in ihrer Gesamtheit zu vermitteln. Erst durch die ergänzenden Lehrangebote der überbetrieblichen Berufsbildungsstätten werden diese Betriebe in die Lage versetzt, ausbilden zu können.

BUNDESHAUSHALT 2012 - SOLLBERICHT

Kunst- und Kulturpflege: Die Förderung der inländischen Kulturpolitik wird vor allem vom Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien wahrgenommen. Ihm zugeordnet ist das Bundesarchiv, das Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa und die Behörde der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Die Förderung der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik obliegt dem Auswärtigen Amt. Unter Wahrung der Kulturhoheit der Länder fördert der Bund folgende Maßnahmen und Einrichtungen mit gesamtstaatlicher Bedeutung: Kulturelle Angelegenheiten einschließlich der Pflege deutscher Kultur des östlichen Europas sowie die kulturelle Betreuung für heimatlose Ausländer und fremde Volksgruppen; Medien- und Filmwirtschaft; Gedenkstätten sowie Kultur in der Hauptstadt Berlin. Der größte Einzelposten der Kunst- und Kulturpflege im Inland ist der Zuschuss des Bundes an die Rundfunkanstalt Deutsche Welle. Ein Schwerpunkt der

Ausgaben des Auswärtigen Amtes für auswärtige Kultur- und Bildungspolitik liegt in den Zuschüssen an das Goethe-Institut e. V..

#### 4.4 Verkehrs- und Nachrichtenwesen

Tabelle 7 zeigt die wesentlichen
Ausgaben des Bundes für das Verkehrsund Nachrichtenwesen. Wesentliche
Aufgabenbereiche sind hier der Bau und Betrieb
der Bundesautobahnen, Bundesstraßen, und
Bundeswasserstraßen sowie Bau, Ausbau und
Ersatzinvestitionen in die Schienenwege der
Eisenbahnen des Bundes. Für das Verkehrs- und
Nachrichtenwesen sind im Bundeshaushalt
2012 insgesamt 12 384 Mio. € veranschlagt.
Dies entspricht einem Anteil von 4% an den
Gesamtausgaben.

#### In frastrukturbeschleunigungsprogramm:

Zur Stärkung der Verkehrsinfrastruktur wurde ein Infrastrukturbeschleunigungsprogramm mit einem Gesamtvolumen von 1000 Mio. € für die Jahre 2012 bis 2016 beschlossen. Neben

Tabelle 7: Verkehrs- und Nachrichtenwesen

Aufgabenbereich	Soll 2012	Ist 2011	Abweichung	des Soll 2012 zum Ist 2011	Anteil an den Ausgaben des Bundes
		in Mio. €¹		in	%
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	12 384	11 645	+ 739	+6,3%	+4,0%
Infrastrukturbeschleunigungsprogramm	500	-	-	-	-
Straßen	6 126	6 115	+ 11	+0,2%	+2,0%
Bundesautobahnen	3 5 7 8	3 580	- 2	X	+1,2%
Bundesstraßen	2 432	2 437	- 6	-0,2%	+0,8%
Wasserstraßen und Häfen	1 711	1 675	+ 36	+2,1%	+0,6%
Kompensationszahlungen an die Länder wegen Beendigung der Finanzhilfen des Bundes für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden	1 336	1 336	-	-	+0,4%
Finanzhilfen an die Länder für die Schieneninfrastruktur des öffentlichen Personennahverkehrs	333	343	- 11	-3,2%	+0,1%
Nachrichtlich:					
Beteiligungen des Bundes an Wirtschaftsunternehmen im Verkehrsbereich					
Eisenbahnen des Bundes - Deutsche Bahn AG	4016	4037	- 20	-0,5%	+1,3%
Bundeseisenbahnvermögen	5 2 3 9	5 0 2 0	+219	+4,4%	+1,7%

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Abweichung durch Runden der Zahlen möglich.

BUNDESHAUSHALT 2012 - SOLLBERICHT

den Barmitteln über 500 Mio. € für 2012 wurden Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 500 Mio. € ausgebracht (fällig in 2013: 320 Mio. €, 2014 bis 2016: je 60 Mio. €). Die Mittel teilen sich auf die einzelnen Verkehrsbereiche wie folgt auf: Auf den Bereich Bundesfernstraßen entfallen 600 Mio. € (2012: 400 Mio. €), auf den Bereich Bundeswasserstraßen 300 Mio. € (2012: 60 Mio. €) und auf den Bereich Bundesschienenwege 100 Mio. € (2012: 40 Mio. €). Die aus dem Programm zu finanzierenden Maßnahmen bedürfen der Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages, die dieser anhand einer Vorlage des Bundesministeriums der Finanzen auf der Basis entsprechender Projektlisten des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung in seiner Sitzung. Über den Mittelabfluss ist dem Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages zu berichten.

Straßen (ohne Kompensationszahlungen wegen Beendigung Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz): Das Bundesfernstraßennetz (Bundesautobahnen und Bundesstraßen) gehört zu den leistungsfähigsten Europas und spiegelt die Bedeutung Deutschlands als eine der führenden Wirtschaftsnationen und als wichtigstes Transitland wider. Die Verwaltung der Bundesfernstraßen erfolgt nach Artikel 90 des Grundgesetzes im Auftrag des Bundes durch die Länder. Die Haushaltsmittel für die betriebliche Unterhaltung, die Erhaltung und den Um- und Ausbau sowie den Neubau der in der Baulast des Bundes stehenden Bundesfernstraßen werden aus dem Bundeshaushalt bereitgestellt. Die Straßenbauinvestitionen werden zum überwiegenden Teil durch die Lkw-Mauteinnahmen finanziert.

Wasserstraßen und Häfen: Das Netz der Bundeswasserstraßen umfasst rund 7 350 km Binnenwasserstraßen und rund 23 000 qkm Seewasserstraßen. Nach Art. 89 GG verwaltet der Bund die Bundeswasserstraßen und nimmt die über den Bereich eines Landes hinausgehenden staatlichen Aufgaben wahr. Die hierfür zuständigen bundeseigenen Behörden sind die Wasser- und Schifffahrtsdirektionen sowie die Wasser- und Schifffahrtsämter.

Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden: Mit der Beendigung der Finanzhilfen des Bundes für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden steht den Ländern seit dem 1. Januar 2007 bis zum 31. Dezember 2013 jährlich ein Betrag von 1,3 Mrd. € aus dem Haushalt des Bundes zu. Der Betrag wird auf die Länder nach einem gesetzlich festgelegten Schlüssel verteilt. Die Mittel sind von den Ländern zweckgebunden für die Förderung des kommunalen Straßenbaus sowie des öffentlichen Personennahverkehrs einzusetzen. Darüber hinaus stellt der Bund den Ländern im Rahmen von Bundesprogrammen Finanzhilfen für die Schieneninfrastruktur des öffentlichen Nahverkehrs bereit.

Eisenbahnen des Bundes - Deutsche
Bahn AG: Gemäß Art. 87e Abs. 4 GG trägt
der Bund die Verantwortung für den
Ausbau und Erhalt des Schienennetzes
der Eisenbahnen des Bundes. Nach dem
Bundesschienenwegeausbaugesetz finanziert
der Bund Investitionen in die Schienenwege
der Eisenbahnen. Diese Investitionen umfassen
sowohl Ersatzinvestitionen als auch Neu- und
Ausbaumaßnahmen. Über die Hälfte der
Investitionsmittel fließt in die Erhaltung des
Bestandnetzes.

Bundeseisenbahnvermögen: Das
Bundeseisenbahnvermögen ist ein
Sondervermögen des Bundes und wurde im
Zuge der ersten Stufe der Bahnreform im
Jahr 1994 aus den Sondervermögen Deutsche
Bundesbahn und Deutsche Reichsbahn
zusammengeführt. Anschließend wurde
der unternehmerische Bereich aus dem
Bundeseisenbahnvermögen ausgegliedert
und in die Deutsche Bahn AG umgewandelt.
Das Bundeseisenbahnvermögen ist
Dienstherr der der Deutschen Bahn AG
zugewiesenen Beamten und Eigentümer
nicht bahnnotwendiger Liegenschaften. Das

BUNDESHAUSHALT 2012 - SOLLBERICHT

Bundeseisenbahnvermögen stellt jährlich einen Wirtschaftsplan auf. Die nicht durch eigene Einnahmen gedeckten Aufwendungen werden aus dem Bundeshaushalt getragen.

#### 4.5 Wirtschaftsförderung

Tabelle 8 zeigt die wesentlichen Aufwendungen des Bundes für Wirtschaftsförderung in den Bereichen Gewerbe und Dienstleistungen, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie bei Energie- und Wasserwirtschaft. Für Wirtschaftsförderung sind im Bundeshaushalt 2012 5 672 Mio. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 1,9% an den Gesamtausgaben.

Mittelstandsförderung: Zusätzlich zu den für Technologie- und Innovationsförderung bereitgestellten Mitteln (vergleiche Tabelle 6) unterstützt der Bund kleine und mittlere Unternehmen bei der Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit sowie beim Ausbau der Wachstums- und Beschäftigungspotenziale. Im Einzelnen gehören dazu die Initiative "Gründerland Deutschland", das Thema "Fachkräftesicherung und berufliche Bildung", die "Förderung unternehmerischen Knowhows" und die Erschließung von Potenzialen in der Dienstleistungswirtschaft.

**Regionale Förderungsmaßnahmen:** Den größten Anteil hat die Gemeinschaftsaufgabe

"Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW). Mit der GRW wird die Schaffung und Sicherung von dauerhaft wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen durch Gewährung von Investitionszuschüssen an Unternehmen und Finanzhilfen für die wirtschaftsnahe Infrastruktur in strukturschwachen Regionen gefördert. Die Länder stellen Mittel in gleicher Höhe bereit. Aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) stehen den neuen Ländern in der Förderperiode 2007 bis 2013 Mittel in Höhe von insgesamt rund 9,25 Mrd. € zur Verfügung, die zum Teil auch innerhalb der GRW eingesetzt werden. Darüber hinaus kann ein Teil der alten Länder ebenfalls EFRE-Mittel in Anspruch nehmen. Dafür stehen den alten Ländern in der Förderperiode 2007 bis 2013 insgesamt rund 5,3 Mrd. € zur Verfügung. Diese sind nicht in das Haushaltssoll des Bundes eingerechnet.

Förderung des Steinkohlenbergbaus: Der deutsche Untertage-Steinkohlenbergbau ist seit vielen Jahren international nicht wettbewerbsfähig. Die Produktionskosten übersteigen vor allem aufgrund der ungünstigen geologischen Bedingungen den Weltmarktpreis erheblich. Der Beitrag, den der deutsche Steinkohlenbergbau zur Versorgung der deutschen Wirtschaft leistet, steht nicht mehr in einem angemessenen Verhältnis zum

Tabelle 8: Wirtschaftsförderung

Aufgabenbereich	Soll 2012	Ist 2011	Abweichung des Soll 2012 zum Ist 2011		Anteil an den Ausgaben des Bundes
		in Mio. €¹		in	%
Wirtschaftsförderung gesamt	5 672	5 656	+ 16	+0,3%	+1,9%
Mittelstand	273	298	- 25	-8,5%	+0,1%
Regionale Förderungsmaßnahmen	635	937	- 302	-32,2%	+0,2%
Gemeinschaftsaufgabe "Regionale Wirtschaftsstruktur"	597	877	- 281	-32,0%	+0,2%
Förderung des Steinkohlenbergbaus	1 312	1 448	- 136	-9,4%	+0,4%
Gewährleistungen	1 500	797	+ 703	+88,2%	+0,5%
Landwirtschaft	957	1 111	- 154	-13,9%	+0,3%
Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes"	590	583	+ 7	+1,3%	+0,2%

BUNDESHAUSHALT 2012 - SOLLBERICHT

erforderlichen Subventionsaufwand. Daher wurde mit dem Steinkohlefinanzierungsgesetz vom 20. Dezember 2007 zwischen dem Bund, dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Saarland die sozialverträgliche Beendigung der subventionierten Förderung der Steinkohle bis zum Ende des Jahres 2018 beschlossen. Das Steinkohlefinanzierungsgesetz regelt die Steinkohlebeihilfen des Bundes ab 2009. Aufgrund der derzeit hohen Weltmarktpreise konnten die Hilfen in 2012 stärker reduziert werden.

Gewährleistungen: Durch die Übernahme von Bürgschaften, Garantien und sonstigen Gewährleistungen ermöglicht der Bund die Fremdfinanzierung von förderungswürdigen Vorhaben insbesondere von Handels- und Kreditgeschäften, sowohl im außen- als auch im binnenwirtschaftlichen Bereich. Gewährleistungen in Höhe von 860 Mio. € entfallen auf den Binnenwirtschaftsbereich und 640 Mio. € auf den Außenwirtschaftsbereich.

Landwirtschaft: Im Bereich der Agrarpolitik liegt der finanzielle Schwerpunkt bei den von der Europäischen Union gezahlten

Beihilfen. Im nationalen Bereich nimmt neben der landwirtschaftlichen Sozialpolitik (siehe auch Tabelle 4 "Ausgaben des Bundes für soziale Sicherung") die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" einen großen Anteil der Bundeshilfen ein. Die Gemeinschaftsaufgabe ist das wichtigste Instrument der Bundesregierung zur Koordinierung und Vereinheitlichung der Agrarstrukturpolitik in Deutschland. Sie bildet eine wichtige inhaltliche und finanzielle Grundlage der Länderprogramme zur ländlichen Entwicklung für die EU-Förderperiode 2007 bis 2013 und wurde dazu als nationale Rahmenregelung von der Europäischen Kommission genehmigt. Der Bund beteiligt sich an der Finanzierung von Fördermaßnahmen im Bereich der Agrarstrukturverbesserung mit 60 % und bei Maßnahmen zur Verbesserung des Küstenschutzes mit 70 %.

## 4.6 Übrige Ausgaben

Tabelle 9 gibt einen Überblick über die übrigen Ausgaben des Bundes im

Tabelle 9: Übrige Ausgaben

Aufgabenbereich	Soll 2012	Ist 2011	Abweichung	g des Soll 2012 zum Ist 2011	Anteil an den Ausgaben des Bundes
		in Mio. €¹		in	%
Zinsen	36 769	32 800	+3 969	+12,1%	+12,0%
Wohnungswesen	1 387	1 366	+ 21	+1,5%	+0,5%
Kompensationszahlungen an die Länder wegen Beendigung der Finanzhilfen des Bundes zur Sozialen Wohnraumförderung	518	518	-	-	+0,2%
Energetische Sanierungs- und Wohnraummodernisierungsprogramme der KfW	845	801	+44	+5,5%	+0,3%
Städtebauförderung	666	655	+ 11	+1,7%	+0,2%
Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	1 548	1 335	+ 213	+16,0%	+0,5%
Gesundheit	455	444	+12	+2,6%	+0,1%
Umweltschutz	440	392	+48	+12,3%	+0,1%
Sport und Erholung	131	132	- 1	-0,9%	+0,0%
Postbeamtenversorgungskasse	6 755	6340	+415	+6,5%	+2,2%
Nachfolgeeinrichtungen der Treuhandanstalt	200	257	- 57	-22,4%	+0,1%

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Abweichungen durch Runden der Zahlen möglich.

BUNDESHAUSHALT 2012 - SOLLBERICHT

Jahr 2011. Im Wesentlichen handelt es sich um Aufwendungen des Bundes in den Aufgabenbereichen Wohnungswesen, Gesundheit und Sport und allgemeine Finanzwirtschaft sowie Zinszahlungen auf die Bundesschuld.

Zinsen: Die Zinsausgaben sind abhängig von der Steigerung der Bundesschuld durch die jährliche Nettokreditaufnahme, vom Zinsniveau und von den Konditionen der Anschlussfinanzierungen im Vergleich zu den Tilgungsleistungen. Die Haushaltsansätze für Zinsausgaben des Bundeshaushalts basieren auf dem bestehenden Schuldenportfolio, der zur Finanzierung der Tilgungen und des Nettokreditbedarfs geplanten neuen Kreditaufnahme, den bestehenden und geplanten Swapverträgen und auf der voraussichtlichen Kassenfinanzierung.

Wohnungswesen: Die Wohnungsversorgung in Deutschland ist, abgesehen von vereinzelten von starkem Zuzug geprägten Ballungszentren, gut und ausreichend. Im Rahmen der durch die Föderalismusreform vollzogenen Entflechtung von Mischfinanzierungstatbeständen hat sich der Bund ab 2007 vollständig aus der sozialen Wohnraumförderung zurückgezogen. Die Verantwortung für die soziale Wohnraumförderung ging vollständig auf die Länder über. Die Länder erhalten als befristeten Ausgleich für den Wegfall der bisherigen Bundesmittel zunächst bis zum Jahr 2013 jährliche Kompensationszahlungen in Höhe von 518,2 Mio. €, die zweckgebunden für investive Maßnahmen der sozialen Wohnraumförderung einzusetzen sind. Die eingestellten Kassenmittel für die Förderprogramme der KfW dienen der Ausfinanzierung bereits abgelaufener Programme. Neue Programmmittel sind nicht vorgesehen. Förderungen von Energieeinsparungen (z. B. Fortführung des CO2-Gebäudesanierungsprogramms) werden künftig im Energie- und Klimafonds (EKF) ausgewiesen.

**Städtebauförderung:** Zur Förderung des Städtebaus gewährt der Bund den Ländern gemäß Artikel 104b GG Finanzhilfen. Die Förderung erfolgt bundesweit im Rahmen von Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen. Daneben gibt es weitere Programme zur Lösung spezieller Problemlagen wie "Die Soziale Stadt - Investitionen im Quartier", "Stadtumbau West" und "Stadtumbau Ost": "Denkmalschutz West" und "Denkmalschutz Ost"; "Aktive Stadt- und Ortsteilzentren" sowie "Kleinere Städte und Gemeinden". Die Städtebauförderungsmittel 2012 wurden gegenüber dem Regierungsentwurf durch Beschluss des Haushaltsausschusses aufgestockt.

#### Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung:

Auf dem Gebiet des Gesundheitswesens werden insbesondere das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte, das Robert Koch-Institut, das Paul-Ehrlich-Institut, das Deutsche Institut für Medizinische Dokumentation und Information sowie die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung finanziert. Ziel der Umweltpolitik ist die ökologische Modernisierung, die sich am Leitbild der Nachhaltigkeit orientiert. Die Verbesserung der sozialen und ökonomischen Lebensbedingungen für alle Menschen muss in Einklang gebracht werden mit dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen unter Berücksichtigung der Belange künftiger Generationen.

#### Postbeamtenversorgungskasse:

Ehemalige Postbeamte erhalten
Versorgungs- und Beihilfeleistungen von
der Postbeamtenversorgungskasse. Die
Finanzierung der Gesamtleistungen tragen
der Bund und die Postnachfolgeunternehmen.
Der größere Finanzierungsanteil entfällt
hierbei auf den Bund, der gesetzlich zur
Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit
der Postbeamtenversorgungskasse
verpflichtet ist. Durch die Verwertung des
überwiegenden Teils der Forderungen
gegenüber den Postnachfolgeunternehmen
und die Verwendung der Verwertungserlöse
zur Finanzierung der Versorgungs- und

BUNDESHAUSHALT 2012 - SOLLBERICHT

Beihilfeleistungen wurde der Bundeshaushalt in der Vergangenheit entsprechend entlastet. Im aktuellen Finanzplanungszeitraum sind die Versorgungsleistungen fast vollständig aus dem Bundeshaushalt zu erbringen.

#### Nachfolgeeinrichtungen der

Treuhandanstalt: Die Treuhandanstalt hat bereits Ende 1994 ihre Kernaufgabe, die Privatisierung ostdeutscher Unternehmen, abgeschlossen. Seit 1995 wird der Finanzbedarf der Treuhandnachfolgeeinrichtungen direkt aus dem Bundeshaushalt gedeckt. Die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) hat die Aufgaben, die sie von der Treuhandanstalt übernommen hat, inzwischen fast vollständig erledigt.

Die Zuwendungen gehen an die Lausitzer- und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH, die Energiewerke Nord GmbH und die Gesellschaft zur Verwahrung und Verwertung von stillgelegten Bergwerksbetrieben mbH.

## 5 Darstellung der Einnahmenstruktur des Bundes

Tabelle 10 zeigt die Einnahmen des Bundes im Jahr 2012. Die Bundeseinnahmen ohne Finanzierungsvorgänge wie Nettokreditaufnahme und Münzeinnahmen sind im Haushalt 2012 auf 279 737 Mio. €

Tabelle 10: Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	Soll 2012	Ist 2011	Abweichung des Soll 2012 zum Ist 2011	
		in Mio. € <sup>1</sup>		in %
Einnahmen zusammen	279 737	278 520	+1 217	+0,4
darunter:				
Steuereinnahmen	249 189	248 066	+1 123	+0,5
Bundesanteile an Gemeinschaftlichen Steuern und Gewerbesteuerumlage	204 223	197 441	+6 782	+3,4
Lohnsteuer	62 178	59 475	+2 703	+4,5
Veranlagte Einkommensteuer	14 620	13 599	+1 021	+7,5
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	8 013	9 0 6 8	-1 055	-11,6
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	3 670	3 529	+141	+4,0
Körperschaftsteuer	9 620	7817	+1 803	+23,1
Steuern vom Umsatz	104 556	102 433	+2 123	+2,1
Gewerbesteuerumlage	1 566	1 520	+46	+3,0
Bundessteuern	98 975	99 134	+ 159	-0,2
Energiesteuer	40 150	40 036	+114	+0,3
Tabaksteuer	13 900	14414	-514	-3,6
Solidaritätszuschlag	13 200	12 781	+419	+3,3
Versicherungsteuer	10 450	10 755	-305	-2,8
Stromsteuer	6 8 2 0	7 247	- 427	-5,9
Branntweinsteuer	2 121	2 151	-30	-1,4
Kraftfahrzeugsteuer	8 3 7 5	8 422	- 47	-0,6
Kaffeesteuer	1 020	1 028	-8	-0,8
Schaumweinsteuer	467	470	-3	-0,6
Luftverkehrsteuer	1 000	905	+95	+
Kernbrennstoffsteuer	1 470	922	+ 548	+59,4
Sonstige Bundessteuern	2	2	+0	+21,4
Veränderungen aufgrund steuerlicher Maßnahmen und Einnahmeentwicklung	- 729	-	- 729	x

BUNDESHAUSHALT 2012 - SOLLBERICHT

noch Tabelle 10: Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	Soll 2012	Ist 2011	Abweichung des S	Soll 2012 zum Ist 2011	
Limbilicate		in Mio. €¹		in %	
Abzugsbeträge	-53 280	-48 508	-4 772	+9,8	
Ergänzungszuweisungen an Länder	-11 563	-12 110	+547	-4,5	
Zuweisungen an Länder gemäß Gesetz zur Regionalisierung des ÖPNV aus dem Energiesteueraufkommen	-7 085	-6 980	- 105	+1,5	
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-2 030	-1 890	- 140	+7,4	
BNE-Eigenmittel der EU	-22 810	-18 003	-4807	+26,7	
Kompensationszahlungen an die Länder zum Ausgleich der weggefallenen Einnahmen aus Kfz-Steuer und Lkw-Maut	-8 992	-8 992	-0,2	х	
Konsolidierungshilfen	- 800	- 533	- 267	+50,1	
onstige Einnahmen	30 548	30 455	+93	+0,3	
Darunter:					
Abführung Bundesbank	2 500	2 206	+294	+13,3	
Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen, Darlehensrückflüsse sowie Privatisierungserlöse	7213	5 2 6 7	+1945	+36,9	
Eingliederungsbeitrag der Bundesagentur für Arbeit	4000	4510	-510	-11,3	
Einnahmen aus der streckenbezogenen Lkw-Maut	4 610	4505	+105	+2,3	

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Abweichungen durch Runden der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

veranschlagt. Die Steuereinnahmen bilden mit 249 189 Mio. € die größte Einnahmequelle des Bundes. Im Haushalt 2012 sind 81,4% der Ausgaben über Steuereinnahmen finanziert. Auch die Kreditfinanzierungsquote liegt 2012 bei 8,5%.

#### 5.1 Steuereinnahmen

Basis der Einnahmenplanung des Bundes für 2012 war die 139. Sitzung des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" von November 2011. Geschätzt wurden die Steuereinnahmen für die Jahre 2011 bis 2016. Die Schätzung ging vom geltenden Steuerrecht aus. Für die Jahre 2011 bis 2016 wurden gegenüber der Schätzung vom Mai 2011 die finanziellen Auswirkungen des Steuervereinfachungsgesetzes 2011 sowie das 13. Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes berücksichtigt. Ferner war die Umsetzung der Urteile des Bundesfinanzhofs zur steuerlichen Behandlung der Überlassung

eines betrieblichen Kraftfahrzeugs für Fahrten zwischen Wohnung und regelmäßiger Arbeitsstätte (§ 8 Abs. 2 S. 3 EStG) neu einzubeziehen. Der Steuerschätzung lagen die gesamtwirtschaftlichen Eckwerte der Herbstprojektion 2011 der Bundesregierung zugrunde.

# Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage: Die

Bundesanteile an den Gemeinschaftsteuern sind die Hauptfinanzierungsquelle des Bundes. Die Gemeinschaftsteuern umfassen die Lohn- und Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer, die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag sowie die Steuern vom Umsatz und die Abgeltungsteuer auf Zinsund Veräußerungserträge. Grundlage für die Aufteilung des Steueraufkommens ist Artikel 106 GG. Die Erträge der Gemeinschaftsteuern werden auf Basis

BUNDESHAUSHALT 2012 - SOLLBERICHT

Tabelle 11: Anteil an den Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage in %

Gemeinschaftsteuer nach Artikel 106 Grundgesetz	Bund	Länder	Gemeinden
Lohn- und Einkommensteuer	42,5	42,5	15,0
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	50,0	50,0	-
Steuern vom Umsatz	53,2	44,8	2,0
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	44,0	44,0	12,0
Körperschaftsteuer	50,0	50,0	-
Gewerbesteuerumlage	41,4	58,6	-

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

unterschiedlicher Vergabeschlüssel zwischen Bund, Ländern und Gemeinden aufgeteilt.

Tabelle 11 zeigt den rechnerischen Anteil der Gebietskörperschaften am Aufkommen der Gemeinschaftsteuern und an der Gewerbesteuerumlage im Jahr 2012 in %.

Bundessteuern: Das Steueraufkommen der Bundessteuern steht allein dem Bund zu. Hierbei handelt es sich insbesondere um das Steueraufkommen aus den Verbrauchsteuern, der Versicherungsteuer und dem Solidaritätszuschlag. Dieser wird als Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer in Höhe von 5,5 % erhoben.

Abzugsbeträge sind Zahlungen, die aus dem Steueraufkommen des Bundes geleistet werden. Hierzu zählen:

Bundesergänzungszuweisungen an die Länder: Seit dem 1. Januar 2005 kommt das Ausgleichssystem auf der Grundlage des Maßstäbegesetzes und des neuen Finanzausgleichsgesetzes zur Anwendung. Das Finanzausgleichsgesetz sieht vor, dass der Bund Ergänzungszuweisungen an bestimmte leistungsschwache Länder leistet. Leistungsschwache Länder, deren Finanzkraft nach Länderfinanzausgleich unter 99,5% der Finanzkraft der Ländergesamtheit liegt, erhalten allgemeine Bundesergänzungszuweisungen. Darüber hinaus werden drei Arten von SonderbedarfsBundesergänzungszuweisungen gewährtzur Deckung von teilungsbedingten Sonderlasten aus dem bestehenden starken infrastrukturellen Nachholbedarf und zum Ausgleich unterproportionaler kommunaler Finanzkraft.

- zum Ausgleich von Sonderlasten durch die strukturelle Arbeitslosigkeit und den daraus entstehenden überproportionalen Lasten bei der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe,
- wegen überdurchschnittlich hoher Kosten der politischen Führung.

Zuweisungen an die Länder gemäß Gesetz zur Regionalisierung des ÖPNV aus dem Energiesteueraufkommen: Im Rahmen der Bahnstrukturreform ist ab 1996 die Aufgabenund damit auch die Ausgabenverantwortung für den Schienenpersonennahverkehr der Deutschen Bahn AG vom Bund auf die Länder übergegangen. Dafür steht ihnen gemäß Artikel 106 a GG ein Anteil aus dem Energiesteueraufkommen des Bundes zu.

Zuweisungen an die Europäische Union nach Bruttonationaleinkommen (BNE):
Neben den Zöllen, den Agrarabgaben und den Mehrwertsteuer-Eigenmitteln gehören die BNE-Eigenmittel zu den eigenen Einnahmen der Europäischen Union. Die Eigenmittelobergrenze ist mit 1,23 % des EU-Bruttonationaleinkommens (BNE) festgeschrieben.

BUNDESHAUSHALT 2012 - SOLLBERICHT

#### Kompensationszahlungen Kfz-Steuer:

Zum 1. Juli 2009 ist die Ertragshoheit der Kraftfahrzeugsteuer von den Ländern auf den Bund übergegangen. Die Länder erhalten hierfür als Ausgleich eine Kompensationszahlung vom Bund.

Konsolidierungshilfen: Fünf Länder in schwieriger Haushaltssituation erhalten für die Jahre 2011 bis 2019 Konsolidierungshilfen in Höhe von insgesamt 800 Mio. €, um ihnen die Einhaltung der Schuldenbremse ab dem Jahr 2020 zu ermöglichen. Nach § 1 Abs. 3 Konsolidierungshilfengesetz (KonsHilfG) werden zwei Drittel der Summe vorschüssig im laufenden Jahr gezahlt, beginnend mit dem Jahr 2011. Die Auszahlung erfolgt vorbehaltlich der Entscheidung des Stabilitätsrates gemäß § 2 KonsHilfG.

#### 5.2 Sonstige Einnahmen

Bundesbankgewinn: Gemäß § 27 Bundesbankgesetz (BBankG) hat die Deutsche Bundesbank den vollen jährlichen Reingewinn an den Bund abzuführen. Die Abführung erfolgt nach der Gewinnfeststellung im 1. Quartal des dem Geschäftsjahr folgenden Jahres (Geschäftsjahr der Bank ist das Kalenderjahr). Bis 2009 wurde der 3,5 Mrd. € übersteigende Teil der Abführung dem Erblastentilgungsfonds (ELF) zugeführt (vergleiche § 6 Abs. 1 Nr. 1 Erblastentilgungsfonds-Gesetz – ELFG). Seit 2010 wird der Anteil des Bundesbankgewinns, der den Haushaltsansatz übersteigt und auch nicht zur Tilgung der Schulden des ELF benötigt wird, zur Tilgung der

Verbindlichkeiten des Sondervermögens "Investitions- und Tilgungsfonds" (ITF) herangezogen. Die Ansätze für das Jahr 2012 und für die Finanzplanungsjahre 2013 bis 2015 wurden auf jeweils 2,5 Mrd. € festgesetzt.

Eingliederungsbeitrag der BA: Die BA leistet seit dem Jahr 2008 an den Bund einen Eingliederungsbeitrag. Dieser Beitrag beträgt 50 % der jeweiligen Eingliederungsleistungen und Verwaltungskosten der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

Streckenbezogene Lkw-Maut: Seit dem 1. Januar 2005 werden Einnahmen aus der streckenbezogenen Gebühr für die Benutzung von Autobahnen durch schwere Lastkraftwagen (Lkw-Maut) erhoben. Diese dienen gemäß des gesetzlichen Auftrags in der seit Sommer 2011 geltenden Fassung der Finanzierung von Infrastrukturvorhaben im Bereich der Bundesfernstraßen. Seit dem Haushaltsjahr 2011 werden die investiv genutzten Mittel daher ausschließlich in den Bundesfernstraßenbau gelenkt. Mit dem am 19. Juli 2011 in Kraft getretenen Gesetz über die Erhebung von streckenbezogenen Gebühren für die Benutzung von Bundesautobahnen und Bundesstraßen wurde das bisherige Autobahnmautgesetz geändert: Künftig werden neben Autobahnen auch bestimmte, im Gesetz genau definierte vier- und mehrstreifige Bundesstraßenabschnitte in die Mautpflicht einbezogen. Diese erweiterte Mautpflicht soll nach derzeitigem Stand zum 1. August 2012 konkret umgesetzt werden.

Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 25. und 26. Februar in Mexico City

# Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 25. und 26. Februar in Mexico City

1	Einleitung	61
	Lage der Weltwirtschaft und "Framework for Growth"	
	Stärkung der internationalen Finanzarchitektur	
4	Reform der Finanzmärkte	63
5	Weitere Themen	63

- Die G20-Partner unterstrichen ihre Anerkennung für die Fortschritte, die Europa bisher bei der Bewältigung der Staatsschuldenkrise erzielt hat.
- Die Notwendigkeit zur konsequenten Umsetzung des "Cannes Action Plan for Growth and Jobs" wurde bekräftigt. Darüber hinaus soll bis zum G20-Gipfel im Juni ein neuer Aktionsplan verabschiedet werden.
- Die Stärkung der internationalen Finanzarchitektur war ein zentrales Thema der Agenda. Auch die Reform der Finanzmarktregulierung wird weiter vorangetrieben. Die Entschlossenheit zur Umsetzung bisher vereinbarter Reformen und zur Erreichung gemeinsamer globaler Standards wurde bekräftigt.

## 1 Einleitung

Das erste Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure unter mexikanischer Präsidentschaft fand vom 25. bis 26. Februar in Mexico City statt. Für Deutschland nahm neben Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble Bundesbankpräsident Dr. Jens Weidmann an der Konferenz teil. Themenschwerpunkte waren die Lage der Weltwirtschaft, die Umsetzung des "G20 Framework for Growth" und die Stärkung der internationalen Finanzarchitektur. Außerdem wurde über Finanzmarktregulierung sowie über Energie- und Rohstofffragen beraten.

Trotz der andauernden Besorgnis über die Lage im Euroraum, lobten die G20-Partner Europa für die Fortschritte, die bei der Bewältigung der Staatsschuldenkrise erzielt worden sind: Durch ihre Einigkeit demonstrierten die Europäer ihre Handlungsfähigkeit und untermauerten damit die Glaubwürdigkeit der gesamten G20. Gleichzeitig wurde an die Mitglieder des Euroraums die Erwartung gerichtet, die finanzielle Ausstattung ihrer Stabilisierungsinstrumente zu erhöhen. Deren geplante Überprüfung im März soll nach Ansicht der G20 ein wesentlicher Bestandteil der andauernden Überlegungen zur zeitnahen Mobilisierung von Mitteln des Internationalen Währungsfonds (IWF) sein. Die Entscheidung hierüber wird voraussichtlich bei IWF-Frühjahrstagung im April fallen.

# 2 Lage der Weltwirtschaft und "Framework for Growth"

Auch beim Treffen in Mexiko bestand ein sehr großes Interesse der G20 an der Entwicklung in Europa im Allgemeinen und dem Euroraum im Besonderen. Die USA,

Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 25. und 26. Februar in Mexico City

aber auch viele andere Teilnehmer inklusive der Schwellenländer zollten den bisherigen Stabilisierungsmaßnahmen des Euroraums ausdrücklich Anerkennung. Auch das für Griechenland geschnürte Paket wurde sehr positiv aufgenommen.

Dennoch wurden Fragen nach der Höhe der "Firewall" – also der Finanzausstattung von EFSF und ESM – gestellt und einmal mehr die Rolle der EZB diskutiert. Die Mitglieder des Euroraums versicherten, auf Basis der Beschlüsse der EU-Staatsund -Regierungschefs von Dezember 2011 wie geplant die Ausstattung ihrer Stabilisierungsinstrumente im März zu überprüfen. Die G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure kamen überein, dass dies auch ein wesentlicher Bestandteil der andauernden Überlegungen zur zeitnahen Mobilisierung von Mitteln des Internationalen Währungsfonds (IWF) entsprechend des Auftrags der Staats- und Regierungschefs vom vergangenen G20-Gipfel in Cannes sei. Eine Möglichkeit, die IWF-Ressourcen kurzfristig zu erhöhen, sei die Bereitstellung bilateraler Beiträge. Betont wurde dabei, dass die IWF-Mittel allen Mitgliedern zur Verfügung stünden und nicht für eine bestimmte Region reserviert seien.

Aus Sicht der Bundesregierung gilt, dass die globale Krise auch eine globale Antwort erfordert. Der Euroraum leistet hierzu seinen Beitrag. Zusätzlich zu den umfangreichen institutionellen und finanziellen Maßnahmen im Euroraum selbst gilt das auch mit Blick auf die Mittelausstattung des IWF. Die Länder des Euroraums haben dem IWF zusätzliche Mittel von 150 Mrd. € angeboten. Angesichts der globalen Dimension der Krise sind jetzt insbesondere von den übrigen G20-Ländern und anderen finanzstarken IWF-Mitgliedern entsprechende Angebote erforderlich. Dies entspricht der gängigen Praxis. Die Forderung einiger Länder, dass der Euroraum noch größere finanzielle Mittel aufbringen solle, bevor eine Ressourcenaufstockung beim IWF erwogen werden könne, ist aus deutscher Sicht nicht stichhaltig. Es ist keine frühere Krise bekannt, in der die am stärksten betroffene Region zu einem Zusatzbeitrag aufgefordert wurde. Selbst in der Finanzkrise 2008/09, die ihren Ursprung in den USA hatte, beteiligte sich die internationale Gemeinschaft auf sehr breiter, fairer Basis; auch mit Blick auf die IWF-Mittel, die damals verdreifacht wurden.

Neben der klaren Botschaft europäischer Entschlossenheit wurde während des Treffens auch deutlich: Eine Einengung der aktuellen Herausforderungen auf die Probleme im Euroraum ist falsch und gefährlich. Nach wie vor sind grundlegende Fragen langfristiger Stabilität und Entwicklung auch in anderen Weltregionen unbeantwortet. Um globalen Wohlstand zu sichern, sind dort Reformen ebenfalls dringend notwendig. Hierzu gehören vor allem eine ambitionierte Haushaltskonsolidierung in den USA, Japan und weiteren Industrieländern sowie Strukturreformen in den Schwellenländern einschließlich einer Fortsetzung der Flexibilisierung der Wechselkurse, insbesondere in China.

Diese Diskussion zu den strukturellen Aspekten einer globalen Wirtschaftskoordinierung wird in der G20 im Kontext des "Framework for Growth" geführt. Bereits beim vergangenen G20-Gipfel in Cannes wurde hierzu ein Aktionsplan verabschiedet. Darin benannten die G20 die Maßnahmen, die zu einem starken, nachhaltigen und ausgewogenen Wachstum der G20 beitragen. Der Prozess wird auch in diesem Jahr unter mexikanischer Präsidentschaft fortgeführt. Beim kommenden Gipfel in Los Cabos im Juni 2012 soll ein neuer Aktionsplan verabschiedet werden, der ein Update der Maßnahmen enthalten soll.

Für die Glaubwürdigkeit der G20 ist dabei von zentraler Bedeutung, dass die eingegangenen Verpflichtungen konsequent umgesetzt werden. Die Bundesregierung unterstützt dies, indem Deutschland mit gutem Beispiel voranschreitet. Insbesondere bei den G20-Toronto-Zielen zur Fiskalkonsolidierung

Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 25. und 26. Februar in Mexico City

(Halbierung der Haushaltsdefizite bis 2013 und Stabilisierung des Verschuldungsgrades bis 2016) steht Deutschland gut da. Andere müssen noch nachlegen, vor allem die USA.

# 3 Stärkung der internationalen Finanzarchitektur

Als eigenständiges Thema seiner Präsidentschaft hat Mexiko die Stärkung der internationalen Finanzarchitektur gewählt. Beim Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure wurden die entsprechenden Schwerpunkte neben der oben erwähnten Erhöhung der IWF-Mittelausstattung – bestätigt: Implementierung der bereits 2010 beschlossenen Reform der IWF-Quoten und -Governance bis zur Jahresversammlung von IWF und Weltbank im Oktober 2012 und Beginn der Arbeiten zur Entwicklung einer neuen Quotenformel, die bis Januar 2013 abgeschlossen sein soll. Darüber hinaus soll eine Stärkung der "IWF-Surveillance" erfolgen. Zur Umsetzung dieser Agenda wurde von der mexikanischen Präsidentschaft eine Arbeitsgruppe eingerichtet.

#### 4 Reform der Finanzmärkte

Die G20-Finanzminister und
-Notenbankgouverneure bekräftigten
in Mexiko erneut ihre Entschlossenheit,
die verabredeten Reformen der
Finanzmarktregulierung konsequent
umzusetzen. 2012 ist dabei die zügige
und kohärente Implementierung des
beschlossenen Pakets zur Regulierung
systemrelevanter Finanzinstitute (SIFI)
zentral. Außerdem wird das Financial Stability
Board (FSB) im Laufe des Jahres konkrete
Empfehlungen zur besseren Regulierung
des Schattenbankensektors vorlegen.
Für Deutschland sind dabei Hedgefonds

besonders wichtig. Die Arbeiten stehen hier noch am Anfang. Ehrgeizige Vorschläge des FSB sollen dazu beitragen, einer weiteren Abwanderung in den Schattensektor vorzubeugen und die von ihm ausgehenden Gefahren zu minimieren. Weitere Fortschritte sind bei der Entwicklung handhabbarer Alternativen zu externen Ratings erforderlich. Diskutiert wurden auch die spezifischen Herausforderungen von Schwellen- und Entwicklungsländern bei der Umsetzung der Finanzmarktreformen. Abstriche an der Verpflichtung aller G20-Mitglieder zur vollständigen Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen und Erreichung gemeinsamer globaler Standards soll es aber nicht geben. Institutionell soll das FSB zu einer eigenständigen Organisation mit größerer finanzieller Unabhängigkeit umgewandelt werden.

#### 5 Weitere Themen

Mexiko wird neben der Agenda der Finanzmarktregulierung die Arbeiten zum Thema "Financial Inclusion" intensivieren. Es bezieht sich auf die Verbesserung des Zugangs der Bevölkerung in Schwellen- und Entwicklungsländern zu Finanzdienstleistungen. Dabei werden verschiedene Ansatzpunkte verfolgt, u. a. Grundbildung der Bevölkerung in Finanzfragen, Entwicklung nationaler Aktionspläne und Verbraucherschutz bei Finanzdienstleistungen. Die Initiative von Mexiko wurde einhellig begrüßt.

Die Arbeiten im Bereich Energie und Rohstoffe sollen fortgesetzt werden. Die in Cannes beschlossene effektivere Regulierung der Warenterminmärkte zur Eindämmung stark steigender und volatiler Preise auf den primären Rohstoffmärkten muss mithilfe der vorgelegten Empfehlungen nun weltweit umgesetzt werden. Mexiko wird unter seiner Präsidentschaft den Fokus auf die

Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 25. und 26. Februar in Mexico City

gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen weltweit steigender und volatiler Rohstoffpreise legen, gerade im Hinblick auf ärmere Länder.

Schließlich soll die Entwicklung eines gemeinsamen Rahmens für "Green Growth" vorangetrieben werden. Die OECD wurde beauftragt, Analysen zu einzelnen Länderstrategien zur Implementierung von nachhaltigem Wachstum zu entwickeln.

Das nächste Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure findet am 19./20. April 2012 am Rande der IWF-Frühjahrstagung in Washington D. C. statt. Der G20-Gipfel der Staats- und Regierungschefs findet bereits am 18./19. Juni 2012 in Los Cabos statt.

PARTNERSCHAFTEN DEUTSCHLAND 2.0

# Partnerschaften Deutschland 2.0

# Zur Zweitausschreibung der Beteiligung an der ÖPP Deutschland AG

1	Einleitung	65
2	Gründung von Partnerschaften Deutschland	66
2.1	Abschluss der Rahmenvereinbarung	67
	Ausschreibung der Geschäftsanteile	
3	Die bisherige Arbeit von Partnerschaften Deutschland	68
4	Entwicklung von ÖPP in Deutschland	69
5	Die Zweitausschreibung	70
5.1	Abschluss der Rahmenvereinbarung	70
	Ausschreibung der Geschäftsanteile	
5.3	Ansprechpartner	71
6	Ausblick	71

- Die ÖPP Deutschland AG ("Partnerschaften Deutschland") wurde 2008 als Beratungsgesellschaft für ÖPP-Projekte der Öffentlichen Hand gegründet, um die Beschaffungsvariante ÖPP stärker zu etablieren.
- Der Bund sowie 125 Länder, Kommunen und sonstige öffentliche Auftraggeber haben mit der ÖPP Deutschland AG eine Rahmenvereinbarung abgeschlossen, um ÖPP-Beratungsleistungen kurzfristig, flexibel und wirtschaftlich abrufen zu können.
- Die Konzeption von Partnerschaften Deutschland beruht darauf, dass sich auch die Privatwirtschaft beteiligt und privates Know-how in die Gesellschaft einbringt. Zu diesem Zweck wurde die ÖPP Deutschland Beteiligungsgesellschaft (BTG) gegründet, deren Anteile ausgeschrieben und veräußert wurden.
- Der ÖPP-Markt hat sich im Jahr 2011 deutlich belebt. Es wurden 16 neue Projekte mit einem Investitionsvolumen von 1,15 Mrd. € vereinbart. Im Jahr 2012 stehen aus vergaberechtlichen Gründen die Verlängerung der Rahmenvereinbarung sowie die Zweitausschreibung der Geschäftsanteile der BTG an.

## 1 Einleitung

Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) sind eine von mehreren Beschaffungsvarianten für die Öffentliche Hand. Die Variante ÖPP muss gewählt werden, wenn sie sich als die wirtschaftlichste Beschaffungslösung erweist. Hierzu werden die in Frage kommenden Beschaffungsvarianten im Einzelfall anhand einer eingehenden Wirtschaftlichkeitsuntersuchung verglichen.

Eine ÖPP ist eine langfristig angelegte Zusammenarbeit zwischen Öffentlicher Hand und privater Wirtschaft. Sie bietet durch den Lebenszyklusansatz erhebliche Potenziale zur Realisierung von Effizienzvorteilen, die bei einer herkömmlichen getrennten Beschaffung gegebenenfalls nicht erzielt werden können¹.

<sup>1</sup>Weitere Erläuterungen finden Sie in dem Beitrag "Entwicklung und Perspektiven von ÖPP in Deutschland" im Monatsbericht des BMF, Ausgabe Juli 2011.

PARTNERSCHAFTEN DEUTSCHLAND 2.0

In vielen Fällen kann eine ÖPP daher die wirtschaftlichste Variante sein, um eine Beschaffung durchzuführen.

Trotz der Vorteile gibt es nach wie vor Hemmungen und Vorbehalte gegenüber der Beschaffungsvariante ÖPP. ÖPP werden gern pauschal als "Privatisierung" abgetan oder mit negativ belegten Finanzierungsvarianten in einen Topf geworfen. ÖPP sind jedoch etwas anderes als reine Finanzierungsgeschäfte. Sie erfüllen auch nicht die Merkmale der klassischen Privatisierungsarten. ÖPP beinhalten eine Arbeitsteilung und Zusammenarbeit von privaten Partnern und Öffentlicher Hand, in der Staat und Privatwirtschaft ihre jeweiligen Stärken einbringen und sich auf ihre Kernkompetenzen konzentrieren. Die Verantwortung der Öffentlichen Hand bleibt bestehen.

Ohne Zweifel sind ÖPP eine komplexe Beschaffungsvariante, die vielfältige vertragliche Gestaltungsmöglichkeiten eröffnet. Deshalb wird es in vielen Fällen unerlässlich für den Projekterfolg sein, eine qualifizierte ÖPP-Beratung in Anspruch zu nehmen, wie sie die ÖPP Deutschland AG bietet.

Angesichts der Konsolidierungserfordernisse in den öffentlichen Haushalten liegt es im Interesse der Öffentlichen Hand, bei Beschaffungen die wirtschaftlichste Lösung zu wählen und so die knappen vorhandenen Mittel am sinnvollsten einzusetzen.

## 2 Gründung von Partnerschaften Deutschland

Am 11. Dezember 2007 hat das Bundeskabinett beschlossen, ein gemeinsam von der Öffentlichen Hand und dem privaten Sektor getragenes Unternehmen mit dem Markennamen "Partnerschaften Deutschland" zu gründen. Das Unternehmen sollte öffentliche Auftraggeber bei der Konzeption ihrer Beschaffung über ÖPP qualifiziert, unabhängig und neutral beraten. Aus den dabei gewonnenen Projekterfahrungen sollte das Unternehmen außerdem allgemeine Standards für an lebenszyklen orientierte Projekte entwickeln.

Vor diesem Hintergrund hat das Bundesministerium der Finanzen (BMF) in enger Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) Ende 2008 eine Beratungsgesellschaft für ÖPP-Projekte der Öffentlichen Hand gegründet: die ÖPP Deutschland AG (Partnerschaften Deutschland).

Partnerschaften Deutschland wurde als Beratungsgesellschaft im Eigentum sowohl von privaten Investoren als auch der Öffentlichen Hand konzipiert. Unter dem Dach der Partnerschaften Deutschland profitieren die privaten Anteilseigner sowie die Öffentliche Hand gleichermaßen voneinander. Dies gilt sowohl für die Seite der öffentlichen Auftraggeber als auch für die privaten Auftragnehmer. Um vonseiten der privaten Investoren die Interessen der unterschiedlichen Branchen ausreichend zu berücksichtigen, wurde eine umfassende Beteiligung aller am deutschen ÖPP-Markt agierenden Unternehmen sichergestellt. In Partnerschaften Deutschland sind die Finanzwirtschaft, die Bauwirtschaft, Unternehmen der technischen Infrastruktur, des Anlagenbaus einschließlich der IT, Firmen im Bereich Facility Management/Betreiber sowie Beratungsunternehmen vertreten. Vonseiten der Öffentlichen Hand sind neben dem Bund die Länder Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein sowie der Deutsche Landkreistag, der Deutsche Städtetag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund direkt an der Partnerschaften Deutschland beteiligt.

PARTNERSCHAFTEN DEUTSCHLAND 2.0

Die Tätigkeit der ÖPP Deutschland AG<sup>2</sup> ruht auf zwei Säulen:

- Zum einen bietet sie der Öffentlichen Hand Beratung bei der Planung und Durchführung konkreter ÖPP-Projekte an.
- Zum anderen leistet sie im Auftrag der Öffentlichen Hand oder auch selbstständig projektunabhängige Grundlagenarbeit.

Das Beratungsangebot der ÖPP Deutschland AG richtet sich ausschließlich an die Öffentliche Hand. Aufgrund ihrer Personalstruktur verfügt sie über Know-how sowohl aus der Privatwirtschaft als auch aus dem öffentlichen Bereich. Die Kenntnisse über Strukturen und Entscheidungsprozesse in der öffentlichen Verwaltung einerseits und über die Probleme und Lösungsansätze bei ÖPP aus der freien Beratungswirtschaft andererseits ermöglichen einen Ausgleich von öffentlicher und privater Sichtweise und dadurch eine qualifizierte, unabhängige und neutrale Beratung.

Bei der Grundlagenarbeit geht es darum, durch Standardisierung von Abläufen zu einer Verfahrensbeschleunigung beizutragen, die mit ÖPP verbundenen Transaktionskosten zu senken sowie neue ÖPP-Sektoren zu erschließen und dadurch bestehende Hindernisse für ÖPP auszuräumen. Hierzu können beispielsweise Musterunterlagen für die Vertragsgestaltung oder das Vergabeverfahren erarbeitet werden. Dabei greifen die beiden Bereiche "Projektberatung" und "Grundlagenarbeit" direkt ineinander: Erfahrungen, die im Rahmen der Beratung bei konkreten Projekten gesammelt werden, können in der Grundlagenarbeit bei der Entwicklung von marktgängigen Standards genutzt werden. Da die öffentlichen Auftraggeber auf diese Ergebnisse zurückgreifen können, profitiert die Öffentliche Hand, anders als bei der Beauftragung eines rein privaten Beratungsunternehmens, direkt von der

Weiterentwicklung der Standards. Private Investoren der Partnerschaften Deutschland können bei der Grundlagenarbeit mitwirken, die Weiterentwicklung der Standards durch Einbringung ihres Know-hows positiv beeinflussen und so die Rahmenbedingungen für ÖPP in Deutschland mitgestalten.

#### 2.1 Abschluss der Rahmenvereinbarung

Grundlage für die Beauftragung der Gesellschaft ist eine Rahmenvereinbarung, die der Bund sowie 125 Länder, Kommunen und sonstige öffentliche Auftraggeber im Dezember 2008 mit der ÖPP Deutschland AG abgeschlossen haben. Diese Rahmenvereinbarung eröffnet den beteiligten Auftraggebern die Möglichkeit, ÖPP-Beratungsleistungen kurzfristig, flexibel und wirtschaftlich abzurufen. Die Rahmenvereinbarung gewährleistet im Gegensatz zur Vergabe einzelner Beratungsaufträge an am Markt operierende Berater – einen systematischen Wissensaufbau auf öffentlicher Seite. Durch den Abschluss der Rahmenvereinbarung können Erfahrungen und Erkenntnisse aus der Projektberatung wie aus der Grundlagenarbeit kontinuierlich über einen längeren Zeitraum jeweils wechselseitig einfließen. Dies ermöglicht eine besonders hohe Qualität sowohl der Projektberatung als auch der Grundlagenarbeit. Die Rahmenvereinbarung wurde über die Vergabe der Geschäftsanteile der ÖPP Deutschland Beteiligungsgesellschaft (BTG) europaweit ausgeschrieben und aus vergaberechtlichen Gründen bis Ende 2012 befristet.

# 2.2 Ausschreibung der Geschäftsanteile

Das Vergaberecht sieht vor, dass eine Bewerbung von privaten Firmen, die bei der Vorbereitung von konkreten öffentlichen Aufträgen involviert waren, bei öffentlichen Ausschreibungen ausgeschlossen ist. Eine direkte Beteiligung von privaten Unternehmen an der ÖPP Deutschland AG wäre demzufolge für diese Unternehmen nachteilig, denn sie

 $<sup>^2 \</sup>mbox{Weitere Informationen unter} \\ \mbox{www.partnerschaften-deutschland.de.}$ 

PARTNERSCHAFTEN DEUTSCHLAND 2.0

dürften dann nicht mehr bei der Ausschreibung von konkreten Projekten mitbieten. Um dies auszuschließen, wurden die privaten Unternehmen nicht direkt als Aktionäre an der ÖPP Deutschland AG beteiligt. Die Partizipation erfolgt deshalb über die ÖPP Deutschland BTG. Diese GmbH hat den einzigen Geschäftszweck, für die an ihr beteiligten Unternehmen einen auf maximal 49,9% beschränkten Aktienbestand an der ÖPP Deutschland AG zu verwalten. Eine nach Vergaberecht unzulässige Einflussnahme auf konkrete Projekte der ÖPP Deutschland AG durch private Anteilseigener wird so ausgeschlossen. Die Geschäftsanteile der ÖPP Deutschland BTG wurden im September 2008 europaweit ausgeschrieben und im Anschluss an die Bieter – Unternehmen aus den Bereichen Finanzwirtschaft, Bauwirtschaft, technische Infrastruktur. Anlagenbau einschließlich IT, Facility Management sowie Beratung veräußert.

## 3 Die bisherige Arbeit von Partnerschaften Deutschland

Partnerschaften Deutschland hat im Frühjahr 2009 ihre operative Geschäftstätigkeit aufgenommen.

Im Geschäftsbereich "Projektberatung" hat Partnerschaften Deutschland seither eine Vielzahl von öffentlichen Auftraggebern hinsichtlich Fragestellungen zu ÖPP-Projekten in den Bereichen Bau, Beleuchtung, Gesundheitswesen, Informationstechnologie, Dienstleistungen sowie Ver- und Entsorgung unterstützt und beraten. Ein besonders anspruchvolles Mandat war dabei das ÖPP-Projekt zum Neubau des Berliner Dienstsitzes des Bundesministeriums für Bildung und Forschung³ mit einem Investitionsvolumen von 115 Mio. €.

Im Geschäftsbereich "Grundlagenarbeit" hat Partnerschaften Deutschland seit 2009 in ihrer ÖPP-Schriftenreihe sieben Grundlagenarbeiten veröffentlicht<sup>4</sup>:

- ÖPP und Finanzmarktkrise
- ÖPP für öffentliche Beleuchtungsprojekte
- ÖPP und Kindertagesstätten
- ÖPP und Sportstätten
- ÖPP im IT- und Dienstleistungsbereich
- ÖPP und Mittelstand
- ÖPP und Lichtsignalanlagen

Darüber hinaus bietet
Partnerschaften Deutschland mit dem
sogenannten Standardmodell zur
Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für ÖPPHochbau-Projekte (WU-Standardmodell) eine
konkrete Hilfestellung für die Durchführung
von Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen.
Mithilfe des WU-Standardmodells
kann der rein monetäre Teil der
Wirtschaftlichkeitsuntersuchung, nämlich
die Berechnung und der Vergleich
der Kapitalwerte unterschiedlicher

Partnerschaften Deutschland bietet auch einen sogenannten Helpdesk an, an den sich Vertreter der Öffentlichen Hand für Frühphasenberatung sowohl mit grundsätzlichen als auch projektspezifischen Fragestellungen wenden können. Der kostenfreie Helpdesk leistete bereits bei zahlreichen Projekten wichtige inhaltliche Entscheidungshilfe. In den Jahren 2010 und 2011 sind bei Partnerschaften Deutschland über 270 Helpdesk-Anfragen aus Bund, Ländern und Kommunen eingegangen.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> www.partnerschaften-deutschland.de/fileadmin/ Daten/Organisatorisches/100429\_Steckbrief\_ NeubauBMBF.pdf.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> www.partnerschaften-deutschland.de/ grundlagenarbeit.

PARTNERSCHAFTEN DEUTSCHLAND 2.0

Beschaffungsvarianten sowie die rechnerische Auswirkung bei Veränderung der Variablen, transparent und nachvollziehbar dargestellt werden. Das WU-Standardmodell wurde im Auftrag des BMF entwickelt und ist bei Partnerschaften Deutschland erhältlich<sup>5</sup>.

Die Ergebnisse der bisher abgeschlossenen Grundlagenarbeiten erzielen eine gute Resonanz und werden von der Fachöffentlichkeit positiv aufgenommen. Weitere Ergebnisse von Grundlagenarbeiten stehen zur Veröffentlichung an. Sie sollen zusätzliche Perspektiven für ÖPP in Deutschland eröffnen:

- ÖPP und kommunale sowie Landesstraßen
- Krankenhäuser in öffentlicher Trägerschaft
- ÖPP und Förderrecht

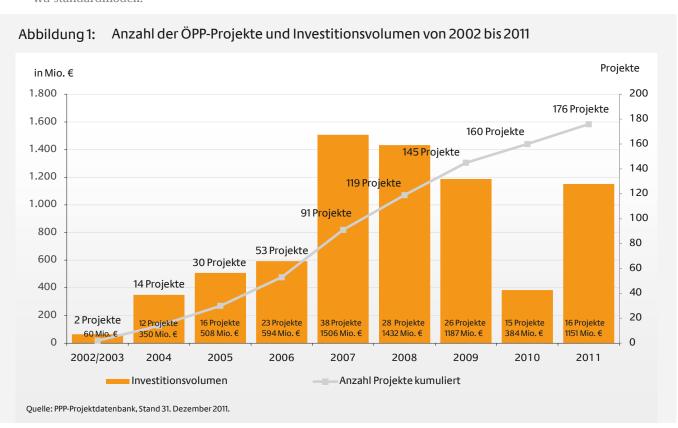
- Vergütungs- und Controllingsysteme in ÖPP-Hochbauprojekten
- ÖPP und Medizintechnik

# 4 Entwicklung von ÖPP in Deutschland

Seit 2002 wurden in Deutschland insgesamt 176 ÖPP-Projekte im Hoch- und Straßenbau realisiert, davon 161 Projekte im Hochbau und 15 Projekte im Straßenbau<sup>6</sup>. Diese Projekte haben ein Gesamtinvestitionsvolumen von rund 7,1 Mrd. €, wovon circa 4,7 Mrd. € auf den Hochbau und rund 2,4 Mrd. € auf den Straßenbau entfallen.

Im Jahr 2011 wurden 14 neue Verträge im Hochbau und zwei neue Verträge im Straßenbau mit einem Investitionsvolumen von 1,15 Mrd. € geschlossen:

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup> Stand 31. Dezember 2011.



<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> www.partnerschaften-deutschland.de/ wu-standardmodell.

PARTNERSCHAFTEN DEUTSCHLAND 2.0

In der Grafik ist erkennbar, dass im Jahr 2010 relativ wenige Verträge mit einem geringen Gesamtinvestitionsvolumen abgeschlossen wurden. Ein Grund hierfür ist, dass es im Jahr 2010 weniger große Projekte des Bundes und der Länder gab. Auch das Konjunkturpaket II führte dazu, dass insbesondere die Kommunen ÖPP-Projekte zunächst zurückgestellt haben. Und nicht zuletzt hat auch die Finanzmarktkrise insbesondere die Wirtschaftlichkeit von ÖPP-Finanzierungen negativ beeinflusst.

Die Entwicklung im Jahr 2011 knüpft an die Werte der Jahre 2007 bis 2009 an und zeigt insofern eine Trendwende. Die Zahl der Vertragsabschlüsse liegt über dem Vorjahresniveau; das Gesamtinvestitionsvolumen des Jahres 2010 wurde beinahe um das Dreifache überschritten. Es liegt damit in etwa wieder auf dem Niveau des Jahres 2009.

Das Volumen der zurzeit in der Vorbereitung und Ausschreibung befindlichen Projekte liegt bei rund 100 Projekten.

Nicht nur die reinen Zahlen weisen einen positiven Trend auf. Eine vom Institut für Demoskopie Allensbach im März 2011 veröffentlichte Studie zur Zufriedenheit bei ÖPP-Projekten im Schulbereich offenbart, dass ÖPP in Deutschland inzwischen einen Reifegrad erreicht hat, der solche Partnerschaften zu einer Beschaffungsvariante mit hohem Zufriedenheitspotenzial macht. Die befragten kommunalen Auftraggeber, Schulleiter und Elternvertreter zeigten sich mit ÖPP sehr zufrieden. Für 90 % der Auftraggeber bringt die Zusammenarbeit mit einem privaten Partner für die eigene Stadt oder Gemeinde vor allem Vorteile mit sich. Auch die weit überwiegende Zahl der befragten Schulleiter und Elternvertreter findet es gut, dass es im Schulbereich zu ÖPP kommt.

### 5 Die Zweitausschreibung

Im September 2011 wurde im BMF das Projekt "Kombinierte Vergabe Rahmenvereinbarung/BTG" eingerichtet. Die Projektarbeitsgruppe hat die Aufgabe, die Verlängerung der Rahmenvereinbarung des Bundes und weiterer öffentlicher Auftraggeber über die Erbringung von Beratungsleistungen für ÖPP-Projekte mit der ÖPP Deutschland AG sowie die erneute Vergabe der Geschäftsanteile an der ÖPP Deutschland BTG vorzubereiten und durchzuführen.

#### 5.1 Abschluss der Rahmenvereinbarung

Aufgrund der Entwicklungen seit Abschluss der ersten Rahmenvereinbarung wird derzeit der Inhalt der Rahmenvereinbarung überprüft und teilweise angepasst. Parallel dazu spricht die Projektarbeitsgruppe interessierte Länder, Kommunen und sonstige öffentliche Auftraggeber an, die die Vorteile der Rahmenvereinbarung ebenfalls nutzen und ihr neben dem Bund als Zeichner beitreten möchten. Die Zeichnung verpflichtet nicht zur Inanspruchnahme der Rahmenvereinbarung; sie ist eine Option, ohne Ausschreibung die Leistungen der Partnerschaften Deutschland abzurufen?

Ziel ist, die Rahmenvereinbarung im Herbst 2012 neu abzuschließen. Ziel ist, die Rahmenvereinbarung im Herbst 2012 neu abzuschließen.

<sup>7</sup> Weitere Informationen unter: www.bundesfinanzministerium.de/nn\_3384/DE/ Wirtschaft\_\_und\_\_Verwaltung/ Bundesliegenschaften\_\_und\_\_Bundesbeteiligungen/ OEPP\_\_Deutschland\_20Anlage,templateId=raw,pro perty=publicationFile.pdf.

PARTNERSCHAFTEN DEUTSCHLAND 2.0

# 5.2 Ausschreibung der Geschäftsanteile

Die Projektarbeitsgruppe überprüft außerdem die Unternehmensausrichtung der ÖPP Deutschland AG und bereitet das Vergabeverfahren für die Geschäftsanteile an der ÖPP Deutschland BTG vor. Daneben wird eine Marktansprache bei Unternehmen mit dem Ziel durchgeführt, wiederum eine möglichst umfassende Beteiligung aller am deutschen ÖPP-Markt agierenden Unternehmen an Partnerschaften Deutschland zu erreichen. Es ist vorgesehen, das Vergabeverfahren für die Geschäftsanteile im Sommer 2012 durchzuführen.

#### 5.3 Ansprechpartner

Haben Sie Interesse an einer Zeichnung der Rahmenvereinbarung? Erwägen Sie, Anteile der ÖPP Deutschland Beteiligungsgesellschaft zu erwerben? Oder wünschen Sie schlicht weitere Informationen zu Partnerschaften Deutschland und dem Thema ÖPP?

Dann nehmen Sie bitte unverbindlich Kontakt auf mit

Herrn Regierungsdirektor Hans-Joachim Grimsel Projekt "Kombinierte Vergabe Rahmenvereinbarung/BTG" im Bundesministeriums der Finanzen

Wilhelmstraße 97 10117 Berlin

btg@bmf.bund.de Telefon: 030 18 682 - 44 66

#### 6 Ausblick

ÖPP haben sich in Deutschland als Beschaffungsvariante bewährt. Eine gute

Infrastruktur bei ausgezeichneter Qualität langfristig zu sichern, Projekte schneller zu realisieren und dabei noch Geld zu sparen, liegt im Interesse der Bürgerinnen und Bürger sowie der Wirtschaft. Die dauerhaft bestehenden Konsolidierungserfordernisse in den öffentlichen Haushalten eröffnen weiterhin erhebliche Chancen für ÖPP. Dies betrifft neben den klassischen Bereichen des Hoch- und Tiefbaus zunehmend auch die Bereiche Beleuchtung, Lichtsignalanlagen, Informationstechnologie, Dienstleistungen und Gesundheitswesen. Insbesondere im Bereich der IT- und Dienstleistungs-ÖPP ist ein starker Anstieg des Beratungsbedarfs der Öffentlichen Hand erkennbar.

Mit Partnerschaften Deutschland haben die Öffentliche Hand sowie ihre mittelbaren und unmittelbaren Körperschaften, Stiftungen und Anstalten ein etabliertes, leistungsfähiges Beratungsunternehmen an ihrer Seite, das zu allen Fragen rund um ÖPP und die Durchführung von konkreten Projekten qualifizierte, unabhängige, neutrale und innovative Beratung bietet.

Die Rahmenvereinbarung mit
Partnerschaften Deutschland eröffnet allen
beteiligten Auftraggebern die Möglichkeit,
diese Beratungsleistungen kurzfristig, flexibel
und wirtschaftlich ohne zeitlichen oder
finanziellen Aufwand für eine Ausschreibung
abrufen zu können. Das Konzept von
Partnerschaften Deutschland beinhaltet
zugleich ein Angebot an die Wirtschaft, ihr
Wissen und ihre Erfahrungen mit ÖPP in die
Gesellschaft einzubringen.

Deshalb gilt für die Beteiligung an der Rahmenvereinbarung wie für die Beteiligung an der Gesellschaft:

Partnerschaften Deutschland lohnt sich!

Verfahren der konjunkturellen Wendepunktbestimmung unter Berücksichtigung der Echtzeit-Problematik

# Verfahren der konjunkturellen Wendepunktbestimmung unter Berücksichtigung der Echtzeit-Problematik

Welche Indikatoren geben frühzeitig zuverlässige Signale? Zusammenfassung des Gutachtens des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen<sup>1</sup>

1	Einleitung	72
	Vorgehensweise	
	Ergebnisse	
	Fazit	

- Die konjunkturelle Wendepunktbestimmung in Echtzeit wird durch Publikationsverzögerungen und Datenrevisionen erschwert. Wir entwickeln Prognosemodelle aus vier verschiedenen ökonometrischen Modellklassen, die diese Komplikationen berücksichtigen.
- Die Erkennung von Wendepunkten ist mit diesen Modellen prinzipiell früher möglich als mit traditionellen Verfahren der Wendepunktbestimmung, die sich ausschließlich auf veröffentlichte Daten beziehen.
- Einzelne Indikatoren erscheinen nicht hinreichend zuverlässig; daher ist die Berücksichtigung vieler verschiedener Indikatoren sinnvoll.

# 1 Einleitung

Eine der größten Herausforderungen für die Konjunkturforschung ist es, konjunkturelle Wendepunkte frühzeitig und zuverlässig zu erkennen. Während in stabilen Auf- und Abschwungphasen die zu erwartende Wirtschaftsentwicklung mangels Richtungswechsel recht treffsicher vorhergesagt werden kann, wird der Anfang oder das Ende einer Rezession – wie auch eines Aufschwungs – oft erst spät oder gar erst rückblickend erkannt, was eine zielgerichtete und stabilisierende Wirtschaftspolitik erheblich erschwert.

Die besondere Schwierigkeit der Wendepunktbestimmung am aktuellen Rand liegt nicht nur daran, dass viele einschlägige Erkennungsalgorithmen sowohl verzögerte als auch zukünftige Beobachtungen der jeweiligen Indikatorvariablen benötigen. Vielmehr ist dafür auch die große Unsicherheit verantwortlich, mit der makroökonomische Zeitreihen am aktuellen Rand behaftet sind. Diese Unsicherheit rührt zum einen daher. dass "harte" realwirtschaftliche Indikatoren wie Industrieproduktion, Auftragseingänge oder Preisindizes erst mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung veröffentlicht werden. Das heißt, dass es bei diesen Indikatoren eine Datenverfügbarkeitslücke (publication lag)

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Der vorliegende Beitrag wurde von einem Projektteam des IMK verfasst. Ansprechpartner ist PD Dr. Sven Schreiber.

Verfahren der konjunkturellen Wendepunktbestimmung unter Berücksichtigung der Echtzeit-Problematik

von einigen Monaten gibt. Zum anderen unterliegen diese Indikatoren immer wieder beträchtlichen Revisionen, und es kann viele Monate dauern, bis der Revisionsprozess abgeschlossen ist. Aus diesem Grund kann sich das Konjunkturbild, das diese Indikatoren in "Echtzeit" zeichnen, deutlich von dem unterscheiden, das sich retrospektiv auf Basis der endgültigen Daten ergibt.

Angesichts dieser weithin bekannten Echtzeit-Problematik stellt sich die Frage, ob man sich bei der Erkennung beziehungsweise bei der Prognose konjunktureller Wendepunkte verstärkt auf Indikatoren stützen sollte, die diese Probleme nicht aufweisen. Welche Indikatoren kommen dann in Betracht? Zum einen bieten sich "weiche" Indikatoren wie Umfrageergebnisse an, denn weder die ifo- noch die ZEW-Indikatoren unterliegen einem publication lag, und sie werden auch nicht revidiert. Allerdings bilden sie die wirtschaftliche Entwicklung nur indirekt - z. B. über Stimmungen oder Erwartungen - ab, weshalb a priori unklar ist, ob sie besser oder schlechter für die Wendepunktbestimmung geeignet sind als "harte" Indikatoren. Zum anderen stehen Finanzmarktindikatoren wie Zinsen oder Wertpapierindizes zur Verfügung, die als "hart" anzusehen sind, aber nicht revidiert werden. Inwieweit diese Indikatoren jedoch frühzeitig verlässliche Signale hinsichtlich der zukünftigen realwirtschaftlichen Entwicklung liefern, ist in der Literatur umstritten. Das bedeutet, dass zur Klärung dieser Frage eine empirische Untersuchung notwendig ist.

Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung in der Hans-Böckler-Stiftung hat diese Frage im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen eingehend untersucht. Wir fassen hiermit unsere Vorgehensweise und die wichtigsten Ergebnisse dieses Forschungsprojekts zusammen.

## 2 Vorgehensweise

Die ökonometrische Untersuchung führen wir anhand von vier verschiedenen Modellklassen durch mit dem Ziel, eine Kombination von Schätzmethode und Indikatorenauswahl zu identifizieren, die sich am besten für die Prognose von Wendepunkten eignet. Dabei wird der Echtzeit-Problematik explizit Rechnung getragen. Dies impliziert für die Modellspezifikation, dass die indikatorspezifischen Datenverfügbarkeitslücken berücksichtigt werden. Auch für die Prognoseevaluierung wird immer nur der Datenstand verwendet, der zum jeweiligen Zeitpunkt t tatsächlich verfügbar war.

Als zentrale Datenquelle für die revisionsanfälligen Indikatoren wird die Echtzeit-Datenbank der Deutschen Bundesbank verwendet. Dort waren die folgenden Variablen mit hinreichend lang zurückreichender Revisionshistorie verfügbar: die Produktion im Produzierenden Gewerbe ohne Bau als Proxy für die ökonomische Gesamtaktivität, die in- und ausländischen Auftragseingänge als vorlaufende Indikatoren sowie die Verbraucherpreisentwicklung. Die verwendete Stichprobe von monatlichen Daten reicht dabei grundsätzlich von den Berichtsmonaten (betrachtete Perioden ökonomischer Aktivität) Anfang 1993 bis September 2010. Die betrachteten Datenbeziehungsweise Rechenstände (Zeitpunkte der Datenveröffentlichungen) reichen von Mitte 1995 bis November 2010, alle Daten beziehen sich auf das vereinigte Deutschland.

In die Prognosemodelle wird in Anlehnung an die einschlägige Literatur eine Vielzahl weiterer Variablen aufgenommen; hierzu zählen Zinsen und andere Finanzmarktindikatoren und aus Umfragen gewonnene Maße wie die ifo- und

Verfahren der konjunkturellen Wendepunktbestimmung unter Berücksichtigung der Echtzeit-Problematik

ZEW-Indikatoren. Zudem werden realwirtschaftliche Größen, die zwar revidiert werden, aber noch nicht in der Echtzeitdatenbank enthalten sind, unter Quasi-Echtzeitbedingungen verwendet. Dies bedeutet, dass die Datenverfügbarkeitslücke bei Modellspezifikationen beachtet wird, jedoch werden mangels vorliegender Daten keine Revisionshistorien berücksichtigt.

Die Echtzeitdaten werden eingehend auf Konsistenz geprüft sowie bei Datenlücken und sogenannten Benchmark-Revisionen (das sind substanzielle Änderungen statistischer Konventionen) entsprechend aufbereitet. Im Anschluss erfolgt zunächst eine statistische Untersuchung der beobachteten Revisionen mit einfachen deskriptiven Methoden. So wird die mittlere Häufigkeit von Revisionen in Abhängigkeit von der verstrichenen Zeit seit der Berichtsperiode bestimmt, und es werden die Mittelwerte der über die Zeit beobachteten Datenrevisionen ermittelt, um etwaige systematische Abweichungen der jeweils ersten Veröffentlichungen feststellen zu können. Weiterhin werden die Korrelationen der vorgenommenen Revisionen analysiert, und zwar sowohl bezüglich derselben Variable über die Zeit hinweg, als auch die Kreuzkorrelationen von Revisionen verschiedener Variablen.

Da das Konzept der konjunkturellen Wendepunkte im formalen Sinn nicht eindeutig bestimmt ist, müssen verschiedene Ansätze zu seiner konkreten Operationalisierung untersucht werden. Das gewählte nichtparametrische Datierungsverfahren wird an Echtzeitbedingungen angepasst und dann zur Klärung der Frage verwendet, welche konkreten Auswirkungen die Verwendung von Echtzeitdaten auf die Beurteilung der Konjunktur in Deutschland im Zeitverlauf gehabt hätte. Zudem liefert das Verfahren die binäre Benchmark-Zeitreihe, die die durch Wendepunkte getrennten Aufund Abschwungphasen anzeigt. Diese Benchmark-Reihe wird zur Evaluierung der Rezessionsprognosen der verschiedenen angewendeten ökonometrischen Modelle verwendet.

Wie eingangs bereits erwähnt, werden in der vorgelegten Untersuchung vier verschiedene Modellklassen verwendet; dies waren ein Einzelgleichungsansatz, Subset-VAR-Modelle, ein Markov-Switching-Modell und dynamische Probit-Modelle. Bei den ersten beiden Modellklassen handelt es sich um lineare Verfahren, und die prognostizierte Zielgröße ist die Wachstumsrate beziehungsweise das Niveau der gesamtwirtschaftlichen Outputgröße. Das heißt, dass man mit diesen Modellen die Rezessionswahrscheinlichkeit nicht direkt vorhersagen kann. Vielmehr muss man sie in einem zweiten Schritt über die Dichtefunktionen der Prognosen bestimmen. Die Verwendung dieser beiden Modellklassen ist wohl ein Novum in der Wendepunktliteratur. Die Markov-Switchingund dynamischen Probit-Modelle hingegen sind nichtlineare Verfahren, mit denen man die Rezessionswahrscheinlichkeit direkt vorhersagen kann. Durch ihre explizite Erfassung von verschiedenen Regimen bieten sie sich auf natürliche Weise für die Analyse von Wendepunkten an.

Alle Modellanwendungen legen als
Prognoseevaluationszeitraum (out-ofsample) die Stichprobe Januar 2007 bis
November 2010 zugrunde (bezogen
auf die Publikationsperioden), wobei
der Echtzeit-Datenstand jeder Periode
berücksichtigt wird. Für die Evaluation
werden die jeweils prognostizierten
Rezessionswahrscheinlichkeiten aller
Modelle quantitativ verglichen mit der vorher
beschriebenen Benchmark-Reihe, die mit dem
flexiblen nicht-parametrischen Verfahren
ermittelt wurde.

Beim linearen Einzelgleichungsansatz wird für jeden der Prognosehorizonte (Ein-Schritt-Prognose, Zwei-Schritt-Prognose, ...) eine eigene Prognosegleichung für die Wachstumsrate der Output-Größe spezifiziert. Der Prognosehorizont beginnt in diesem Ansatz mit der ersten Periode, für die noch keine Output-Daten vorliegen, also mit dem Vormonat (t-1). Anschließend werden die Dichtefunktionen der prognostizierten Werte in geeigneter Weise

Verfahren der konjunkturellen Wendepunktbestimmung unter Berücksichtigung der Echtzeit-Problematik

kombiniert, um daraus die Wahrscheinlichkeit zu bestimmen, dass das prognostizierte Wachstum eine vordefinierte Schwelle, die eine Rezession markiert, unterschreitet.

Lineare Schätzungen und deren
Dichteprognosen werden auch bei den
vektorautoregressiven (VAR) Modellen
verwendet, bei denen die Mehr-SchrittPrognosen rekursiv bestimmt und
implizit alle aufgenommenen Variablen
prognostiziert werden. Auch hier beginnt
der Prognosehorizont beim Vormonat
(t-1) beziehungsweise im Fall der Analyse
der Zweitveröffentlichungen (der ersten
Revisionen) auch schon bei der Periode t-2. Da
diesen VARs diverse Nullrestriktionen für die
Koeffizienten auferlegt werden, spricht man
auch von Subset-Modellen.

Diese beiden linearen Modellansätze benötigen eine relativ einfache parametrische Rezessionsdefinition, um von der prognostizierten Entwicklung des Outputs (hier: Produktion im Produzierenden Gewerbe ohne Bau) auf die Wahrscheinlichkeit einer Rezession schließen zu können. Wir verwenden dafür das Kriterium, dass das Gesamtwachstum des Outputs über einen Zeitraum von fünf Monaten geringer als -1% sein muss (ein Rückgang von mehr als 1%). Dieser zugrunde gelegte Zeitraum stellt die explizite Rezessionserkennungsverzögerung dieser beiden Verfahren dar.

Weiterhin wenden wir nichtlineare Verfahren an, die stattdessen explizit ein "Regime"-Konzept beinhalten. Zunächst werden Markov-Switching-Modelle spezifiziert, bei denen die abhängige Variable zwar nach wie vor das Wachstum der Output-Größe ist, die Gleichungsparameter (und dadurch auch die mittelfristige Wachstumsrate) aber von dem zu schätzenden Regimeverlauf abhängen. Deshalb können die Rezessionswahrscheinlichkeiten bei diesem Modelltyp direkt abgeleitet werden. Die Prognose bezieht sich in diesem Modell auf den Folgemonat (t+1). Dieses Modell wird dann

dahin erweitert, dass statt nur zweier Regime auch vier verschiedene Zustände für die Markov-Kette zugelassen werden. Dies soll insbesondere die Abbildung der starken Rezession von 2008/2009 und der anschließenden schnellen Erholung ermöglichen, auch wenn der formale Modellhintergrund und der numerische Schätzalgorithmus dadurch recht komplex werden. Um die Stabilität und Zuverlässigkeit der Vorhersagen zu gewährleisten, werden daher verschiedene Gleichungen mit unterschiedlichen Indikatoren spezifiziert, um dann die einzelnen Vorhersagen durch Mittelwertbildung zu kombinieren.

Anschließend wenden wir neuere dynamische Probit-Modelle an, die ökonometrisch direkt die binäre Regimevariable als zu erklärende Variable verwenden. Im Modell vorhergesagt werden auch hier direkt die Wahrscheinlichkeiten für ein Rezessionsoder Aufschwungregime, und auch in diesem Ansatz erweist es sich als sinnvoll, verschiedene indikatorspezifische Gleichungen zu verwenden und die einzelnen Vorhersagen durch Mittelwertbildung zu kombinieren. Im Unterschied zum Markov-Switching-Ansatz ist es mit den Probit-Modellen einfacher möglich, verschiedene Prognosehorizonte zu implementieren. Konkret werden hier Ein-, Zwei- und Drei-Schritt-Prognosen untersucht, wobei auch hier der Prognosehorizont mit dem Folgemonat (t+1) beginnt.

Bei der Bewertung der verschiedenen Modelle hinsichtlich ihrer Eignung für eine frühzeitige und verlässliche Erkennung konjunktureller Wendepunkte bieten sich zwei Kriterien an: Zum einen lässt sich wie erwähnt vergleichen, wie groß die Übereinstimmung zwischen den prognostizierten Rezessions- und Aufschwungswahrscheinlichkeiten und der später ex post festgestellten tatsächlichen makroökonomischen Entwicklung ist. Zum anderen ist es wünschenswert, dass das Modell möglichst früh ein Signal sendet, dass ein Wendepunkt naht oder vor kurzem stattgefunden hat.

VERFAHREN DER KONJUNKTURELLEN WENDEPUNKTBESTIMMUNG UNTER BERÜCKSICHTIGUNG DER ECHTZEIT-PROBLEMATIK

## 3 Ergebnisse

Bereits einige der mit einfachen deskriptiven Methoden gewonnenen Ergebnisse sind durchaus bemerkenswert. So stellte sich z. B. heraus, dass Erstveröffentlichungen von revisionsanfälligen Variablen anscheinend verzerrte Schätzungen sind in dem Sinne, dass die folgenden Revisionen eher in eine bestimmte Richtung gehen (im Mittel Unterschätzung von Industrieproduktion und Auftragseingängen aus dem In- und Ausland, Überschätzung der Konsumentenpreise). Andererseits ergab aber die Betrachtung der Wendepunktdatierung in Echtzeit, dass die Revisionen trotzdem im Großen und Ganzen die Erkennung und Bestimmung von Rezessionen nicht beeinträchtigen.

Von zentralem Interesse sind dann die ökonometrischen Verfahren zur Wendepunktbestimmung. In Tabelle 1 vergleichen wir die jeweils beste Spezifikation jeder untersuchten Modellklasse. In den Spalten "MAE", "RMSE" und "Theil" geben wir dabei zunächst die Evaluationsmaße an, die sich auf die Gegenüberstellung mit (den vergleichbaren Berichtsperioden) der oben beschriebenen ex-post-Benchmark-

Reihe beziehen. Dabei ist zu beachten, dass die effektiven Prognosehorizonte der verschiedenen Modelle teils unterschiedlich sind, was sich auf die Performance bei dieser Evaluation auswirken könnte. So ist der durchschnittliche effektive Prognosehorizont beim Subset-VAR-Modell bezüglich der Zweitveröffentlichung (Rev. 1) - 1, d. h. ausgehend vom Prognosezeitraum wird wegen der Datenverfügbarkeitslücke jeweils die wirtschaftliche Aktivität des Vormonats prognostiziert (backcast – ökonometrisch ist dies natürlich trotzdem eine Prognose, da die Daten selbst erst später vorliegen). Gleiches gilt für den Einzelgleichungsansatz. Beim Probitund beim Markov-Switching-Modell ist der effektive Horizont + 1. Abgesehen von diesem Interpretationsproblem erreicht bei den Evaluationsstatistiken das Subset-VAR-Modell die besten Werte.

Als zweite wichtige Dimension des Modellvergleichs bieten sich die Zeitpunkte der Rezessions- und Aufschwungssignale an, die die verschiedenen Modellklassen liefern. Ein vollständiger Überblick über die Entwicklung der Signale aller Modellklassen im gesamten Evaluierungszeitraum ist in Abbildung 1 enthalten. Dort sind die prognostizierten Rezessionswahrscheinlichkeiten der

Tabelle 1: Modellvergleich

Modell (Spezifikation)	MAE	RMSE	Theil	Rez'signal zum Datenstand	implizierter Wendepunkt (Berichtmonat)
Subset-VAR (Durchschnitt Rev. 1)	0,1569	0,3256	0,3156	2008m6	ab/nach 2007m12
Probit (1-Schritt/t+1, Durchschn.)	0,2456	0,3339	0,3415	2008m7 (2008m2)	2008m8 (2008m3)
Einzelgleichungen (1-Prognoseschritt/t-1)	0,1619	0,3684	0,3500	2008m8	ab/nach 2008m2
Markov-Switching (Durchschnitt)	0,2948	0,3898	0,4060	2008m7	2008m8 (2008m3)
nachrichtlich:					
Benchmark ex post-Datierung	-	-	-	2008m10	2008m3

Anmerkungen: Die Datumsangaben in Klammern beim Probitmodell beziehen sich auf die isolierte Spitze, die jedoch kein nachhaltiges Signal liefert. "Durchschnitt" bezieht sich teils auf unterschiedliche Prognosehorizonte (Subset-VAR), teils auf unterschiedliche Spezifikationen zum gleichen Horizont (Probit, Markov-Switching). "1-Schritt" bedeutet entweder eine Prognose für den effektiven Berichtsmonat nach dem Monat der Datenveröffentlichung (Probit-Modell) oder eine Prognose für den ersten Berichtsmonat, für den noch keine veröffentlichten Daten vorliegen (Einzelgleichungen). MAE = mittlerer absoluter Fehler, RMSE = Wurzel des mittleren quadratischen Fehlers, Theil = Theil'scher Koeffizient.

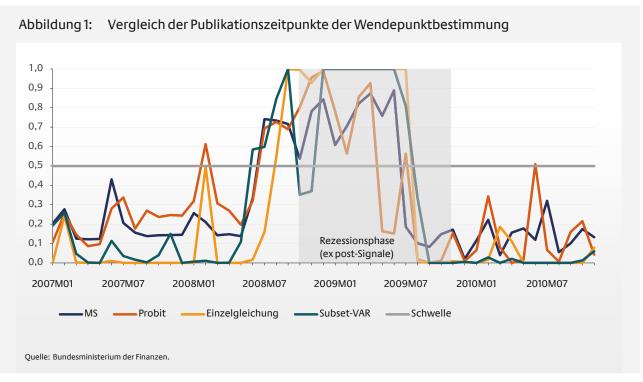
Verfahren der konjunkturellen Wendepunktbestimmung unter Berücksichtigung der Echtzeit-Problematik

jeweils besten Spezifikation jeder Modellklasse abgebildet, und zwar für die Publikationsperioden (Datenstände), in denen die Prognosen in Echtzeit erstellt werden konnten. Ebenfalls eingetragen ist die ex-post-Rezessionsdatierung, aber hier nicht bezogen auf die betroffenen Berichtsmonate, sondern ebenfalls auf die Publikationsperioden, in denen die Signale gemeldet wurden. Ein Teil der Information der Abbildung 1 ist auch noch in Tabelle 1 (Spalte 5) ausgeführt, nämlich in welcher Publikationsperiode die verschiedenen Modellansätze jeweils zum ersten Mal die herannahende Rezession erkannten. Wie in der letzten Zeile zum Vergleich wiederholt wird, konnte aufgrund der veröffentlichten Daten im Oktober 2008 eine Rezession ex post festgestellt werden, wenn man das oben erwähnte nichtparametrische Verfahren der Datierung anwendet.

Sowohl in Abbildung 1 als auch in Tabelle 1 (Spalte 5) lässt sich ablesen, dass allgemein die angewendeten Prognoseverfahren in Echtzeit einen Vorlauf von zwei bis vier Monaten liefern, zumindest im Evaluationsfalle dieser letzten Rezession<sup>2</sup>. Eine Ausnahme stellt

teilweise das Probit-Modell dar, dessen erstes Rezessionssignal tatsächlich bereits im Februar 2008 gemeldet wurde. Allerdings ist auch deutlich zu erkennen, dass direkt nach diesem einmaligen Signal für einige Monate keine Rezession mehr angezeigt wurde. Insofern ist dieses Signal wohl als etwas zwiespältig anzusehen. Aber auch die Signale des ansonsten gut abschneidenden Subset-VAR-Modells weisen das Problem auf, dass sie gegen Ende 2008 zwischenzeitlich wieder unter die Rezessions-Wahrscheinlichkeitsschwelle von 50 % fallen. Je nachdem, wie stark man diese verschiedenen Teilschwächen gewichtet, gewinnt also entweder die Subset-VAR-Methode oder das dynamische Probitmodell diesen Vergleich.

<sup>2</sup> Bei der Interpretation der Evaluierung ist generell Vorsicht geboten, denn es liegen auch hier nur relativ kurze Zeitreihen vor, in denen die Wendepunktereignisse relativ selten sind. Teilweise könnten die Ergebnisse auch zufällig sein und sich bei anderen Datenkonstellationen anders darstellen.



Verfahren der konjunkturellen Wendepunktbestimmung unter Berücksichtigung der Echtzeit-Problematik

Des Weiteren gibt Tabelle 1 für jedes Modell den impliziten Monat an, in dem laut aufgetretenem Signal der Wendepunkt stattgefunden hat. (Hierbei handelt es sich um die effektiven Berichtsperioden, nicht um die Publikationszeitpunkte.) Das zeitliche Verhältnis von Rezessionssignal und impliziertem Wendepunkt hängt ab vom jeweiligen Prognosehorizont und gegebenenfalls vom Publikationslag. Bei den linearen Modellklassen (Einzelgleichungen und VARs) ist ohne weiteres nicht exakt anzugeben, welcher Monat innerhalb des jeweils zugrunde gelegten Fünfmonatszeitraums genau den Wendepunkt darstellt; hier nennt die Tabelle daher den Beginn des entsprechenden Fünfmonatszeitraums als frühestmögliche Wendepunktperiode. Es ist zu erkennen, dass die explizit unter dem Rezessionserkennungslag "leidenden" linearen Methoden dies in diesem Fall dadurch zu kompensieren scheinen, dass sie die Wendepunkte vergleichsweise früh datieren. Jedoch fällt keine der implizierten Wendepunktperioden eklatant aus dem Rahmen, wenn man bedenkt, dass auch noch ex post die Wendepunktdatierung kontrovers diskutiert wird und nicht abschließend geklärt ist.

#### 4 Fazit

Als zusammenfassende Einschätzung bezüglich der Frage des Forschungsauftrags

(Welche Indikatoren geben frühzeitig zuverlässige Signale?) kommen wir zu folgendem Schluss: Insgesamt müssen wir aus den empirischen Untersuchungen der vorgelegten Studie schließen, dass sich kein einzelner Indikator und keine Indikatorgruppe besonders hervorheben lässt. Sowohl realwirtschaftliche Indikatoren wie solche der Finanzmärkte, "harte" Messdaten und "weiche" Umfrageergebnisse, verzögert und sofort verfügbare Variablen, revisionsanfällige Größen und feststehende Daten, all diese zur Verfügung stehenden Indikatoren spielen grundsätzlich eine Rolle bei der Bestimmung der wirtschaftlichen Entwicklung und ihrer Wendepunkte. Innerhalb der verschiedenen betrachteten Modellklassen entstanden natürlich leichte Nuancierungen bezüglich mancher Indikatoren. Ein einheitliches Bild oder insgesamt belastbare Unterschiede zwischen den Indikatorengruppen ergaben sich daraus allerdings nicht. Dies erscheint durchaus plausibel, da für die Studie von vornherein solche Indikatoren in Betracht gezogen wurden, die in der einschlägigen Literatur als vorlaufend charakterisiert werden. Auch für andere Prognoseprobleme der Makroökonomie ist die Nutzung einer breiten Informationsbasis das mittlerweile übliche Verfahren. Gemäß unseren Forschungsergebnissen ist es daher unabhängig von der konkret gewählten ökonometrischen Methodik für praktische Anwendungen der Wendepunktbestimmung sinnvoll, viele Indikatoren zu kombinieren.

DER FRÜHWARNBERICHT 2012 DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION

# Der Frühwarnbericht 2012 der Europäischen Kommission

# Einstieg in das neue Verfahren zur Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte

1	Hintergrund: Stärkung der wirtschaftspolitischen Steuerung auf Gemeinschaftsebene	79
2	Zentrale Berichtsaussagen	80
3	Grundlagen der Bewertung: Ergebnisse im Detail	81
3.1	Funktion der Indikatoren ("Scoreboard")	81
	Ökonomische Beurteilung durch die Kommission ("Economic Reading")	
3.3	Vorschläge für ergänzende Querschnittsanalysen	84
4	Ratsschlussfolgerungen	85
	Weiteres Vorgehen	

- Die Europäische Kommission hat im Zuge der Umsetzung des neuen Verfahrens zur Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte ihren ersten Frühwarnbericht vorgelegt.
- Die Kommission ist der Auffassung, dass zwölf Mitgliedstaaten von gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichten betroffen oder bedroht sein könnten und deshalb eingehend untersucht werden sollen.
- Dabei handelt es sich um einen vorläufigen Befund. Ob und inwieweit es sich bei den festgestellten Auffälligkeiten tatsächlich um problematische Entwicklungen handelt, wird erst nach den vertieften Analysen entschieden.
- Deutschland ist von der Kommission nicht für eine nähere Untersuchung vorgesehen.

# 1 Hintergrund: Stärkung der wirtschaftspolitischen Steuerung auf Gemeinschaftsebene

Ein neues Regelwerk zur Stärkung der finanzund wirtschaftspolitischen Überwachung in der Europäischen Union trat im Dezember 2011 in Kraft. Mit der Einrichtung des Verfahrens zur Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte wurde der bereits bestehenden haushaltspolitischen Überwachung ein neues Instrument zur Seite gestellt, das auf eine bessere wirtschaftspolitische Steuerung zielt.¹ Rechtsgrundlage ist die Verordnung (EU) Nr. 1176/2011, die das Europäische Parlament und der Europäische Rat im November 2011 als Teil des sogenannten "Sixpack" verabschiedet haben.

Das damit eingeführte Ungleichgewichtsverfahren ("Macroeconomic Imbalance Procedure") ist in das Europäische Semester

<sup>1</sup> Für eine umfassende Darstellung des neuen Verfahrens enthält siehe BMF-Monatsberichts Dezember 2011 http://www. bundesfinanzministerium.de/nn\_145718/DE/ BMF\_\_Startseite/Publikationen/Monatsbericht\_\_ des\_\_BMF/2011/12/.

DER FRÜHWARNBERICHT 2012 DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION

eingebunden und wird 2012 erstmalig angewandt. Es gibt den institutionellen Rahmen vor, mit dem in der Gemeinschaft neben tragfähigen öffentlichen Finanzen eine stabilitätsorientierte Wirtschaftspolitik gefordert und durchgesetzt werden soll. Den Auftakt dazu bildet die erstmalige Vorlage eines Frühwarnberichts durch die Europäische Kommission ("Alert Mechanism Report").

## 2 Zentrale Berichtsaussagen

Seiner Aufgabe im neuen Verfahren entsprechend weist der Frühwarnbericht² die Mitgliedstaaten aus, die nach erster Einschätzung der Kommission von makroökonomischen Ungleichgewichten betroffen oder bedroht sein könnten und deshalb in einem nächsten Schritt einer eingehenden Überprüfung unterzogen werden sollen.

Die Notwendigkeit dafür sieht die Kommission in zwölf Fällen als gegeben an; davon gehören sieben Mitgliedstaaten dem Euroraum an, wie Tabelle 1 zeigt.

Die Mitgliedstaaten Griechenland, Irland, Portugal und Rumänien nahm die Kommission nicht in ihre Liste auf, weil sie als sogenannte Programmländer ohnehin permanent überwacht werden und strikten Auflagen zu strukturellen Reformen unterliegen. Auf eine Dopplung der Überwachung im Rahmen des makroökonomischen Ungleichgewichtsverfahrens wurde deshalb verzichtet.

Auf der ersten Stufe des Verfahrens wählte die Kommission einen breiten analytischen Ansatz, der zu einer relativ großen Zahl von Fällen führt, in denen sie eine nachfolgende nähere Untersuchung für angemessen hält. Das mindert in diesem (frühen) Verfahrensstadium die Gefahr, mögliche risikobehaftete Entwicklungen in den Mitgliedstaaten zu übersehen.

Für Deutschland hält die Kommission keine vertiefte Analyse für erforderlich. Ein Verletzen von Schwellenwerten wird hier nur beim Blick auf die verringerten Weltmarktanteile und den (krisenbedingt hohen) öffentlichen Schuldenstand konstatiert. Dabei ist die Kommission der Auffassung, dass die allmähliche Verminderung des deutschen Leistungsbilanzüberschusses nicht zuletzt Folge der anziehenden Inlandsnachfrage ist und insofern als Teil eines Normalisierungsprozesses ("rebalancing") angesehen werden kann. Auch die Schuldenbremse bewertet sie mit Blick auf die gewünschte Reduzierung der staatlichen Schuldenquote positiv ("should underpin a trend decline").

Tabelle 1: Kommissionsvorschläge für eine vertiefte Analyse von Mitgliedstaaten

innerhalb des Euroraums	außerhalb des Euroraums
Belgien	Bulgarien
Finnland	Dänemark
Frankreich	Schweden
Italien	Ungarn
Slowenien	Vereinigtes Königreich
Spanien	
Zypern	

Quelle: Europäische Kommision.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> http://ec.europa.eu/economy\_finance/ economic\_governance/documents/alert\_ mechanism\_report\_2012\_en.pdf.

DER FRÜHWARNBERICHT 2012 DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION

# 3 Grundlagen der Bewertung: Ergebnisse im Detail

# 3.1 Funktion der Indikatoren ("Scoreboard")

Zur Erkennung möglicher Ungleichgewichte verwendet die EU-Kommission in einem ersten Schritt – wie in der Verordnung vorgesehen – einen Satz von Indikatoren, deren Werte mit zuvor festgelegten Schwellenwerten verglichen werden; ein Überschreiten dieser Schwellenwerte dient als Warnsignal. Das Ergebnis dieses Abgleichs ("Scoreboard") zeigt Tabelle 2.

Felder, in denen die Warnschwellen für die jeweils untersuchte Größe überschritten werden, sind andersfarbig unterlegt. Das ist bei etwa einem Drittel aller Felder der Fall. Es gibt keinen Mitgliedstaat, in dem nicht mindestens zwei von zehn Indikatoren auf dieser Anzeigetafel aufleuchten, dafür aber auch kein Land, das alle Schwellenwerte verletzt. Mitgliedstaaten, bei denen die Hälfte der Kennziffern oder mehr das Überschreiten einer Warnschwelle anzeigen, sind dagegen durchaus vorzufinden.

Tabelle 2: Scoreboard

	Externe Ungleichgewichte und Wettbewerbsfähigkeit								
Jahr 2010	Leistungsbilanzsaldo (Dreijahresdurch- schnitt in % des BIP)	Nettoauslands- vermögen (in % des BIP)	Realer effektiver Wechselkurs (Veränderung über einen Dreijahres- zeitraum in %)	Anteil an den weltweiten Ausfuhren (Veränderung über einen Fünfjahres- zeitraum in %)	Nominale Lohnstückkosten (Veränderung über einen Dreijahres- zeitraum in %)				
Schwellenwerte	-4/+6%	-35%	±5% & ±11%	-6%	+9% & +12%				
Belgien	-0,6	77,8	1,3	-15,4	8,5				
Bulgarien	-11,1	-97,7	10,4	15,8	27,8				
Dänemark	3,9	10,3	0,9	-15,3	11,0				
Deutschland	5,9	38,4	-2,9	-8,3	6,6				
Estland	-0,8	-72,8	5,9	-0,9	9,3				
Finnland	2,1	9,9	0,3	-18,7	12,3				
Frankreich	-1,7	-10,0	-1,4	-19,4	7,2				
Griechenland	-12,1	-92,5	3,9	-20,0	12,8				
Irland	-2,7	-90,9	-5,0	-12,8	-2,3				
Italien	-2,8	-23,9	-1,0	-19,0	7,8				
Lettland	-0,5	-80,2	8,5	14,0	-0,1				
Litauen	-2,3	-55,9	9,1	13,9	0,8				
Luxemburg	6,4	96,5	1,9	3,2	17,3				
Malta	-5,4	9,2	-0,6	6,9	7,7				
Niederlande	5,0	28,0	-1,0	-8,1	7,4				
Österreich	3,5	-9,8	-1,3	-14,8	8,9				
Polen	-5,0	-64,0	-0,5	20,1	12,3				
Portugal	-11,2	-107,5	-2,4	-8,6	5,1				
Rumänien	-6,6	-64,2	-10,4	21,4	22,1				
Schweden	7,5	-6,7	-2,5	-11,1	6,0				
Slowakai	-4,1	-66,2	12,1	32,6	10,1				
Slowenien	-3,0	-35,7	2,3	-5,9	15,7				
Spanien	-6,5	-89,5	0,6	-11,6	3,3				
Tschechien	-2,5	-49,0	12,7	12,3	5,1				
Ungarn	-2,1	-112,5	-0,5	1,4	3,9				
Vereinigtes Königreich	-2,1	-23,8	-19,7	-24,3	11,3				
Zypern	-12,1	-43,4	0,8	-19,4	7,2				

DER FRÜHWARNBERICHT 2012 DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION

noch Tabelle 2: Scoreboard

	Interne Ungleichgewichte							
Jahr 2010	Immobilienpreise in Relation zum Verbraucherpreis- index (Veränderung gegenüber Vorjahr in %)	Kreditvergabe an den Privatsektor (in % des BIP)	Schuldenstand des Privatsektors (in % des BIP)	Öffentlicher Schuldenstand (in % des BIP)	Arbeitslosenquote (Dreijahresdurch- schnitt in %)			
Schwellenwerte	+6%	15%	160%	60%	10%			
Belgien	0,4	13,1	233	96	7,7			
Bulgarien	-11,1	-0,2	169	16	7,5			
Dänemark	0,5	5,8	244	43	5,6			
Deutschland	-1,0	3,1	128	83	7,5			
Estland	-2,1	-8,6	176	7	12,0			
Finnland	6,8	6,8	178	48	7,7			
Frankreich	5,1	2,4	160	82	9,0			
Griechenland	-6,8	-0,7	124	145	9,9			
Irland	-10,5	-4,5	341	93	10,6			
Italien	-1,4	3,6	126	118	7,6			
Lettland	-3,9	-8,8	141	45	14,3			
Litauen	-8,7	-5,3	81	38	12,5			
Luxemburg	3,0	-41,8	254	19	4,9			
Malta	-1,6	6,9	212	69	6,6			
Niederlande	-3,0	-0,7	223	63	3,8			
Österreich	-1,5	6,4	166	72	4,3			
Polen	-6,1	3,8	74	55	8,3			
Portugal	0,1	3,3	249	93	10,4			
Rumänien	-12,1	1,7	78	31	6,6			
Schweden	6,3	2,6	237	40	7,6			
Slowakei	-4,9	3,3	69	41	12,0			
Slowenien	0,7	1,8	129	39	5,9			
Spanien	-3,8	1,4	227	61	16,5			
Tschechien	-3,4	1,7	77	38	6,1			
Ungarn	-6,7	-18,7	155	81	9,7			
Vereinigtes Königreich	3,4	3,3	212	80	7,0			
Zypern	-6,6	30,5	289	62	5,1			

Quelle: Europäische Kommission (Alert Mechanism Report: The MIP Scoreboard 2010).

Das Überschreiten einzelner Warnschwellen allein löst allerdings nicht zwingend weitere Verfahrensschritte aus; es ist eine Indikation für mögliche Probleme. Auch die Anzahl solcher Überschreitungen lässt keinen unmittelbaren Schluss auf die Notwendigkeit weiterer Verfahrensschritte zu. Dazu wurden in der einschlägigen Verordnung bewusst keine Festlegungen getroffen. Eine vergleichsweise geringe Zahl von Auffälligkeiten schützt deswegen auch nicht davor, dass ein Mitgliedstaat nicht doch zum

Kreis derjenigen Länder gehört, in denen die Kommission eine genaue Prüfung auf mögliche gesamtwirtschaftliche Ungleichgewichte für geboten hält.

# 3.2 Ökonomische Beurteilung durch die Kommission ("Economic Reading")

Beim bloßen Blick auf die Indikatorenwerte im "Scoreboard" bleibt die Kommission in ihrem Bericht daher nicht stehen, sondern

DER FRÜHWARNBERICHT 2012 DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION

bezieht eine Vielzahl weiterer Informationen über die gesamtwirtschaftliche Situation der Mitgliedstaaten in ihre Entscheidungsfindung ein.

Die Benennung der Länder, die für eine vertiefte Analyse vorgeschlagen werden, ist damit nicht Resultat eines mechanistischen Abgleichs der zahlenmäßigen Ergebnisse, sondern einer abschließenden qualitativen Einschätzung ("economic reading"), bei der Urteile über Entwicklungen in der Realwirtschaft und ergänzende Indikatoren

in die Bewertung einfließen, um zu einer differenzierten Einschätzung zu gelangen. Auch das entspricht den Bestimmungen der einschlägigen Verordnung.

Im Ergebnis ihrer Auswertung des "Scoreboards" und der darüber hinaus angestellten Überlegungen hebt die Kommission bei den für eine vertiefende Untersuchung vorgesehenen Ländern eine Reihe von Faktoren hervor, die für deren Auswahl von maßgeblicher Bedeutung waren.<sup>3</sup>

#### Kasten 1: Kommissionsvorschläge für vertiefte Länderanalysen: Relevante Faktoren

#### Euroländer

**Belgien:** Bedeutende Verringerung der Exportmarktanteile verbunden mit einer Verschlechterung der Leistungsbilanz und einer Verringerung der Wettbewerbsfähigkeit. Hoher Schuldenstand des privaten wie öffentlichen Sektors.

**Finnland:** Bedeutende Verringerung der Exportmarktanteile. Anstieg der Verschuldung des Privatsektors während des vergangenen Jahrzehnts, größtenteils getrieben von Entwicklungen bei Immobilienkrediten (Hypothekendarlehen).

**Frankreich:** Verschlechterung der Handelsbilanz, die sich in einer Ausweitung des Leistungsbilanzdefizits wie auch in einer bedeutenden Verringerung der Exportmarktanteile widerspiegelt. Anstieg der privaten und der öffentlichen Verschuldung.

Italien: Merkliche Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit seit Mitte der 1990er Jahre, fortdauernde Verringerung der Exportmarktanteile. Hohe Staatsverschuldung. Niedriges Wachstum, strukturelle Schwächen der Wirtschaft.

**Slowenien:** Starker Anstieg der Lohnstückkosten, der Verschuldung im privaten Sektor und der Immobilienpreise. Banken in schwieriger Lage und unter starkem Anpassungsdruck.

**Spanien:** Anpassungsprozesse sind im Gange. Abbau von Ungleichgewichten, die im Zuge der Überhitzung des Immobilien- und Finanzsektors entstanden waren, aber nicht abgeschlossen. Hohe Leistungsbilanzdefizite, Verlust an Wettbewerbsfähigkeit als fortbestehende Risiken.

**Zypern:** Breitgefächerte außenwirtschaftliche und binnenwirtschaftliche Herausforderungen. Hohe Leistungsbilanzdefizite und Verluste von Exportmarktanteilen kombiniert mit starker Privatverschuldung.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Die Kurzdarstellung hier stützt sich u.a. auf einen erläuternden Vermerk, den die Kommission zeitgleich mit dem Frühwarnbericht im Februar dieses Jahres veröffentlicht hat: http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/104

DER FRÜHWARNBERICHT 2012 DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION

#### Kasten 2: Kommissionsvorschläge für vertiefte Länderanalysen: Relevante Faktoren

#### Nicht-Euroländer

**Bulgarien:** Sehr rasch entstandenen Ungleichgewichten folgten bereits einige Korrekturen; Leistungsbilanzdefizit aber nach wie vor hoch. Hohe private wie öffentliche Verschuldung. Gestiegene Lohnstückkosten bei allerdings niedrigem Ausgangsniveau.

Dänemark: Im Zuge des Immobilienbooms vor der Krise rapide Kreditausweitung, starker Anstieg der Verschuldung insbesondere der privaten Haushalte. Korrekturen bei den Krediten und den Immobilienpreisen inzwischen beobachtbar, Schuldenstand im Privatsektor aber weiter sehr hoch. Gesunkene Exportmarktanteile.

Schweden: Sorgen um Verschuldung der privaten Haushalte, die sich trotz Verlangsamung der Kreditausweitung in jüngster Zeit weiter auf hohem Niveau befindet. Sehr starker Anstieg der Immobilienpreise in den vergangenen fünfzehn Jahren, Stabilisierung hat erst vor kurzem begonnnen. Sinkende Exportmarktanteile.

**Ungarn:** Kräftige Anpassungen haben stattgefunden, Verschuldungsgrad insbesondere der öffentlichen Haushalte, aber auch der privaten Haushalte gleichwohl weiterhin hoch. Die Verschuldung gegenüber dem Ausland ist höher als in jedem anderen EU-Mitgliedstaat.

**Vereinigtes Königreich:** Hohe Privatverschuldung, schwierige Situation der öffentlichen Finanzen. Schulden der privaten Haushalte spiegeln überwiegend die Aufnahme von Hypothekenkrediten vor dem Hintergrund eines lange währenden Anstiegs der Immobilienpreise wider.

Eine entsprechende Zusammenstellung enthält Kasten 1 für die Euroländer und Kasten 2 für die Nicht-Euroländer.

Die Kommission weist in ihrem Bericht ausdrücklich darauf hin, dass den Ursachen für die festgestellten Entwicklungen und dem Charakter der Ungleichgewichte erst in den anschließenden eingehenden Studien im Einzelnen nachgegangen werden kann. Die Auswahl der Länder ist insofern kein Präjudiz für weitere Schritte. Erst nach Abschluss der vertieften Analysen und im Licht der dort gewonnenen Erkenntnisse wird die Kommission bei der weiteren Umsetzung Verfahrens zur Vermeidung und Korrektur gesamtwirtschaftlicher Ungleichgewichte gegebenenfalls Politikempfehlungen abgeben.

## 3.3 Vorschläge für ergänzende Querschnittsanalysen

Die Kommission leitet aus der ökonomischen Interpretation der Indikatorenwerte die Notwendigkeit ab, sich den Bestimmungsfaktoren und Politikimplikationen hoher und andauernder Leistungsbilanzüberschüsse in einer Querschnittsuntersuchung ("horizontal analysis") noch einmal gesondert zu widmen. Diese soll im Jahr 2012 durchgeführt werden. Darüber hinaus kündigt die EU-Kommission an, die Divergenzen in der Wirtschaftsentwicklung der einzelnen Mitgliedstaaten weiter zu analysieren und hierbei auch der Frage von Handels- und Finanzverflechtungen zwischen Defizit- und Überschussländern nachzugehen. In diesem Zusammenhang soll auch untersucht werden, welchen Erklärungswert Aufholeffekte ("catching-up effects") haben können.

DER FRÜHWARNBERICHT 2012 DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION

## 4 Ratsschlussfolgerungen

Mit dem Bericht der Kommission und den Vorschlägen für die Durchführung von vertieften Analysen in insgesamt zwölf Ländern hat sich der ECOFIN-Rat auf seiner Sitzung am 13. März 2012 näher befasst und dazu Schlussfolgerungen verabschiedet.

Darin begrüßt der Rat die Anwendung des neuen Verfahrens und die Stärkung der multilateralen Überwachung, die mit der Umsetzung der sechs Legislativakte vom Ende 2011 einhergeht. Den Frühwarnbericht selbst, der am Beginn des neuen Verfahrens steht, bewertet er positiv.

Zugleich unterstrich der Rat, welche Bedeutung er den eingehenden Überprüfungen seinerseits beimisst, und empfahl der Kommission, qualitative Aspekte und den aktuellen Rand der wirtschaftlichen Entwicklung in die Prüfungen einzubeziehen, um eine engere Verbindung zwischen den im Frühwarnbericht beschriebenen Resultaten für die "Scoreboard"-Indikatoren und der Gegenwart herzustellen.

Der von der Kommission ins Auge gefassten Querschnittsuntersuchung sieht der Rat mit Interesse entgegen. Er fordert die Mitgliedstaaten auf, Erkenntnisse aus dem jetzt vorliegenden Frühwarnbericht bereits in ihren nationalen Reformprogrammen beziehungsweise Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen aufzugreifen.

## 5 Weiteres Vorgehen

Die Europäische Kommission ist nach den Bestimmungen der Verordnung gehalten, die Ergebnisse der Beratungen des ECOFIN-Rates und der Eurogruppe gebührend zu berücksichtigen. Ihr selbst ist allerdings das Recht vorbehalten zu entscheiden, welche Mitgliedstaaten sie mit Blick auf das mögliche Vorliegen gesamtwirtschaftlicher Ungleichgewichte am Ende einer eingehenden Prüfung unterzieht. Nach dem bisherigen Fahrplan wird die Kommission die vertieften Analysen Mitte/Ende Mai vorlegen, verbunden mit einer Aussage, ob die Mitgliedstaaten Ungleichgewichte aufweisen, und mit Empfehlungen zur Korrektur der Ungleichgewichte an die betroffenen Mitgliedstaaten. Eine zeitliche Planung für das Einleiten etwaiger darüber hinaus gehender Schritte besteht noch nicht.

Über	sichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	88
1	Kreditmarktmittel	88
2	Gewährleistungen	
3	Bundeshaushalt 2010 bis 2015	
4	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren	
	2010 bis 2015	90
5	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabengruppen und Funktionen,	
	Regierungsentwurf 2012	92
6	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2012	
7	Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts	
8	Steueraufkommen nach Steuergruppen	
9	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	
10	Entwicklung der Staatsquote	
11	Schulden der öffentlichen Haushalte	
12	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	
13	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	
14	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	
15	Steuerquoten im internationalen Vergleich	
16	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	
17	Staatsquoten im internationalen Vergleich	
18	Entwicklung der EU-Haushalte 2010 bis 2011	
10	Entitionally del 20 Madelate 2010 bis 2011 minimum.	
Über	rsichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	114
1	Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2011 im Vergleich zum Jahressoll 2011	
-	1 Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2010/2011	
2	Die Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der	110
_	Länder bis Dezember 2011	117
3	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 2011	
5	Die Einflammen, Pasyaben und Rassemage der Eander bis Dezember 2011	113
Keni	nzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	123
	3 · · · · · · · · · · · · · · · · · · ·	
1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	123
2	Preisentwicklung	
3	Außenwirtschaft	
4	Einkommensverteilung	
	Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten	
5	Produktionslücken, Budgetsensitivität und Konjunkturkomponenten	
6	Prouktionspotenzial und -lücken	
7	Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten	123
,	Potenzialwachstum	130
8	Bruttoinlandsprodukt	
9	Bevölkerung und Arbeitsmarkt	
10	Kapitalstock und Investitionen	
11	Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität	
12	Preise und Löhne	
13	Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	
14	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	

15	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich	139
16	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten	
	Schwellenländern	140
17	Übersicht Weltfinanzmärkte	. 141
	Entwicklung von DAX und Dow Jones	
18	Vorausschätzungen zu BIP, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote	143
19	Vorausschätzungen zu Haushaltssalden, Staatsschuldenquote und Leistungsbilanzsaldo	147

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel

I. Schuldenart

	Stand:	Zunahme	Abnahme	Stand:				
	31. Dezember 2011		Abriannie	31. Januar 2012				
		in Mio. €						
Inflations indexier te Bundes wert papiere	46 000	0	0	46 000				
Anleihen <sup>1</sup>	650736	8 000	25 000	633 736				
Bundesobligationen	203 000	4000	0	207 000				
Bundesschatzbriefe <sup>2</sup>	8 208	26	128	8 107				
Bundesschatzanweisungen	136 000	4 000	0	140 000				
Unverzinsliche Schatzanweisungen	57 830	6 998	8 933	55 895				
Finanzierungsschätze <sup>3</sup>	467	19	36	450				
Tagesanleihe	2 154	93	66	2 181				
Schuldscheindarlehen	12 061	0	0	12 061				
sonstige unterjährige Kreditaufnahme	1 115	0	0	1 115				
Kreditmarktmittel insgesamt	1 117 570			1 106 545				

noch Tabelle 1: Kreditmarktmittel

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand:			Stand:
	31. Dezember 2011			31. Januar 2012
		in Mi	o.€	
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	222 506			219 621
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	341 194			344 056
langfristig (mehr als 4 Jahre)	553 871			542 868
Kreditmarktmittel insgesamt	1 117 570			1 106 545

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>10- u. 30-jährige Anleihen des Bundes und €-Gegenwert der US-Dollar-Anleihe.

 $<sup>^2\,</sup> Bundesschatzbriefe der \, Typen \, A \, und \, B$  .

 $<sup>^3</sup>$ 1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätze.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen	Belegung am 31. Dezember 2011	Belegung am 31. Dezember 2010
		in Mrd. €	
Ausfuhren	135,0	119,0	109,8
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	50,0	39,1	34,9
Bilaterale FZ-Vorhaben	5,72	3,2	2,3
Ernährungsbevorratung	0,7	0,0	7,5
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	185,0	109,0	106,0
Internationale Finanzierungsinstitutionen	62,0	55,9	53,3
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,18	1,0	1,0
Zinsausgleichsgarantien	6,0	6,0	6,0
Garantien für Kredite an Griechenland gemäß dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010	22,4	22,4	22,4
Garantien gemäß dem Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus vom 22. Mai 2010	211,0	20,5	-

Tabelle 3: Bundeshaushalt 2010 - 2015 Gesamtübersicht

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Gegenstand der Nachweisung	Ist	Ist	Soll		Finanzplanung	
			Mr	d.€		
1. Ausgaben	303,7	296,2	306,2	311,5	309,9	315,0
Veränderung gegen Vorjahr in %	+3,9	-2,4	+3,4	+1,7	- 0,5	+1,6
2. Einnahmen <sup>1</sup>	259,3	278,5	279,7	286,3	290,9	300,0
Veränderung gegen Vorjahr in %	+0,6	+7,4	+0,4	+2,3	+1,6	+3,1
darunter:						
Steuereinnahmen	226,2	248,1	249,2	256,4	265,8	275,7
Veränderung gegen Vorjahr in %	-0,7	+9,7	+0,5	+2,9	+3,7	+3,7
3. Finanzierungssaldo	-44,4	-17,7	-26,5	-25,3	-19,1	-15,1
in % der Ausgaben	14,6	6,0	8,6	8,1	6,1	4,8
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme <sup>2</sup> (-)	288,2	274,2	261,1	284,6	273,2	279,2
5. sonst. Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	5,0	3,1	9,3	-0,0	-1,2	-1,2
6. Tilgungen (+)	239,2	260,0	244,2	259,7	255,7	265,6
7. Nettokreditaufnahme	-44,0	-17,3	-26,1	-24,9	-18,7	-14,7
8. Münzeinnahmen	-0,3	-0,3	-0,4	-0,4	-0,4	-0,4
Nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	26,1	25,4	26,9	29,7	29,5	29,3
Veränderung gegen Vorjahr in %	-3,8	-2,7	+5,8	+10,4	-0,6	- 0,7
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,5	2,2	2,5	2,5	2,5	2,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Stand: Januar 2012.

 $<sup>^1\,\</sup>mbox{Gem.\,BHO}\,\S\,13\,\mbox{Absatz}\,4.2$  ohne Münzeinnahmen.

 $<sup>^2\,</sup> Nach\, Abzug\, der\, Finanzierung\, der\, Eigenbestandsveränderung.$ 

Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2010 bis 2015

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Ausgabeart	Ist	Ist	Soll		Finanzplanung	
			in Mic	o. €		
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	28 196	27 856	27 897	27 086	26 894	26 729
Aktivitätsbezüge	21 117	20 702	20749	19861	19614	19 387
Ziviler Bereich	9 443	9 2 7 4	10868	10 339	10357	10 349
Militärischer Bereich	11 674	11 428	9881	9 522	9 258	9 038
Versorgung	7 079	7 154	7 147	7 226	7 280	7 342
Ziviler Bereich	2 459	2 472	2 483	2 506	2 5 4 0	2 583
Militärischer Bereich	4 620	4 682	4 6 6 5	4720	4740	4 758
Laufender Sachaufwand	21 494	21 946	23 825	23 506	23 424	23 030
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 544	1 545	1 283	1 305	1 296	1 308
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	10 442	10 137	10 673	10574	10 435	10 085
Sonstiger laufender Sachaufwand	9 508	10 264	11 869	11 627	11 693	11 637
Zinsausgaben	33 108	32 800	36 769	42 303	45 991	49 042
an andere Bereiche	33 108	32 800	36 769	42 303	45 991	49 042
Sonstige	33 108	32 800	36 769	42 303	45 991	49 042
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	33 058	32 759	36 727	42 261	45 949	49 000
an Ausland	8	0	0	0	0	0
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	194 377	187 554	190 625	188 789	188 751	191 577
an Verwaltungen	14114	15 930	17700	19 178	20 081	20 237
Länder	8 579	10 642	11 956	13 342	14271	14 442
Gemeinden	17	12	11	10	10	9
Sondervermögen	5 5 1 8	5 2 7 6	5 732	5 825	5 800	5 786
Zweckverbände	1	1	1	1	1	C
an andere Bereiche	180 263	171 624	172 926	169 611	168 670	171 340
Unternehmen	24212	23 882	25 106	25 362	25 513	25 853
Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen	29 665	26718	27 161	25 271	23 748	23 569
an Sozialversicherung	120 831	115 398	113 678	112 275	112 903	115 379
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 336	1 665	1 673	1 656	1 664	1 663
an Ausland	4216	3 958	5 3 0 5	5 045	4840	4 8 7 5
an Sonstige	3	2	2	2	2	2
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	277 175	270 156	279 116	281 684	285 060	290 377

noch Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2010 bis 2015

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Ausgabeart	Ist	Ist	Soll		Finanzplanung	
			in Mi	o <b>.</b> €		
Ausgaben der Kapitalrechnung						
Sachinvestitionen	7 660	7 175	7 997	7 280	7 208	7 154
Baumaßnahmen	6 2 4 2	5814	6519	5 704	5 621	5 683
Erwerb von beweglichen Sachen	916	869	899	943	900	873
Grunderwerb	503	492	578	634	687	598
Vermögensübertragungen	15 350	15 284	15 173	15 103	14 975	14 903
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	14944	14589	14706	14 602	14 474	14 407
an Verwaltungen	5 209	5 243	5 006	4 8 6 5	4716	4 620
Länder	5 142	5 178	4930	4772	4624	454
Gemeinden und Gemeindeverbände	68	65	74	90	90	78
Sondervermögen	0	0	2	2	2	2
an andere Bereiche	9 735	9 3 4 6	9 700	9 738	9 757	9 78
Sonstige - Inland	6 599	6 060	6 3 4 0	6 3 6 9	6 460	6 55
Ausland	3 136	3 287	3 360	3 3 6 9	3 297	3 230
Sonstige Vermögensübertragungen	406	695	467	501	501	490
an andere Bereiche	406	695	467	501	501	490
Sonstige - Inland	137	260	145	144	141	136
Ausland	269	123	322	357	360	360
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	3 473	311	4 154	7 771	7 793	7 698
Darlehensgewährung	2 663	3 613	4 153	3 426	3 449	3 353
an Verwaltungen	1	2 825	1	1	1	1
Länder	1	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	2 662	1	4153	3 425	3 448	3 353
Sozialversicherung	0	2 825	0	0	0	(
Sonstige - Inland (auch Gewährleistungen)	1 075	1 1 1 1 5	2 271	2 081	1 960	1 744
Ausland	1 587	1710	1 881	1344	1 488	1 609
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	810	788	1	4345	4 3 4 5	4 3 4 5
Inland	13	0	1	1	1	1
Ausland	797	788	0	4344	4344	4344
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	26 483	26 072	27 324	30 154	29 976	29 75
Darunter: Investive Ausgaben	26 077	25 378	26857	29 653	29 475	29 259
Globale Mehr-/Minderausgaben	0	0	- 240	- 339	-5 136	-5 132
Ausgaben zusammen	303 658	296 228	306 200	311 500	309 900	315 000

Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2012

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisunger und Zuschüss
Funktion	Ausgabengruppe				in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	55 217	49 101	23 258	19 096	-	6 747
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	5 798	5 585	3 450	1 363	-	772
2	Auswärtige Angelegenheiten	9 281	4773	508	175	-	4089
3	Verteidigung	31 734	31 461	14546	15 908	-	1 008
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	3 707	3 3 3 0	2 108	998	-	224
5	Rechtsschutz	371	356	248	92	-	16
6	Finanzverwaltung	4326	3 596	2398	560	-	638
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	17 966	14 714	479	892	-	13 343
13	Hochschulen	4 032	3 0 3 7	10	10	-	3 018
14	Förderung von Schülern, Studenten	2 491	2 491	-	-	-	2 491
15	Sonstiges Bildungswesen	616	540	9	65	-	465
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10 083	8 091	459	812	-	6 8 2 0
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	743	555	1	6	-	549
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	155 207	154 268	229	397	-	153 642
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	109 004	109 004	52	-	-	108 953
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.	8 327	8 327	-	3	-	8 324
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 524	2 198	-	30	-	2 168
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	33 379	33 263	49	113	-	33 101
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	280	280	-	-	-	280
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 693	1 195	128	251	-	817
3	Gesundheit und Sport	1 548	918	277	312	-	329
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	455	372	147	177	-	48
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	455	372	147	177	-	48
32	Sport	131	115	-	4	-	111
33	Umwelt- und Naturschutz	440	254	80	72	-	102
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	521	176	50	59	-	68
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 066	818	-	19	-	799
41	Wohnungswesen	1 387	801	-	2	-	799
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	-	1	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	12	-	-	-	-	-
44	Städtebauförderung	666	17	-	17	-	-
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	957	546	29	179	-	338
52	Verbesserung der Agrarstruktur	567	199	-	1	-	198
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	132	132	-	70	-	62
533	Gasölverbilligung	-	-	-	-	-	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	132	132	-	70	-	62
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	258	215	29	108	-	78

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2012

		Sach- investitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung <sup>a</sup>	<sup>a</sup> Darunter Investive Ausgaben
Funktion	Ausgabengruppe			in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	901	2 681	2 533	6 115	6 083
I	Politische Führung und zentrale Verwaltung	211	2	-	212	212
2	Auswärtige Angelegenheiten	114	2 512	1 881	4 507	4506
3	Verteidigung	205	67	-	273	241
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	278	99	-	377	377
5	Rechtsschutz	15	-	-	15	15
6	Finanzverwaltung	78	1	651	730	730
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	133	3 119	-	3 252	3 252
13	Hochschulen	1	993	-	995	995
14	Förderung von Schülern, Studenten	-	-	-	-	-
15	Sonstiges Bildungswesen	0	77	-	77	77
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	131	1 861	-	1 992	1 992
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	0	188	-	188	188
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	9	930	1	940	505
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung		-	-	-	-
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.	-	-	-	-	-
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1	324	1	326	3
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	4	113	-	116	4
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	-	-	-	-
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	4	494	-	498	498
3	Gesundheit und Sport	417	213	-	630	630
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	72	11	-	83	83
312	Krankenhäuser und Heilstätten		-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	72	11	-	83	83
32	Sport		16	-	16	16
33	Umwelt- und Naturschutz	6	180	-	186	186
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	339	6	-	345	345
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	-	1 244	4	1 248	1 248
41	Wohnungswesen		583	4	587	587
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen		-	-	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste		12	-	12	12
44	Städtebauförderung		649	-	649	649
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	2	409	1	411	411
<b>5</b> 52	Verbesserung der Agrarstruktur		367	1	368	368
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen		-		-	-
533	Gasölverbilligung			_		_
		-		-	_	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	2	-	-	-	-

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2012

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe			i	n Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 715	2 309	62	473	-	1 773
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	720	557	-	353	-	204
621	Kernenergie	288	188	-	-	-	188
622	Erneuerbare Energieformen	51	20	-	4	-	16
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	381	349	-	349	-	-
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 443	1 425	-	0	-	1 425
64	Handel	63	63	-	9	-	54
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	635	9	-	8	-	1
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1 855	254	62	103	-	89
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	12 384	4 173	1 050	1 982	-	1 141
72	Straßen	7 462	1 040	-	886	-	154
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 770	889	511	310	-	69
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	335	3	-	-	-	3
75	Luftfahrt	203	200	50	24	-	126
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	2 615	2 042	489	762	-	790
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	16 329	12 257	-	6	-	12 251
81	Wirtschaftsunternehmen	11 090	7018	-	6	-	7 012
832	Eisenbahnen	4016	76	-	5	-	71
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	7 074	6 942	-	2	-	6 940
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 239	5 239	-	-	-	5 239
873	Sondervermögen	5 239	5 239	-	-	-	5 2 3 9
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	-	-	-	-	-	-
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	39 811	40 012	2 513	469	36 769	262
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	300	261	-	-	-	261
92	Schulden	36 782	36 782	-	13	36769	-
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	2 729	2 969	2 513	456	-	0
Summe al	ller Hauptfunktionen	306 200	279 116	27 897	23 825	36 769	190 625

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2012

		Sachin- vestitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung <sup>a</sup>	<sup>a</sup> Darunter Investive Ausgaben
Funktion				in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	101	714	1 591	2 407	2 407
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	100	62	-	162	162
621	Kernenergie	100	-	-	100	100
622	Erneuerbare Energieformen	-	31	-	31	31
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	-	32	-	32	32
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	19	-	19	19
64	Handel	-	-	-	-	-
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	-	626	-	626	626
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	8	1 591	1 600	1 600
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	6 434	1 777	-	8 211	8 211
72	Straßen	4992	1 429	-	6 421	6 421
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	881	-	-	881	881
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	333	-	333	333
75	Luftfahrt	3	-	-	3	3
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	558	16	-	573	573
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	4 047	25	4 072	4 072
81	Wirtschaftsunternehmen	-	4 0 4 7	25	4072	4 072
832	Eisenbahnen	-	3 9 1 5	25	3 940	3 940
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	-	132	-	132	132
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	-	-	-	-
873	Sondervermögen	-	-	-	-	-
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	-	-	-	-	
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	-	38	-	38	38
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	-	38	-	38	38
92	Schulden	-	-	-	-	-
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	-	-	-	-	-
Summe a	iller Hauptfunktionen	7 997	15 173	4 154	27 324	26 857

Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2012 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000
degenstand der Haenweisung				Ist-Erg	jebnisse			
I. Gesamtübersicht								
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	0,0	-1,4	-1,0
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	0,0	-1,5	-0,
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	-16,9	-14,1	-11,6	-24,6	-25,8	-23,9
darunter:								
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,4	-15,3	-27,1	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,1	-0,4	-27,1	-0,2	-0,7	-0,2	-0,
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	-1,2	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	0,0	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche								
Vergleichsdaten  Personaleussahen	Mard	6.6	12.0	16.4	107	22.1	27.1	201
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	-1,
Anteil an den Bundesausgaben Anteil a. d. Personalausgaben des	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8
öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	-6,2	-4,
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0
Anteil an den Zinsausgaben des	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9
öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>				47,0				
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	10,2	11,0	-4,4	-0,5	8,4	8,8	-1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,
Anteil a. d. investiven Ausgaben des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0
Steuereinnahmen <sup>1</sup>	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	-3,4	3,
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,
Anteil am gesamten								
Steueraufkommen <sup>3</sup>	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,4	-15,3	-13,9	-11,4	-23,9	-25,6	-23,
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7		10,8	9,
Anteil a.d. investiven Ausgaben des Bundes	%	0,1	117,2	86,2	67,0		75,3	84,4
Anteil am Finanzierungdsaldo des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	21,2	48,3	47,5	57,0	49,5	45,8	69,
nachrichtlich: Schuldenstand <sup>3</sup>								
öffentliche Haushalte <sup>2</sup>	Mrd.€	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1018,8	1210,
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2012

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

•	•	_							
Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
degensiand del Nachweisung				Ist-Ergeb	nisse				Soll
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	259,8	261,0	270,4	282,3	292,3	303,7	296,2	306
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	3,3	0,5	3,6	4,4	3,5	3,9	-2,4	(
Einnahmen	Mrd.€	228,4	232,8	255,7	270,5	257,7	259,3	278,5	279
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	7,8	1,9	9,8	5,8	- 4,7	0,6	7,4	8
Finanzierungssaldo	Mrd.€	-31,4	- 28,2	- 14,7	- 11,8	- 34,5	- 44,3	- 17,7	- 20
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-31,2	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	- 44,0	- 17,3	- 2
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,2	-0,3	-0,4	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- (
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	_	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	26,4	26,1	26,0	27,0	27,9	28,2	27,9	2
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 1,4	- 1,0	- 0,3	3,7	3,4	0,9	- 1,2	_
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,1	10,0	9,6	9,6	9,6	9,3	9,4	
Anteil a. d. Personalausgaben des									
öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	15,3	14,9	14,8	15,0	14,4	14,2	13,4	1.
Zinsausgaben	Mrd.€	37,4	37,5	38,7	40,2	38,1	33,1	32,8	3
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	3,0	0,3	3,3	3,7	- 5,2	- 13,1	-0,9	
Anteil an den Bundesausgaben	%	14,4	14,4	14,3	14,2	13,0	10,9	11,1	1
Anteil an den Zinsausgaben des	%	58,3	57,9	58,6	59,7	61,0	55,5	43,9	4
öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	Made						20.1		
Investive Ausgaben	Mrd.€	23,8	22,7	26,2	24,3	27,1	26,1	25,4	2
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	6,2	- 4,4	15,4	- 7,2	11,5	- 3,8	- 2,7	- 1
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,1	8,7	9,7	8,6	9,3	8,6	8,6	
Anteil a. d. investiven Ausgaben des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	34,2	33,7	39,9	37,1	25,3	29,5	27,2	3
Steuereinnahmen <sup>1</sup>	Mrd.€	190,1	203,9	230,0	239,2	227,8	226,2	248,1	24
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	1,7	7,2	12,8	4,0	- 4,8	- 0,7	9,7	
Anteil an den Bundesausgaben	%	73,2	78,1	85,1	84,7	78,0	74,5	83,7	8
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	83,2	87,6	90,0	88,4	88,4	87,2	89,1	8
Anteil am gesamten									
Steueraufkommen <sup>3</sup>	%	42,1	41,7	42,8	42,6	43,5	42,6	43,4	4:
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-31,2	- 27,9	- 14,3	- 11,5	-34,1	- 44,0	- 17,3	- 2
Anteil an den Bundesausgaben	%	12,0	10,7	5,3	4,1	11,7	14,5	5,9	
Anteil a.d. investiven Ausgaben des Bundes	%	131,3	122,8	54,7	47,4	126,0	168,8	68,3	9
Anteil am Finanzierungssaldo des	%	59,5	68,8	Х	111,2	37,1	54,5	63,0	8
öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	,,,	,-		.,	, -		- , -		
nachrichtlich: Schuldenstand <sup>3</sup>		1 400 5	1 = 1= :	1.550.6	4 === 6	1.604	2011 5	2025	
öffentliche Haushalte <sup>2</sup>	Mrd.€	1 489,9	1 545,4	1 552,4	1 577,9	1 694,4	2011,5	2035	20
darunter: Bund	Mrd.€	903,3	950,3	957,3	985,7	1 053,8	1 287,5	1303	13

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ab 1991 Gesamtdeutschland.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Stand Finanzplanungsrat November 2011; 2011, 2012 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschl. Kassenkredite. Bund einschl. Sonderrechnungen und Kassenkredite.

Tabelle 7: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
				in Mrd. €			
Öffentlicher Gesamthaushalt <sup>1</sup>							
Ausgaben	614,5	626,7	638,0	649,2	679,2	729,0	736,1
Einnahmen	549,0	574,2	597,6	648,5	668,9	634,7	652,9
Finanzierungssaldo	-65,5	-52,5	-40,5	-0,6	-10,4	-92,0	-80,8
darunter:							
Bund <sup>2</sup>							
Ausgaben	251,6	259,9	261,0	270,5	282,3	292,3	303,7
Einnahmen	211,8	228,4	232,8	255,7	270,5	257,7	259,3
Finanzierungssaldo	-39,8	-31,4	-28,2	-14,7	-11,8	-34,5	-44,3
Länder <sup>3</sup>							
Ausgaben	257,1	260,0	260,0	265,5	277,2	286,1	286,7
Einnahmen	233,5	237,2	250,1	273,1	276,2	258,9	265,9
Finanzierungssaldo	-23,5	-22,7	-10,1	7,6	-1,1	-27,2	-20,8
Gemeinden <sup>4</sup>							
Ausgaben	150,1	153,2	157,4	161,5	168,0	178,3	182,2
Einnahmen	146,2	150,9	160,1	169,7	176,4	170,8	174,5
Finanzierungssaldo	-3,9	-2,2	2,8	8,2	8,4	-7,5	-7,7
			Veränderun	gen gegenübe	r Vorjahr in %		
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	-0,8	+2,0	+1,8	+1,7	+4,6	+7,3	+1,0
Einnahmen	-0,5	+4,6	+4,1	+8,5	+3,2	-5,1	+2,9
darunter:							
Bund							
Ausgaben	-2,0	+3,3	+0,5	+3,6	+4,4	+3,5	+3,9
Einnahmen	-2,6	+7,8	+1,9	+9,8	+5,8	-4,7	+0,6
Länder							
Ausgaben	-1,0	+1,1	+0,0	+2,1	+4,4	+3,2	+0,2
Einnahmen	+1,9	+1,6	+5,4	+9,2	+1,1	-6,2	+2,7
Gemeinden							
Ausgaben	+0,1	+2,0	+2,8	+2,6	+4,0	+6,1	+2,2
Einnahmen	+3,3	+3,3	+6,0	+6,0	+3,9	-3,2	+2,1

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# noch Tabelle 7: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
				Quoten in %			
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-3,0	-2,4	-1,8	-0,0	-0,4	-3,9	-3,3
darunter:							
Bund	-1,8	-1,4	-1,2	-0,6	-0,5	-1,5	-1,8
Länder	-1,1	-1,0	-0,4	0,3	-0,0	-1,1	-0,8
Gemeinden	-0,2	-0,1	0,1	0,3	0,3	-0,3	-0,3
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-10,7	-8,4	-6,4	-0,1	-1,5	-12,6	-11,0
darunter:							
Bund	-15,8	-12,1	-10,8	-5,4	-4,2	-11,8	-14,6
Länder	-9,1	-8,7	-3,9	2,9	-0,4	-9,5	-7,2
Gemeinden	-2,6	-1,5	1,8	5,1	5,0	-4,2	-4,2
Ausgaben in % des BIP							
Öffentlicher Gesamthaushalt	28,0	28,2	27,6	26,7	27,5	30,7	29,7
darunter:							
Bund	11,5	11,7	11,3	11,1	11,4	12,3	12,3
Länder	11,7	11,7	11,2	10,9	11,2	12,0	11,6
Gemeinden	6,8	6,9	6,8	6,7	6,8	7,5	7,4

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bund, Länder, Gemeinden und ihre jeweiligen Extrahaushalte. Der Öffentliche Gesamthaushalt ist um Zahlungen zwischen den Ebenen (Verrechnungsverkehr) bereinigt und errechnet sich daher nicht als Summe der einzelnen Ebenen.

Stand: September 2011.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Kernhaushalt, Rechnungsergebnisse.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Kernhaushalte; bis 2008 Rechnungsergebnisse; 2009 bis 2010: Kassenergebnisse.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Kernhaushalte; bis 2009 Rechnungsergebnisse; 2010: Kassenergebnisse.

Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

			Steueraufkommen				
			dav	on			
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern		
Jahr		in Mrd. € in %					
	Gebiet der Bund	esrepublik Deutschland r	nach dem Stand bis zum 3.	. Oktober 1990			
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4		
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7		
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2		
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7		
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4		
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2		
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5		
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7		
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2		
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3		
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1		
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0		
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7		
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9		
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6		
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5		
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3		
		Bundesrepublil	Deutschland				
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1		
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0		
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8		
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7		
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2		
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8		
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6		
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0		
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1		

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

#### noch Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

		Steuerauf	kommen		
			da	von	
	insgesamt	Direkte Steuern Indirekte Steuern		Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in	%
		Bundesrepublil	Deutschland		
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4
2008	561,2	290,2	270,9	51,7	48,3
2009	524,0	253,5	270,5	48,4	51,6
2010	530,6	256,0	274,6	48,2	51,8
2011 <sup>2</sup>	571,2	281,0	290,2	49,2	50,8
2012 <sup>2</sup>	592,0	296,3	295,7	50,0	50,0
2013 <sup>2</sup>	613,2	312,5	300,7	51,0	49,0
2014 <sup>2</sup>	635,8	328,8	306,9	51,7	48,3
2015 <sup>2</sup>	658,5	345,2	313,3	52,4	47,6
2016 <sup>2</sup>	680,0	361,2	318,9	53,1	46,9

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

Stand: November 2011.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Steuerschätzung vom 2. bis 4. November 2011.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 9: Entwicklung der Steuer- und Abgabequoten<sup>1</sup> (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Volk Gesamtrech		Abgrenzung der Finanzstatistik <sup>3</sup>			
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote Abgabenquote			
Jahr	stederquote	in Relation zu				
1960	23,0	33,4	22,6	32,2		
1965	23,5	34,1	23,1	33,1		
1970	23,0	34,8	21,8	32,6		
1975	22,8	38,1	22,5	36,9		
1980	23,8	39,6	23,7	38,6		
1981	22,8	39,1	22,9	38,3		
1982	22,5	39,1	22,5	38,1		
1983	22,5	38,7	22,6	37,9		
1984	22,6	38,9	22,5	37,8		
1985	22,8	39,1	22,7	38,		
1986	22,3	38,6	22,3	37,		
1987	22,5	39,0	22,5	38,		
1988	22,2	38,6	22,2	37,		
1989	22,7	38,8	22,8	37,		
1990	21,6	37,3	22,2	37,		
1991	22,0	38,9	22,0	38,		
1992	22,3	39,6	22,7	39,		
1993	22,4	40,1	22,6	39,		
1994	22,3	40,5	22,5	39,		
1995	21,9	40,5	22,5	40,		
1996	21,8	41,0	21,8	40,		
1997	21,5	41,0	21,3	39,		
1998	22,1	41,3	21,7	39,		
1999	23,3	42,3	22,6	40,		
2000	23,5	42,1	22,8	40,		
2001	21,9	40,2	21,3	38,		
2002	21,5	39,9	20,7	38,		
2003	21,6	40,1	20,6	38,		
2004	21,1	39,2	20,2	37,		
2005	21,4	39,2	20,3	37,		
2006	22,2	39,5	21,1	38,		
2007	23,0	39,5	22,2	37,		
2008	23,1	39,7	22,7	38,		
2009	23,0	40,3	22,1	38,		
2010	22,2	39,1	21,4	37,		
2011	22,9	39,8	22 1/2	3		

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

2007 bis 2010 vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2011.

 $<sup>^2</sup>$  Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). Ab 1991 nach neuer Methodik berechnet.

<sup>2011:</sup> Vorläufiges Ergebnis; Stand: Februar 2012.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Bis 2007 Rechnungsergebnisse. 2008 bis 2010: Kassenergebnisse. 2011: Schätzung.

Tabelle 10: Entwicklung der Staatsquote<sup>1,2</sup>

	Ausgaben des Staates							
I. b	darunter							
Jahr	insgesamt	Gebietskörperschaften <sup>3</sup>	Sozialversicherung <sup>3</sup>					
	in Relation zum BIP in %							
1960	32,9	21,7	1					
1965	37,1	25,4	1					
1970	38,5	26,1	1					
1975	48,8	31,2	1					
1980	46,9	29,6	1					
1981	47,5	29,7	1					
1982	47,5	29,4	1					
1983	46,5	28,8	1					
1984	45,8	28,2	1					
1985	45,2	27,8	1					
1986	44,5	27,4	1					
1987	45,0	27,6	1					
1988	44,6	27,0	1					
1989	43,1	26,4	1					
1990	43,6	27,3	1					
1991	46,2	28,2	1					
1992	47,1	27,9	1					
1993	48,1	28,2	1					
1994	48,0	28,0	2					
1995	48,2	27,7	2					
1996	49,1	27,6	2					
1997	48,2	27,0	2					
1998	48,0	26,9	2					
1999	48,2	27,0	2					
2000	47,6	26,4	2					
2000 <sup>4</sup>	45,1	23,9	2					
2001	47,6	26,3	2					
2002	47,9	26,2	2					
2003	48,5	26,4	2					
2004	47,1	25,8	2					
2005	46,9	26,0	2					
2006	45,3	25,4	1					
2007	43,5	24,5	1					
2008	44,0	25,0	1					
2009	48,1	27,0	2					
2010 <sup>4</sup>	47,9	27,4	2					
2011	45,6	26,0	1:					

 $<sup>^{\</sup>rm 1}$  Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). Ab 1991 nach neuer Methodik berechnet. 2007 bis 2010 vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2011. 2011: Vorläufige Ergebnis; Stand: Februar 2012.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Einschließlich der Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen. In der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wirken diese Erlöse ausgabensenkend.

Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			Sc	chulden (Mio. €)			
Öffentlicher Gesamthaushalt <sup>2</sup>	1 357 723	1 429 750	1 489 852	1 545 364	1 552 371	1 577 881	1 694 93
Bund	826 526	869332	903 281	950 338	957270	985 749	1 053 81
Kernhaushalte	767 697	812 082	887 915	919 304	940 187	959 918	991 28
Kreditmarktmittel iwS	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	973 73
Kassenkredite	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749	1754
Extrahaushalte	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 53
Kreditmarktmittel iwS	58 829	57 250	15 3 6 6	30 056	15 600	23 700	59 53
Kassenkredite	-	-	-	978	1 483	2 131	2 99
Länder	423 666	448 622	471 339	482 783	484 475	483 268	526 74
Kernhaushalte	423 666	448 622	471 339	481 787	483 351	481 918	505 34
Kreditmarktmittel iwS	414 952	442 922	468 214	479 454	480 941	478 738	503 00
Kassenkredite	8 714	5 700	3 125	2 3 3 3	2 410	3 180	2 33
Extrahaushalte	-	-	-	996	1 124	1 350	21 39
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	986	1124	1325	2082
Kassenkredite	-	-	-	10	-	25	57
Gemeinden	107 531	111 796	115 232	112 243	110 627	108 864	113 81
Kernhaushalte	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 182	111 03
Kreditmarktmittel iwS	84069	84 257	83 804	81 877	79 239	76 381	7638
Kassenkredite	15 964	19936	23 882	27 664	28 776	29 801	34 65
Extrahaushalte	7 498	7 603	7 5 4 6	2 702	2 612	2 682	2 77
Kreditmarktmittel iwS	7 429	7 531	7 467	2 649	2 560	2 6 2 6	2 72
Kassenkredite	69	72	79	53	52	56	4
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	531 197	560 418	586 571	595 026	595 102	592 132	640 55
Maastricht-Schuldenstand	1 383 997	1 455 032	1 526 322	1 574 709	1 582 466	1 649 046	1 767 74
nachrichtlich:							
Extrahaushalte des Bundes	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 53
ERP-Sondervermögen	19 261	18 200	15 066	14357	-		
Fonds "Deutsche Einheit"	39 099	38 650	-	-	-	-	
Entschädigungsfonds	469	400	300	199	100	-	
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	-	-	-	16 478	16 983	17 631	18 49
SoFFin	-	-	-	-	-	8 200	36 54
Investitions- und Tilgungsfonds	-	-	-	-	-	_	7 49
FMS Wertmanagement							

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# noch Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009		
	Schulden (Mio. €)								
Gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	56		
Kernhaushalte	-	-	-	-	-	-	53		
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	-	-	-	53		
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-			
Extrahaushalte	-	-	-	-	-	-	;		
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	-	-	-	;		
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-			
			Anteil a	ın den Schulden	(in %)				
Bund	60,9	64,0	66,5	70,0	70,5	72,6	77		
Kernhaushalte	56,5	59,8	65,4	67,7	69,2	70,7	73		
Extrahaushalte	4,3	4,2	1,1	2,3	1,3	1,9	4		
Länder	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,6	31		
Gemeinden	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	6		
Gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0		
nachrichtlich:									
Länder + Gemeinden	39,1	39,2	39,4	38,5	38,3	37,5	37		
	Anteil der Schulden am BIP (in %)								
Öffentlicher Gesamthaushalt	63,2	65,1	67,0	66,8	63,9	63,8	71		
Bund	38,5	39,6	40,6	41,1	39,4	39,8	44		
Kernhaushalte	35,7	39,6	40,6	41,1	39,4	39,8	44		
Extrahaushalte	2,7	2,6	0,7	1,3	0,7	1,0	2		
Länder	19,7	20,4	21,2	20,9	19,9	19,5	22		
Gemeinden	5,0	5,1	5,2	4,9	4,6	4,4	4		
Gesetziche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0		
nachrichtlich:									
Länder + Gemeinden	24,7	25,5	26,4	25,7	24,5	23,9	27		
Maastricht-Schuldenstand	64,4	66,2	68,5	67,9	65,0	66,5	74		
			Schu	lden insgesamt	(€)				
je Einwohner	16 454	17 331	18 066	18 761	18 871	19 213	2070		
nachrichtlich:									
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 147,5	2 195,7	2 224,4	2 313,9	2 428,5	2 473,8	2 3 7 4		
Einwohner 30.06.	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	81 861 86		

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

 $<sup>^{\</sup>rm 2}\,\rm Kredit markt schulden$  im weiteren Sinne zzgl. Kassenkredite.

noch Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte<sup>1</sup> Neue Systematik

	2009	2010	2009	2010	2009	2010
	in Mi	o.€	in % der Schulden insgesamt		in % des BIP	
Öffentlicher Gesamthaushalt <sup>2</sup>		2 011 537				81,2
Bund						
Kern- und Extrahaushalte		1 287 460		64,0		52,0
Wertpapierschulden und Kredite	1 032 599	1 271 204		63,2	43,5	51,3
Kassenkredite		16256		0,8		0,7
Kernhaushalte		1 035 647		51,5		41,8
Wertpapierschulden und Kredite	973 067	1 022 192		50,8	41,0	41,3
Kassenkredite		13 454		0,7		0,5
Extrahaushalte		251 813		12,5		10,2
Wertpapierschulden und Kredite	59 533	249 011		12,4	2,6	10,1
Kassenkredite		2 802		0,1		0,1
im Einzelnen:						
Entschädigungsfonds	0	0		0,0	0,0	0,0
SoFFin	36 540	28 552		1,4	1,5	1,2
Investitions- und Tilgungsfonds	7493	13 991		0,7	0,3	0,6
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation		17302		0,9		0,7
Wertpapierschulden und Kredite	15 500	14500		0,7	0,7	0,6
Kassenkredite		2 802		0,1		0,1
FMS Wertmanagement		191 968		9,5		7,8
Länder						
Kern- und Extrahaushalte		599 970		29,8		24,2
Wertpapierschulden und Kredite		595 039		29,6		24,0
Kassenkredite		4930		0,2		0,2
Kernhaushalte		524 182		26,1		21,2
Wertpapierschulden und Kredite	498 655	519 347		25,8	21,0	21,0
Kassenkredite		4835		0,2		0,2
Extrahaushalte		75 788		3,8		3,1
Wertpapierschulden und Kredite	27 702	75 692		3,8	1,2	3,1
Kassenkredite		95		0,0		0,0

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# noch Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte<sup>1</sup> Neue Systematik

	2009	2010	2009	2010	2009	2010
	in M	io.€	in % der S insges		in%d	es BIP
Gemeinden						
Kernhaushalte, Zweckverbände und Extrahaushalte		123 569		6,1		5,0
Wertpapierschulden und Kredite		84 363		4,2		3,4
Kassenkredite		39 206		1,9		1,6
Kernhaushalte		115 253		5,7		4,7
Wertpapierschulden und Kredite	75 037	76 326		3,8	3,2	3,1
Kassenkredite		38 927		1,9		1,6
Zweckverbände <sup>3</sup>		1602		0,1		0,1
Wertpapierschulden und Kredite	1 428	1 551		0,1	0,1	0,1
Kassenkredite		52		0,0		0,0
Sonstige Extrahaushalte der Gemeinden		6713		0,3		0,3
Wertpapierschulden und Kredite	6 322	6 486		0,3	0,3	0,3
Kassenkredite		227		0,0		0,0
Gesetzliche Sozialversicherung						
Kern- und Extrahaushalte		539		0,0		0,0
Wertpapierschulden und Kredite		539		0,0		0,0
Kassenkredite		0		0,0		0,0
Kernhaushalte		506		0,0		0,0
Wertpapierschulden und Kredite	531	506		0,0	0,0	0,0
Kassenkredite		0		0,0		0,0
Extrahaushalte <sup>4</sup>		32		0,0		0,0
Wertpapierschulden und Kredite	36	32		0,0	0,0	0,0
Kassenkredite		0		0,0		0,0
chulden insgesamt (Euro)						
je Einwohner		24 606				
Maastricht-Schuldenstand	1 767 744	2 061 795			74,4	83,2
achrichtlich:						
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. Euro)	2 375	2 477				
Einwohner 30.06.	81 861 862	81 750 716				

 $<sup>^{1}</sup> Auf \, Grund \, method is cher \, \ddot{A}nderungen \, und \, Erweiterung \, des \, Berichtskreises \, nur \, eingeschränkt \, mit \, den \, Vorjahren \, vergleichbar.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Einschl. aller öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors.

 $<sup>^3</sup>$  Zweckverbände des Staatssektors unabhängig von der Art des Rechnungswesens.

 $<sup>^4\,\</sup>mathrm{Nur}\,\mathrm{Extra}\mathrm{haus}\mathrm{halte}\,\mathrm{der}\,\mathrm{gesetzlichen}\,\mathrm{Sozialversicherung}\,\mathrm{unter}\,\mathrm{Bundesaufsicht.}$ 

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 12: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte<sup>1</sup>

		Abgrenzung	der Volkswirtscha	ftlichen Gesamt	rechungen²		Abgrenzung der Finanzstatistik			
Jahr	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Öffentlicher	Gesamthaushalt³		
		in Mrd. €		in	Relation zum BIP ir	1%	in Mrd. €	in Relation zun BIP in %		
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	-	-		
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-4,8	-2,0		
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,1	-1,1		
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-32,6	-5,9		
1976	-20,4	-20,1	-0,3	-3,4	-3,4	-0,1	-24,6	-4,1		
1977	-15,9	-13,1	-2,8	-2,5	-2,1	-0,4	-15,9	-2,5		
1978	-17,5	-15,8	-1,7	-2,6	-2,3	-0,3	-20,3	-3,0		
1979	-19,6	-19,0	-0,6	-2,7	-2,6	-0,1	-23,8	-3,2		
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7		
1981	-32,2	-34,5	2,2	-3,9	-4,2	0,3	-38,7	-4,7		
1982	-29,6	-32,4	2,8	-3,4	-3,8	0,3	-35,8	-4,2		
1983	-25,7	-25,0	-0,7	-2,9	-2,8	-0,1	-28,3	-3,1		
1984	-18,7	-17,8	-0,8	-2,0	-1,9	-0,1	-23,8	-2,5		
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0		
1986	-11,9	-16,2	4,2	-1,1	-1,6	0,4	-21,6	-2,1		
1987	-19,3	-22,0	2,7	-1,8	-2,1	0,3	-26,1	-2,5		
1988	-22,2	-22,3	0,1	-2,0	-2,0	0,0	-26,5	-2,4		
1989	1,0	-7,3	8,2	0,1	-0,6	0,7	-13,8	-1,2		
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7		
1991	-43,9	-54,9	11,1	-2,9	-3,6	0,7	-62,8	-4,1		
1992	-40,3	-38,5	-1,8	-2,4	-2,3	-0,1	-59,2	-3,6		
1993	-50,5	-53,3	2,8	-3,0	-3,1	0,2	-70,5	-4,2		
1994	-44,2	-45,9	1,7	-2,5	-2,6	0,1	-59,5	-3,3		
1995	-55,8	-48,3	-7,5	-3,0	-2,6	-0,4	-55,9	-3,0		
1996	-62,8	-56,5	-6,3	-3,4	-3,0	-0,3	-62,3	-3,3		
1997	-52,6	-53,8	1,1	-2,8	-2,8	0,1	-48,1	-2,5		
1998	-45,8	-48,1	2,4	-2,3	-2,5	0,1	-28,8	-1,5		
1999	-32,2	-36,9	4,8	-1,6	-1,8	0,2	-26,9	-1,3		
2000	-27,5	-27,4	-0,1	-1,3	-1,3	0,0	-34,0	-1,7		
2000 <sup>4</sup>	23,3	23,4	-0,1	1,1	1,1	0,0	-	-		
2001	-64,6	-60,4	-4,3	-3,1	-2,9	-0,2	-46,6	-2,2		
2002	-82,0	-76,0	-6,1	-3,8	-3,6	-0,3	-56,8	-2,7		
2003	-89,1	-82,3	-6,8	-4,2	-3,8	-0,3	-67,9	-3,2		
2004	-82,6	-81,7	-0,9	-3,8	-3,7	0,0	-65,5	-3,0		
2005	-74,1	-70,1	-4,0	-3,3	-3,2	-0,2	-52,5	-2,4		
2006	-38,2	-43,2	5,0	-1,7	-1,9	0,2	-40,5	-1,8		
2007	5,5	-5,3	10,8	0,2	-0,2	0,4	-0,6	0,0		
2008	-1,4	-8,6	7,2	-0,1	-0,3	0,3	-10,4	-0,4		
2009	-76,1	-60,9	-15,2	-3,2	-2,6	-0,6	-92,0	-3,9		
2010 <sup>4</sup>	-106,0	-108,3	2,3	-4,3	-4,4	0,1	-80,5	-3,3		
2011	-25,3	-40,4	15,1	-1,0	-1,6	0,6	-27	-1		

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). Ab 1991 nach neuer Methodik berechnet. 2007 bis 2010 vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2011. 2011: Vorläufiges Ergebnis; Stand: Februar 2012.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Ohne Sozialversicherungen, ab 1997 ohne Krankenhäuser. Bis 2008 Rechnungsergebniss, 2009 bis 2010 Kassenergebnisse. 2011: Schätzung.

 $<sup>^4\,\</sup>rm Einschließlich$  der Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden<sup>1</sup>

	in% des BIP												
Land	1980	1985	1990	1995	2000²	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013	
Deutschland	-2,9	-1,1	-1,9	-3,0	-1,4	-3,3	-0,1	-3,2	-4,3	-1,3	-1,0	-0,7	
Belgien	-9,4	-10,1	-6,7	-4,5	0,0	-2,7	-1,3	-5,8	-4,1	-3,6	-4,6	-4,5	
Estland	-	-	-	1,1	-0,2	1,6	-2,9	-2,0	0,2	0,8	-1,8	-0,8	
Griechenland	-	-	-14,2	-9,1	-3,7	-5,5	-9,8	-15,8	-10,6	-8,9	-7,0	-6,8	
Spanien	-	-	-	-7,2	-1,0	1,3	-4,5	-11,2	-9,3	-6,6	-5,9	-5,3	
Frankreich	-0,3	-3,1	-2,5	-5,5	-1,5	-2,9	-3,3	-7,5	-7,1	-5,8	-5,3	-5,1	
Irland	-	-10,7	-2,8	-2,1	4,7	1,7	-7,3	-14,2	-31,3	-10,3	-8,6	-7,8	
Italien	-7,0	-12,4	-11,4	-7,5	-2,0	-4,4	-2,7	-5,4	-4,6	-4,0	-2,3	-1,2	
Zypern	-	-	-	-0,9	-2,3	-2,4	0,9	-6,1	-5,3	-6,7	-4,9	-4,7	
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,0	3,0	-0,9	-1,1	-0,6	-1,1	-0,9	
Malta	-	-	-	-4,2	-5,8	-2,9	-4,6	-3,7	-3,6	-3,0	-3,5	-3,6	
Niederlande	-3,9	-3,6	-5,3	-4,3	1,3	-0,3	0,5	-5,6	-5,1	-4,3	-3,1	-2,7	
Österreich	-1,6	-2,7	-2,5	-5,8	-2,1	-1,7	-0,9	-4,1	-4,4	-3,4	-3,1	-2,9	
Portugal	-6,9	-8,4	-6,1	-5,0	-3,2	-5,9	-3,6	-10,1	-9,8	-5,8	-4,5	-3,2	
Slowakei	-	-	-	-3,4	-12,3	-2,8	-2,1	-8,0	-7,7	-5,8	-4,9	-5,0	
Slowenien	-	-	-	-8,3	-3,7	-1,5	-1,9	-6,1	-5,8	-5,7	-5,3	-5,7	
Finnland	3,8	3,5	5,4	-6,2	6,8	2,7	4,3	-2,5	-2,5	-1,0	-0,7	-0,7	
Euroraum	-	-	-	-5,0	-1,2	-2,5	-2,1	-6,4	-6,2	-4,1	-3,4	-3,0	
Bulgarien	-	-	-	-8,0	-0,5	1,0	1,7	-4,3	-3,1	-2,5	-1,7	-1,3	
Dänemark	-2,3	-1,4	-1,3	-2,9	2,3	5,2	3,2	-2,7	-2,6	-4,0	-4,5	-2,1	
Lettland	-	-	6,8	-1,6	-2,8	-0,4	-4,2	-9,7	-8,3	-4,2	-3,3	-3,2	
Litauen	-	-	-	-1,5	-3,2	-0,5	-3,3	-9,5	-7,0	-5,0	-3,0	-3,4	
Polen	-	-	-	-4,4	-3,0	-4,1	-3,7	-7,3	-7,8	-5,6	-4,0	-3,1	
Rumänien	-	-	-	-2,0	-4,7	-1,2	-5,7	-9,0	-6,9	-4,9	-3,7	-2,9	
Schweden	-	-	-	-7,4	3,6	2,2	2,2	-0,7	0,2	0,9	0,7	0,9	
Tschechien	-	-	-	-12,8	-3,6	-3,2	-2,2	-5,8	-4,8	-4,1	-3,8	-4,0	
Ungarn	-	-	-	-8,8	-3,0	-7,9	-3,7	-4,6	-4,2	3,6	-2,8	-3,7	
Vereinigtes Königreich	-3,2	-2,8	-1,8	-5,9	1,2	-3,4	-5,0	-11,5	-10,3	-9,4	-7,8	-5,8	
EU	-	-	-	5,2	-0,6	-2,5	-2,4	-6,9	-6,6	-4,7	-3,9	-3,2	
Japan	-	-1,4	2,0	-4,7	-7,6	-6,7	-2,2	-8,7	-6,8	-7,2	-7,4	-7,2	
USA	-2,3	-4,9	-4,1	-3,2	1,5	-3,2	-6,4	-11,5	-10,6	-10,0	-8,5	-5,0	

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

Quellen:

 $F\"{u}r\ die\ Jahre\ 1980\ bis\ 2005: EU-Kommission, "Europ\"{a}ische\ Wirtschaft", Statistischer\ Anhang,\ November\ 2011.$ 

 $F\ddot{u}r~die~Jahre~ab~2008:~EU-Kommission,~Herbstprognose,~November~2011.$ 

 $<sup>^{2}\,\</sup>mathrm{Alle}\,\mathrm{Angaben}$  ohne einmalige UMTS-Erlöse.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Staatsschulden quoten im internationalen Vergleich

Land	in% des BIP												
Land	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013	
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	60,2	68,5	66,7	74,4	83,2	81,7	81,2	79,9	
Belgien	74,0	115,0	125,6	130,2	107,8	92,0	89,3	95,9	96,2	97,2	99,2	100,3	
Estland	-	-	-	8,2	5,1	4,6	4,5	7,2	6,7	5,8	6,0	6,1	
Griechenland	22,5	48,3	71,7	97,9	104,4	101,2	113,0	129,3	144,9	162,8	198,3	198,5	
Spanien	16,5	41,4	42,7	63,3	59,3	43,0	40,1	53,8	61,0	69,6	73,8	78,0	
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,4	57,4	66,7	68,2	79,0	82,3	85,4	89,2	91,7	
Irland	69,0	100,6	93,1	82,1	37,5	27,2	44,3	65,2	94,9	108,1	117,5	121,1	
Italien	56,9	80,5	94,7	121,5	108,5	105,4	105,8	115,5	118,4	120,5	120,5	118,7	
Zypern	-	-	-	51,8	59,6	69,4	48,9	58,5	61,5	64,9	68,4	70,9	
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,2	6,1	13,7	14,8	19,1	19,5	20,2	20,3	
Malta	-	-	-	35,3	55,0	69,7	62,2	67,8	69,0	69,6	70,8	71,5	
Niederlande	45,3	69,7	76,8	76,1	53,8	51,8	58,5	60,8	62,9	64,2	64,9	66,0	
Österreich	35,3	48,0	56,1	68,2	66,2	64,2	63,8	69,5	71,8	72,2	73,3	73,7	
Portugal	29,6	56,5	53,3	59,2	48,5	62,8	71,6	83,0	93,3	101,6	111,0	112,1	
Slowakei	-	-	-	22,1	50,3	34,2	27,8	35,5	41,0	44,5	47,5	51,1	
Slowenien	-	-	-	18,6	26,3	26,7	21,9	35,3	38,8	45,5	50,1	54,6	
Finnland	11,3	16,0	14,0	56,6	43,8	41,7	33,9	43,3	48,3	49,1	51,8	53,5	
Euroraum	33,4	50,3	56,5	72,1	69,2	70,2	70,1	79,8	85,6	88,0	90,4	90,9	
Bulgarien	-	-	-	-	72,5	27,5	13,7	14,6	16,3	17,5	18,3	18,5	
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,6	52,4	37,8	34,5	41,8	43,7	44,1	44,6	44,8	
Lettland	-	-	-	15,1	12,4	12,5	19,8	36,7	44,7	44,8	45,1	47,1	
Litauen	-	-	-	11,4	23,6	18,3	15,5	29,4	38,0	37,7	38,5	39,4	
Polen	-	-	-	49,0	36,8	47,1	47,1	50,9	54,9	56,7	57,1	57,5	
Rumänien	-	-	-	6,6	22,5	15,8	13,4	23,6	31,0	34,0	35,8	35,9	
Schweden	39,4	61,0	41,2	72,8	53,9	50,4	38,8	42,7	39,7	36,3	34,6	32,4	
Tschechien	-	-	-	14,0	17,9	28,4	28,7	34,4	37,6	39,9	41,9	44,0	
Ungarn	-	-	-	85,6	56,1	61,7	72,9	79,7	81,3	75,9	76,5	76,7	
Vereinigtes Königreich	52,7	51,8	33,3	51,2	41,0	42,5	54,8	69,6	79,9	84,0	88,8	85,9	
EU	-	-	-	69,7	61,9	62,8	62,5	74,7	80,3	82,5	84,9	84,9	
Japan	48,4	69,4	63,9	86,2	135,4	175,3	174,1	194,1	197,6	206,2	210,0	215,7	
USA	42,2	55,9	63,6	71,2	54,8	61,8	71,8	85,8	95,2	101,0	105,6	107,1	

#### Quellen:

Für die Jahre 1980 bis 2005 - EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Nov. 2011; für USA und Japan alle Jahre. Für die Jahre ab 2007 - EU-Kommission, Herbstprognose, Nov. 2011.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Steuerquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

land					Steu	ıern in % des I	BIP				
Land	1965	1975	1985	1990	1995	2000	2005	2007	2008	2009	2010
Deutschland <sup>2,3</sup>	23,1	22,6	22,9	21,8	22,7	22,8	21,0	22,8	23,1	22,9	22,1
Belgien	21,3	27,6	30,3	28,0	29,2	30,9	30,9	30,1	30,2	28,7	29,6
Dänemark	28,8	38,2	44,8	45,6	47,7	47,6	49,7	47,9	47,1	47,1	47,2
Finnland	28,3	29,1	31,1	32,5	31,6	35,3	31,9	31,1	30,9	29,9	29,6
Frankreich	22,5	21,1	24,3	23,5	24,4	28,4	27,8	27,5	27,3	25,7	26,3
Griechenland	12,2	13,7	16,4	18,3	19,5	23,6	20,6	20,9	20,5	19,8	20,2
Irland	23,3	24,8	29,5	28,2	27,8	27,0	25,7	26,2	23,9	22,2	22,3
Italien	16,8	13,7	22,0	25,4	27,5	30,2	28,3	30,4	29,8	29,7	29,4
Japan	14,1	14,7	18,9	21,3	17,8	17,5	17,3	18,0	17,4	15,9	-
Kanada	24,3	28,8	28,1	31,5	30,6	30,8	28,4	28,2	27,5	27,0	26,2
Luxemburg	18,8	23,1	29,1	26,0	27,3	29,1	27,1	25,8	25,5	26,3	25,8
Niederlande	22,7	25,1	23,7	26,9	24,1	24,2	25,4	25,3	24,7	24,4	-
Norwegen	26,1	29,5	33,8	30,2	31,3	33,7	34,6	34,5	33,9	32,8	33,0
Österreich	25,4	26,5	27,8	26,6	26,5	28,4	27,7	27,7	28,5	27,8	27,5
Polen	-	-	-	-	25,2	19,8	20,7	22,8	22,9	20,4	-
Portugal	12,4	12,5	18,1	19,6	21,6	22,9	22,7	24,0	23,8	21,6	22,3
Schweden	29,2	33,2	35,6	38,0	34,4	37,9	35,8	35,0	34,9	35,3	34,4
Schweiz	14,9	19,0	19,9	19,7	20,2	22,7	22,2	22,1	22,4	22,6	22,9
Slowakei	-	-	-	-	25,3	19,9	18,8	17,7	17,4	16,3	16,1
Slowenien	-	-	-	-	22,3	23,1	24,4	24,0	23,0	22,4	22,5
Spanien	10,5	9,7	16,3	21,0	20,5	22,3	23,7	25,2	21,2	18,6	19,7
Tschechien	-	-	-	-	22,0	19,6	21,5	21,1	20,0	19,4	19,3
Ungarn	-	-	-	-	26,7	27,8	25,7	27,2	27,1	27,4	26,1
Vereinigtes Königreich	25,7	28,8	30,4	29,5	28,0	30,2	29,0	29,4	28,9	27,6	28,3
USA	21,4	20,3	19,1	20,5	20,9	22,6	20,5	21,4	19,8	17,6	18,3

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2010, Paris 2011.

Stand: Dezember 2011.

 $<sup>^2 \,</sup> Nicht \, vergleich bar \, mit \, Quoten \, in \, der \, Abgrenzung \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, deutschen \, Finanzstatistik, \, werden \, Finanzstatistik \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, deutschen \, Finanzstatistik \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, Deutschen \, Finanzstatistik \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, Oder \, Deutschen \, Finanzstatistik \, Deutschen \, Finanzstatistik \, Deutschen \, Finanzstatistik \, Deutschen \, Deutschen$ 

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Abgabenquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Lorent	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP										
Land	1970	1980	1990	2000	2005	2008	2009	2010			
Deutschland <sup>2,3</sup>	31,5	36,4	34,8	37,5	35,0	36,4	37,3	36,3			
Belgien	33,9	41,3	42,0	44,7	44,6	44,1	43,2	43,8			
Dänemark	38,4	43,0	46,5	49,4	50,8	48,1	48,1	48,2			
Finnland	31,6	35,8	43,7	47,2	43,9	42,9	42,6	42,1			
Frankreich	34,2	40,2	42,0	44,4	44,1	43,5	42,4	42,9			
Griechenland	20,0	21,6	26,2	34,0	31,9	31,5	30,0	30,9			
Irland	28,4	31,0	33,1	31,2	30,3	29,1	27,8	28,0			
Italien	25,7	29,7	37,8	42,2	40,8	43,3	43,4	43,0			
Japan	19,5	25,1	29,0	27,0	27,4	28,3	26,9	-			
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	33,4	32,2	32,0	31,0			
Luxemburg	23,5	35,7	35,7	39,1	37,6	35,5	37,6	36,7			
Niederlande	35,6	42,9	42,9	39,6	38,4	39,1	38,2	-			
Norwegen	34,5	42,4	41,0	42,6	43,5	42,9	42,9	42,8			
Österreich	33,8	38,9	39,7	43,0	42,1	42,8	42,7	42,0			
Polen	-	-	-	32,8	33,0	34,2	31,8	-			
Portugal	17,8	22,2	26,9	30,9	31,2	32,5	30,6	31,3			
Schweden	37,8	46,4	52,3	51,4	48,9	46,4	46,7	45,8			
Schweiz	19,7	25,2	25,8	30,0	29,2	29,1	29,7	29,8			
Slowakei	-	-	-	34,1	31,5	29,4	29,0	28,4			
Slowenien	-	-	-	37,3	38,6	37,0	37,4	37,7			
Spanien	15,9	22,6	32,5	34,2	35,7	33,3	30,6	31,7			
Tschechien	-	-	-	35,2	37,5	36,0	34,7	34,9			
Ungarn	-	-	-	39,3	37,3	40,1	39,9	37,6			
Vereinigtes Königreich	36,7	34,8	35,5	36,3	35,7	35,7	34,3	35,0			
USA	27,0	26,4	27,4	29,5	27,1	26,3	24,1	24,8			

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2010, Paris 2011.

Stand: Dezember 2011.

 $<sup>^2 \,</sup> Nicht \, vergleich bar \, mit \, Quoten \, in \, der \, Abgrenzung \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, deutschen \, Finanzstatistik.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 17: Staatsquoten im internationalen Vergleich

					Gesamtau	sgaben des	Staates in S	% des BIP				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland <sup>1</sup>	45,2	43,6	48,4	45,1	46,9	43,5	44,0	48,1	47,9	45,7	45,5	45,0
Belgien	58,4	52,2	52,1	49,0	51,9	48,3	49,9	53,7	52,8	52,3	53,1	53,0
Estland	-		41,3	36,1	33,6	34,0	39,5	45,2	40,6	38,4	40,4	38,9
Finnland	46,5	48,1	61,4	48,3	49,9	47,1	48,9	55,2	54,9	54,3	54,4	54,7
Frankreich	51,9	49,6	54,4	51,7	53,5	52,6	53,3	56,7	56,6	56,6	57,1	56,9
Griechenland	-	45,2	46,2	47,1	44,4	47,3	50,5	53,8	50,1	50,3	49,5	49,4
Irland	53,2	42,8	41,4	31,2	33,8	36,6	42,8	48,9	66,8	45,7	43,9	42,9
Italien	49,8	52,9	52,5	45,8	47,9	47,7	48,6	51,7	50,4	49,7	49,2	48,6
Luxemburg	-	37,7	39,7	37,6	41,5	36,3	37,1	43,0	42,5	43,2	44,6	44,9
Malta	-	-	39,7	40,3	44,6	42,7	44,0	43,3	42,9	42,4	42,7	42,4
Niederlande	57,3	54,9	51,6	44,2	44,8	45,2	46,2	51,6	51,3	50,3	49,9	50,0
Österreich	53,5	51,5	56,2	51,8	49,9	48,5	49,3	52,9	52,5	51,5	51,4	51,0
Portugal	37,5	38,5	41,5	41,1	45,8	44,3	44,7	49,9	51,3	49,1	47,2	45,4
Slowenien	-	-	52,3	46,5	45,3	42,5	44,2	49,3	50,1	51,0	50,5	50,9
Spanien	-	-	44,5	39,2	38,4	39,2	41,5	46,3	45,6	43,0	42,3	41,9
Zypern	-	-	33,4	37,1	43,1	41,3	42,1	46,2	46,4	46,8	45,1	44,8
Euroraum	-	-	50,6	46,1	47,3	46,0	47,1	51,2	50,9	49,4	49,2	48,8
Bulgarien	-	-	45,4	41,3	37,3	39,8	38,3	40,7	38,1	37,0	36,1	35,4
Dänemark	55,5	55,4	59,3	53,6	52,6	50,8	51,9	58,3	58,3	58,0	58,5	56,7
Lettland	-	31,6	38,6	37,6	35,8	35,9	39,1	44,2	44,4	41,4	40,4	38,5
Litauen	-	-	34,2	38,9	33,2	34,6	37,2	43,8	40,9	38,2	37,1	37,3
Polen	-	-	47,7	41,1	43,4	42,2	43,2	44,5	45,4	45,2	44,8	44,0
Rumänien	-	-	34,1	38,6	33,6	38,2	39,3	41,1	40,9	38,8	38,4	37,9
Schweden	-	-	65,0	55,1	53,6	50,9	51,7	54,8	52,6	51,2	51,4	51,1
Slowakei	-	-	48,6	52,1	38,0	34,2	34,9	41,5	40,0	38,9	38,5	37,7
Tschechien	-	-	53,0	41,6	43,0	41,0	41,2	44,9	44,2	43,6	43,7	43,7
Ungarn	-	-	55,8	47,7	50,1	50,7	49,2	51,5	49,4	48,5	48,8	48,6
Vereinigtes Königreich	48,7	41,1	43,9	36,8	44,1	43,9	47,9	51,5	50,6	49,8	48,6	47,2
EU-27	-	-	50,2	44,7	46,8	45,6	47,1	51,0	50,6	49,3	49,0	48,4
USA	36,8	37,2	37,1	33,9	36,3	36,8	39,1	42,7	42,5	42,1	41,2	39,3
Japan	32,7	31,6	36,0	39,0	38,4	35,9	37,2	42,0	41,1	42,8	43,4	44,2

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>1985 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Stand: November 2011.

Quelle: EU-Kommission "Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft".

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2011 bis 2012

		Eu-Haush	nalt 2011 <sup>1</sup>			EU-Haus	shalt 2012 <sup>2</sup>	
	Verpflichtu	ıngen	Zahlun	gen	Verpflicht	tungen	Zahlu	ngen
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Rubrik								
1. Nachhaltiges Wachstum	64 504,4	45,4	53 629,0	42,3	68 155,6	46,1	55 336,7	42,9
davon Globalisierungsanpassungsfonds	500,0	0,4	47,6	-	500,0	0,3	50,0	0,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	58 659,2	41,3	55 983,9	44,2	59 975,8	40,6	57 034,2	44,2
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	2 059,9	1,4	1 700,1	1,3	2 065,2	1,4	1 484,3	1,1
4. Die EU als globaler Akteur	8 759,3	6,2	7 242,5	5,7	9 405,9	6,4	6 955,1	5,4
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	253,9	0,2	100,0	0,1	258,9	0,2	110,0	0,1
5. Verwaltung	8 172,8	5,7	8 171,5	6,4	8 279,6	5,6	8 277,7	6,4
Gesamtbetrag	142 155,7	100,0	126 727,1	100,0	147 882,2	100,0	129 088,0	100,0

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> EU-Haushalt 2011 (einschl. Berichtigungshaushaltspläne Nrn. 1-6/2011).

# noch Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2011 bis 2012

	Differe	nz in %	Differenz in Mio. €				
	SP. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4			
Rubrik	10	11	12	13			
1. Nachhaltiges Wachstum	5,7	3,2	3 651,2	1 707,7			
davon Globalisierungsanpassungsfonds	0,0	100,0	0,0	50,0			
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	2,2	1,9	1 316,5	1 050,3			
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	0,3	- 12,7	5,4	- 215,8			
4. Die EU als globaler Akteur	7,4	-4,0	646,6	-287,4			
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	2,0	10,0	5,0	10,0			
5. Verwaltung	1,3	1,3	106,8	106,2			
Gesamtbetrag	4,0	1,9	5 726,5	2.360,9			

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> EU-Haushalt 2012 (endgültig festgestellter Haushalt vom 1. Dezember 2011 einschl. Entwurf Berichtigungshaushaltsplan Nr. 1/2012).

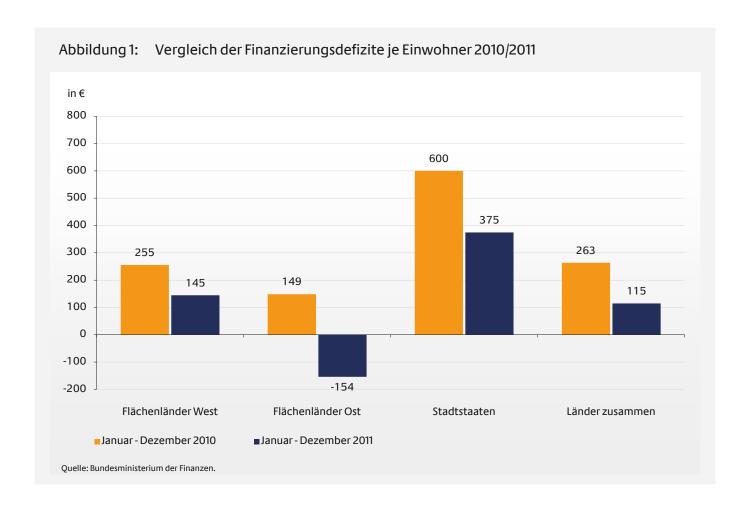
ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

# Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2011 im Vergleich zum Jahressoll 2011

	Flächenländ	der (West)	Flächenläi	nder (Ost)	Stadtst	aaten	Länder zus	ammen
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
				in M	io.€			
Bereinigte Einnahmen	188 911	201 008	49 619	54 039	31 812	35 794	264 562	285 08
darunter:								
Steuereinnahmen	144 925	152 537	25 619	27 987	19 557	21 807	190 101	202 33
Übrige Einnahmen	43 987	48 471	24 000	26 052	12 255	13 987	74461	82 74
Bereinigte Ausgaben	205 184	210 130	51 641	52 060	37 218	38 015	288 262	294 44
darunter:								
Personalausgaben	81 570	80 621	12 385	12 304	10726	11 546	104681	104 47
Lfd. Sachaufwand	13 503	13 653	3 771	3 715	7833	8 718	25 106	26 08
Zinsausgaben	13 506	12 918	3 134	2 717	4069	3 655	20 709	19 29
Sachinvestitionen	4 0 7 8	4 477	1 708	1 886	820	901	6 606	726
Zahlungen an Verwaltungen	55 205	59 797	15 717	19 171	917	1 391	66 059	74 59
Übrige Ausgaben	37 322	38 664	14926	12 267	12854	11 804	65 101	62 73
Finanzierungssaldo	-16 273	-9 122	-2 021	1 979	-5 396	-2 222	-23 690	-9 36

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE



ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Dezember 2011

		in Mio. €								
		D	ezember 2010	0	No	vember 2011		С	ezember 201	1
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	259 293	265 060	507 646	233 578	249 421	465 671	278 520	285 080	544 239
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	253 716	249 670	503 386	228 857	234 467	463 324	272 135	267 049	539 184
111	Steuereinnahmen	226 189	188 434	414 623	211 069	177 732	388 801	248 066	202 331	450 396
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	7 924	49 196	57 120	2 715	45 039	47 754	7 482	51 090	58 572
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	2 536	2 536	-	2 084	2 084	-	2 536	2 536
1122	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	-	-	-	-	-	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	5 577	15 390	20 967	4721	14954	19 674	6385	18 031	24416
121	Veräußerungserlöse	3 200	409	3 609	1 766	448	2 2 1 4	3 307	558	3 865
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	2 277	73	2 350	1 450	98	1 548	2 579	107	2 686
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	430	11 402	11 831	719	10 667	11 386	719	12 659	13 378
2	Bereinigte Ausgaben <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	303 658	286 595	573 546	273 451	265 245	521 369	296 228	294 445	571 311
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	277 175	251 026	528 201	252 425	237 763	490 188	270 156	258 436	528 592
211	Personalausgaben	28 196	101 946	130 141	26 393	98 503	124896	27 856	104 470	132 326
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	7 692	28 760	36 452	7 394	28 145	35 539	7 745	29 724	37 469
212	Laufender Sachaufwand	20 162	25 514	45 676	17 148	22 976	40 124	20 671	26 086	46 75
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	9 232	16977	26 209	8 614	14993	23 607	9 9 7 6	17 212	27 188
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	33 108	19 605	52 713	32 339	18 304	50 643	32 800	19 291	52 09°
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	14113	57 144	71 257	14519	53 215	67 734	15 929	60 667	76 597
2141	darunter: Länder- finanzausgleich <sup>1</sup>	-	-321	- 321	-	900	900	-	540	540
2142	Zuweisungen an Gemeinden	17	52 355	52 372	11	48 608	48 619	12	55 220	55 23
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	26 483	35 569	62 052	21 026	27 483	48 508	26 072	36 008	62 08
221	Sachinvestitionen	7 660	7 3 2 6	14986	5 644	5 491	11 135	7 175	7 264	14 440
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	5 210	13 630	18 839	4286	10 793	15 080	5 243	13 932	19 17
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	26 077	35 088	61 165	20 602	26 763	47 365	25 378	35 253	60 630

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Dezember 2011

						in Mio. €				
		De	ezember 201	0	No	vember 2011		D	ezember 201	1
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-44 323 <sup>2</sup>	-21 536	-65 858	-39 818 <sup>2</sup>	-15 825	-55 642	-17 667 <sup>2</sup>	-9 365	-27 032
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	284 033	90 165	374 198	269 617	75 144	344 761	277 327	85 913	363 240
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	240 022	76 786	316808	235 337	79 840	315 178	259 983	83 219	343 202
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	44 011	13 379	57 390	34280	-4697	29 583	17 343	2 694	20 037
	Zum Ende des Monats bestehende									
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-14 633	6 701	-7932	-11 379	3324,9	-8054,1	-10 473	4 141	-6 332
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	13 344	13 344	-	14875	14875	-	14888	14888
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	14634	-4058	10576	11 382	-763,6	10618,1	10 473	- 885	9 589

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Einschließlich haushaltstechnische Verrechnungen.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 2011

		in Mio. €								
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern <sup>3</sup>	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen <sup>1</sup> für das laufende	37 419	43 839 a	10 123	20 344	7 259	23 629	52 835	11 993	3 26
11	Haushaltsjahr Einnahmen der laufenden Rechung	35 784	41 642	9 208	19312	6303	22 572	49 808	11 435	3 19
111	Steuereinnahmen	27 294	33 619	5 5 1 2	16018	3 508	17 115	41 071	8 861	2 29
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	6 192	4094	3 099	2 140	2 460	2 906	5 784	1 858	780
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	185	-	166	52	6	109	5!
1122	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	413	-	390	210	262	205	10
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	1 635	2 198 a	915	1 032	957	1 057	3 026	558	7.
121	Veräußerungserlöse	75	3	29	21	6	82	12	1	;
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	1	0	0	-	79	-	-	:
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	1 160	1717	445	949	446	866	2319	407	5.
2	Bereinigte Ausgaben <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	37 736	42 889 <sup>b</sup>	9 978	21 555	7 013	26 086	55 774	14 042	3 66
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	33 612	37 411 b	8 413	19 091	5 726	23 564	49 415	12 281	3 30
211	Personalausgaben	14 545	17 442	2 190	7 852	1 697	9 666 <sup>2)</sup>	21 118 <sup>2)</sup>	5 3 0 7	1 35
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	4 638	5012	165	2 543	105	3 039	7 099	1 625	51
212	Laufender Sachaufwand	2 024	3 170 <sup>c</sup>	623	1 700	426	1 759	3 306	996	19
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	1 706	2 529 °	514	1 312	378	1 483	2 482	825	17.
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	1 829	1 068 <sup>d</sup>	606	1 343	367	1 927	4334	1 010	46
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	9 997	11 274	3 191	5 068	2 152	6375	12 061	3 052	52
2141	darunter: Länder- finanzausgleich <sup>1</sup>	1 804	3 680	-	1 691	-	-	-	-	
2142	Zuweisungen an Gemeinden	8 132	7 495	2 688	3 340	1 773	6374	11 594	2 793	43
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	4 125	5 478	1 565	2 464	1 287	2 521	6358	1 761	36
221	Sachinvestitionen	928	1 720	136	713	369	287	474	129	2
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	1 838	2 024	628	1 105	483	614	3 150	772	11
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	4 043	5 380	1 565	2 420	1 287	2 5 2 1	6174	1 727	34

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

# noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 2011

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern <sup>3</sup>	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 318	950 <sup>e</sup>	145	-1 211	246	-2 457	-2 939	-2 049	- 403
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	7 135	2 744 <sup>f</sup>	3 137	5 778	987	6 903	21 871	9 460	598
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	7 137	2 926 <sup>f</sup>	3 876	4741	1 028	5 984	21 665	7 442	873
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-2	-182 4	-740	1 037	- 41	919	206	2 018	-276
	Zum Ende des Monats bestehende									
	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	-	-	-	-	1 900	577	494
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	941	2 562	549	1 008	875	2 033	1 2 1 6	1	531
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	15	-	171	834	218	737	-1 655	- 577	- 145

 $<sup>^1</sup>$  In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>Ohne Januar-Bezüge.

 $<sup>^3</sup>$  BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 24,3 Mio. €, b 342,3 Mio. €, c 0,1 Mio. €, d 342,2 Mio. €, e -318,0 Mio. €, f 100,0 Mio. €.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup>BY - zu Nr. 43: Der angegebene Kapitalmarktsaldo (NKA) von -182,3 Mio. € ist der valutarische Wert. Beim Jahresabschluss kann eine haushaltsmäßige Schuldentilgung von insgesamt 250 Mio. € dargestellt werden.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 2011

					in M	io.€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
	Seit dem 1. Januar gebuchte								
1	Bereinigte Einnahmen <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	17 798	9 833	8 561	9 026	20 794	3 940	11 032	285 080
11	Einnahmen der laufenden Rechung	14803	9 050	8 087	8 231	19 786	3 826	10 619	267 049
111	Steuereinnahmen Einnahmen von	8 963	5 170	6 2 6 8	4834	10 833	2 285	8 689	202 331
112	Verwaltungen (laufende Rechnung)	5 131	3 360	1 265	2 950	6 9 7 6	1 175	919	51 090
1121	darunter: Allgemeine BEZ	371	216	29	209	972	168	-	2 536
1122	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	817	502	91	486	2 616	508	-	-
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	2 995	782	474	795	1 008	115	413	18 031
121	Veräußerungserlöse	2	4	5	17	170	2	122	558
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	1	3	0	4	15	1	0	107
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	2 200	456	356	421	529	84	251	12 659
_	Bereinigte Ausgaben <sup>1</sup>								
2	für das laufende Haushaltsjahr	15 771	9 998	9 256	9 300	21 910	4 554	11 524	294 445
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	12 768	8 577	8 285	7 907	20 302	4033	10 351	258 436
211	Personalausgaben	3 649	2 424	3 3 3 9	2 344	6 607	1 397	3 542	104470
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	187	168	1 153	144	1 656	456	1 218	29 724
212	Laufender Sachaufwand	1 004	922	503	740	5 141	714	2 863	26 086
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	696	381	425	413	2 470	332	1 096	17 212
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	332	776	942	636	2 220	603	832	19 291
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende	5 131	2 720	2 238	2 766	307	141	278	60 667
2141	Rechnung) darunter: Länder- finanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	-	-	-	-	- 28	540
2142	Zuweisungen an Gemeinden	3 835	2 226	2 150	2 356	7	6	12	55 220
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	3 003	1 420	971	1 392	1 608	521	1 173	36 008
221	Sachinvestitionen	839	234	205	309	383	81	437	7 2 6 4
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	1 051	590	461	460	144	196	299	13 932
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	3 003	1 420	969	1 389	1 534	519	953	35 253

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 2011

			in Mio. €								
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen		
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	2 027	- 165	- 696	- 274	-1 115	- 614	- 493	-9 365		
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung										
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	- 201	3 950	3 179	2 215	9 251	10 133	-1 226	85 913		
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	1 202	3 645	3 041	1 978	8 025	9 657	-	83 219		
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo	-1 403	305	138	237	1 227	476	-1 226	2 694		
	Zum Ende des Monats bestehende										
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände										
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	486	-	98	11	404	170	4 141		
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	2 154	70	-	-	321	450	2 178	14888		
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-	- 521	-416	288	-4	- 564	734	- 885		

 $Abweichungen \ in \ den \ Summen \ durch \ Runden \ der \ Zahlen.$ 

 $<sup>^1</sup> In \, der \, L\"{a}nder summe \, ohne \, Zuweisungen \, von \, L\"{a}ndern \, im \, L\"{a}nder finanzausgleich.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>Ohne Januar-Bezüge.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup>BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 24,3 Mio. €, b 342,3 Mio. €, c 0,1 Mio. €, d 342,2 Mio. €, e -318,0 Mio. €, f 100,0 Mio. €.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> BY - zu Nr. 43: Der angegebene Kapitalmarktsaldo (NKA) von -182,3 Mio. € ist der valutarische Wert. Beim Jahresabschluss kann eine haushaltsmäßige Schuldentilgung von insgesamt 250 Mio. € dargestellt werden.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

						Bruttoi	nlandsprodukt	(real)	Investitions-
	Erwerbstä	tige im Inland <sup>1</sup>	Erwerbsquote <sup>2</sup>	Erwerbslose	Erwerbslosen- quote <sup>3</sup>	gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Erwerbs- tätigen- stunde	Investitions- quote <sup>4</sup>
Jahr	in Mio.	Veränderung in % p.a.	in%	in Mio.	in%	Verä	nderung in % p	.a.	in%
1991	38,7		51,0	2,2	5,3				23,2
1992	38,2	-1,4	50,5	2,5	6,2	+1,9	+3,3	+2,5	23,5
1993	37,7	-1,3	50,2	3,1	7,5	-1,0	+0,3	+1,4	22,5
1994	37,7	-0,1	50,3	3,3	8,1	+2,5	+2,5	+2,7	22,5
1995	37,8	+0,4	50,2	3,2	7,9	+1,7	+1,3	+2,4	21,9
1996	37,8	-0,1	50,3	3,5	8,5	+0,8	+0,9	+2,0	21,3
1997	37,7	-0,1	50,5	3,8	9,2	+1,7	+1,9	+2,3	21,0
1998	38,1	+1,1	50,9	3,7	8,9	+1,9	+0,7	+1,1	21,1
1999	38,7	+1,5	51,2	3,4	8,1	+1,9	+0,4	+0,9	21,3
2000	39,4	+1,7	51,6	3,1	7,4	+3,1	+1,3	+2,7	21,5
2001	39,5	+0,3	51,7	3,2	7,5	+1,5	+1,2	+2,5	20,1
2002	39,3	-0,6	51,7	3,5	8,3	+0,0	+0,6	+1,4	18,4
2003	38,9	-0,9	51,8	3,9	9,2	-0,4	+0,5	+0,9	17,8
2004	39,0	+0,3	52,2	4,2	9,7	+1,2	+0,9	+0,8	17,4
2005	39,0	-0,1	52,7	4,6	10,5	+0,7	+0,8	+1,2	17,3
2006	39,2	+0,6	52,6	4,2	9,8	+3,7	+3,1	+3,6	18,1
2007	39,9	+1,7	52,7	3,6	8,3	+3,3	+1,5	+1,7	18,4
2008	40,3	+1,2	52,9	3,1	7,2	+1,1	-0,1	-0,1	18,6
2009	40,4	+0,0	53,2	3,2	7,4	-5,1	-5,2	-2,5	17,2
2010	40,6	+0,5	53,1	2,9	6,8	+3,7	+3,2	+1,4	17,5
2011	41,1	+1,3	53,2	2,5	5,8	+3,0	+1,6	+1,3	18,2
2006/01	39,1	-0,1	52,1	3,9	9,2	+1,0	+1,2	+1,6	18,2
2011/06	40,2	+1,0	53,0	3,3	7,5	+1,1	+0,2	+0,3	18,0

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $<sup>^2\,</sup> Erwerbspersonen\, (inländische\, Erwerbstätige + Erwerbslose [ILO])\, in\, \%\, der\, Wohnbev\"{o}lkerung\, nach\, ESVG\, 95.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator)1	Verbraucher- preisindex (2005=100)	Lohnstück- kosten²
Jahr			\	/eränderung in % p.a	a.		
1991							
1992	+7,4	+5,4	+3,2	+4,5	+4,3	+5,1	+6,8
1993	+2,9	+4,0	+1,9	+3,5	+3,6	+4,4	+4,1
1994	+5,0	+2,5	+1,1	+2,3	+2,5	+2,7	+0,5
1995	+3,7	+2,0	+1,6	+1,6	+1,4	+1,7	+2,4
1996	+1,4	+0,6	-0,4	+0,8	+0,9	+1,4	+0,4
1997	+2,0	+0,3	-1,7	+0,7	+1,3	+1,9	-1,0
1998	+2,5	+0,6	+1,8	+0,1	+0,5	+0,9	+0,4
1999	+2,1	+0,2	+0,7	-0,0	+0,4	+0,6	+0,6
2000	+2,4	-0,7	-4,5	+0,8	+0,8	+1,5	+0,5
2001	+2,7	+1,1	-0,0	+1,1	+1,9	+1,9	+0,3
2002	+1,4	+1,4	+2,3	+0,7	+1,2	+1,4	+0,5
2003	+0,7	+1,1	+1,0	+0,9	+1,6	+1,0	+0,9
2004	+2,2	+1,1	+0,1	+1,1	+1,2	+1,7	-0,4
2005	+1,3	+0,6	-1,9	+1,3	+1,7	+1,6	-0,9
2006	+4,0	+0,3	-1,4	+0,8	+1,0	+1,6	-2,4
2007	+5,0	+1,6	+0,5	+1,5	+1,5	+2,3	-1,0
2008	+1,9	+0,8	-1,5	+1,4	+1,7	+2,6	+2,3
2009	-4,0	+1,2	+3,8	-0,1	+0,1	+0,4	+6,0
2010	+4,3	+0,6	-2,0	+1,4	+1,9	+1,1	-1,5
2011	+3,8	+0,8	-2,4	+1,8	+2,1	+2,3	+1,2
2006/01	+1,9	+0,9	+0,0	+1,0	+1,3	+1,4	-0,5
2011/06	+2,1	+1,0	-0,4	+1,2	+1,4	+1,7	+1,4

 $<sup>^{1}</sup> Einschl.\ private\ Organisationen\ ohne\ Erwerbszweck.$ 

 $Quellen: Statistisches \ Bundesamt; eigene \ Berechnungen.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigenstunde (Inlandskonzept).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Außenwirtschaft<sup>1</sup>

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt
Jahr	Veränderu	ng in % p.a.	in Mı	d.€		Anteile	am BIP in %	
1991			-5,8	-23,4	25,7	26,1	-0,4	-1,5
1992	+0,4	+0,6	-6,7	-18,9	24,0	24,4	-0,4	-1,1
1993	-5,7	-8,0	2,9	-15,2	22,0	21,8	0,2	-0,9
1994	+9,1	+8,3	6,0	-26,1	22,8	22,5	0,3	-1,5
1995	+7,8	+6,7	11,0	-23,3	23,7	23,1	0,6	-1,3
1996	+6,0	+4,5	18,0	-12,8	24,8	23,8	1,0	-0,7
1997	+12,7	+11,7	24,7	-9,3	27,4	26,1	1,3	-0,5
1998	+6,9	+6,8	26,9	-14,6	28,6	27,2	1,4	-0,7
1999	+5,0	+7,0	17,6	-26,1	29,4	28,5	0,9	-1,3
2000	+16,2	+18,7	6,3	-29,4	33,4	33,1	0,3	-1,4
2001	+7,0	+1,8	41,7	-3,9	34,8	32,8	2,0	-0,2
2002	+4,0	-3,6	95,9	42,1	35,7	31,2	4,5	2,0
2003	+0,9	+2,7	84,2	40,5	35,7	31,8	3,9	1,9
2004	+10,3	+7,7	110,8	102,3	38,5	33,5	5,0	4,7
2005	+8,6	+9,2	116,0	112,4	41,3	36,1	5,2	5,1
2006	+14,6	+14,9	130,1	150,0	45,5	39,9	5,6	6,5
2007	+8,8	+5,7	170,0	182,9	47,2	40,2	7,0	7,5
2008	+3,8	+6,1	154,2	153,3	48,1	41,8	6,2	6,2
2009	-16,2	-15,2	118,5	136,7	41,9	37,0	5,0	5,8
2010	+16,5	+16,7	135,5	143,2	46,8	41,4	5,5	5,8
2011	+11,2	+13,0	131,4	135,0	50,1	45,0	5,1	5,3
2006/01	+7,6	+6,0	96,4	73,9	38,6	34,2	4,4	3,3
2011/06	+4,1	+4,6	139,9	150,2	46,6	40,9	5,7	6,2

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Einkommensverteilung

	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohno	quote	Bruttolöhne und - gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer)³
				unbereinigt <sup>1</sup>	bereinigt <sup>2</sup>		
Jahr	V	eränderung in % p.a	a.	in	1%	Veränderu	ng in % p.a.
1991				70,8	70,8		
1992	+6,7	+2,6	+8,4	71,9	72,1	+10,2	+4,0
1993	+1,4	-0,8	+2,3	72,5	72,9	+4,3	+0,9
1994	+4,1	+8,2	+2,5	71,4	72,0	+1,9	-2,3
1995	+3,9	+4,9	+3,5	71,1	71,8	+2,9	-0,9
1996	+1,5	+3,1	+0,8	70,7	71,5	+1,2	+0,4
1997	+1,5	+4,2	+0,3	69,9	70,8	+0,0	-2,5
1998	+1,8	+1,3	+2,0	70,0	71,0	+0,8	+0,4
1999	+1,0	-2,4	+2,5	71,1	72,0	+1,3	+1,3
2000	+2,2	-1,5	+3,7	72,1	72,9	+1,3	+1,7
2001	+2,3	+3,6	+1,9	71,8	72,6	+2,0	+1,3
2002	+0,9	+1,7	+0,6	71,6	72,5	+1,4	+0,1
2003	+1,1	+3,2	+0,2	71,0	72,1	+1,1	-1,3
2004	+4,9	+16,0	+0,3	67,9	69,2	+0,5	+0,9
2005	+1,6	+6,4	-0,7	66,4	68,0	+0,3	-1,4
2006	+5,5	+13,3	+1,6	63,9	65,5	+0,8	-1,2
2007	+3,8	+5,8	+2,7	63,2	64,7	+1,5	-0,4
2008	+0,9	-3,7	+3,6	64,9	66,3	+2,2	-0,4
2009	-4,6	-13,5	+0,1	68,2	69,6	-0,3	-0,5
2010	+5,1	+10,5	+2,5	66,5	68,0	+2,2	+1,6
2011	+3,4	+1,5	+4,4	67,2	68,6	+3,3	+0,2
2006/01	+2,8	+8,0	+0,4	68,8	70,0	+0,8	-0,6
2011/06	+1,6	-0,3	+2,7	65,7	67,1	+1,8	+0,1

 $<sup>^1</sup> Arbeit nehmer entgelte in \% \, des \, Volksein kommens.$ 

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Datengrundlagen und Ergebnisse der Schätzungen der Bundesregierung

Stand: Jahresprojektion der Bundesregierung vom 18. Januar 2012

## Erläuterungen zu den Tabellen 5 bis 12

1. Für die Potenzialschätzung wird das Produktionsfunktionsverfahren der Europäischen Union verwendet, das für die finanzpolitische Überwachung in der EU für die Mitgliedstaaten verbindlich vorgeschrieben ist. Die für die Schätzung erforderlichen Programme und Dokumentationen sind im Internetportal der Europäischen Kommission verfügbar, und zwar auf der Internetseite http://circa.europa.eu/Public/irc/ecfin/outgaps/library.

Die Berechnungen zu den verwendeten Budgetsensitivitäten werden in der folgenden Veröffentlichung beschrieben: Girouard und André (2005), Measuring Cyclically-Adjusted Budget Balances for OECD Countries, OECD Economics Department Working Papers 434.

2. Datenquellen für die Schätzungen zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzial sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Anlagevermögensrechnung des Statistischen Bundesamts sowie die gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Bundesregierung für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung. Für die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung wird die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts zugrunde gelegt (Variante 1-W1). Die Zeitreihen für Arbeitszeit je Erwerbstätigen und Partizipationsraten werden – im Rahmen von Trendfortschreibungen – um drei Jahre über den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung hinaus verlängert, um dem Randwertproblem bei Glättungen mit dem HP-Filter Rechnung zu tragen.

- 3. Für den Zeitraum vor 1991 werden Rückrechnungen auf der Grundlage von Zahlenangaben des Statistischen Bundesamts zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland durchgeführt.
- 4. Die Berechnungen basieren auf dem Stand der Jahresprojektion 2012 der Bundesregierung.
- 5. Das Produktionspotenzial ist ein Maß für die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, die mittel- und langfristig die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft determinieren.

Die Produktionslücke kennzeichnet die Abweichung der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung von der konjunkturellen Normallage, dem Produktionspotenzial. Die Produktionslücken, d. h. die Abweichungen des Bruttoinlandsprodukts vom Potenzialpfad, geben das Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Unterbeziehungsweise Überauslastung wieder. In diesem Zusammenhang spricht man auch von "negativen" beziehungsweise "positiven" Produktionslücken (oder Output Gaps).

Der Potenzialpfad beschreibt die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts bei Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten und damit die gesamtwirtschaftliche Aktivität, die ohne inflationäre Verspannungen bei gegebenen Rahmenbedingungen möglich ist. Schätzungen zum Produktionspotenzial sowie daraus ermittelte Produktionslücken dienen nicht nur als Berechnungsgrundlage für die neue Schuldenregel, sondern auch,

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

um das gesamtstaatliche strukturelle Defizit zu berechnen. Darüber hinaus sind sie eine wichtige Referenzgröße für die gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen, die für die mittelfristige Finanzplanung durchgeführt werden.

Zur Bestimmung der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme des Bundes ist, neben der Bereinigung um den Saldo der finanziellen Transaktionen, eine Konjunkturbereinigung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben durchzuführen, um eine ebenso in wirtschaftlich guten wie in wirtschaftlich schlechten Zeiten konjunkturgerechte, symmetrisch reagierende Finanzpolitik zu gewährleisten. Dies erfolgt durch eine explizite Berücksichtigung der konjunkturellen Einflüsse auf die öffentlichen Haushalte mit Hilfe einer Konjunkturkomponente, die die zulässige

Obergrenze für die Nettokreditaufnahme in konjunkturell schlechten Zeiten erweitert und in konjunkturell guten Zeiten einschränkt. Die Budgetsensitivität als zweites Element zur Bestimmung der Konjunkturkomponente gibt an, wie die Einnahmen und Ausgaben des Bundes auf eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität reagieren.

Weitere Erläuterungen und Hintergrundinformationen sind im Monatsbericht Februar 2011, Artikel "Die Ermittlung der Konjunkturkomponente des Bundes im Rahmen der neuen Schuldenregel" zu finden (http://www.bundesfinanzministerium. de/nn\_17844/DE/BMF\_\_Startseite/Publikationen/Monatsbericht\_\_des\_\_BMF/2011/02/analysen-und-berichte/b03-konjunkturkomponente-des-bundes/node. html?\_\_nnn=true).

Tabelle 5: Produktionslücken, Budgetsensitivität und Konjunkturkomponenten

	Produktionspotenzial	Bruttoinlandsprodukt	Produktionslücke	Budgetsensitivität <sup>1</sup>	Konjunkturkomponente <sup>2</sup>
		in Mrd. € (nominal)		J	in Mrd. € (nominal)
2010	2 519,9	2 476,8	-43,1	0,248	-10,7
2011	2 576,1	2 570,0	-6,1	0,160	-1,0
2012	2 652,9	2 626,5	-26,4	0,160	-4,2
2013	2 728,6	2 704,7	-23,9	0,160	-3,8
2014	2 802,4	2 785,0	-17,3	0,160	-2,8
2015	2 876,6	2 867,8	-8,8	0,160	-1,4
2016	2 952,9	2 952,9	0,0	0,160	0,0

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Die Budgetsensitivität des Bundes war im Jahr 2010 höher als sie in den Folgejahren ist, da der Bund im Jahr 2010 einmalig einen Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit zahlte und damit die konjunkturellen Effekte hinsichtlich der Einnahmen und der Ausgaben der Arbeitslosenversicherung zu tragen hatte.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Die hier für die dargestellten Jahre angegebene Konjunkturkomponente des Bundes ergibt sich rechnerisch aus den Ergebnissen der zugrundeliegenden gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung. Für die Jahre 2010 bis 2012 entsprechen die hier angegebenen Werte nicht den gemäß der Schuldenregel relevantenen Werten für die Haushaltsaufstellung. Die hierfür maßgeblichen Werte sind dem Finanzplan des Bundes 2010 bis 2014 bzw. den Haushaltsgesetzen des Bundes ab 2011 zu entnehmen.

Tabelle 6: Produktionspotenzial und -lücken

		Produktion	spotenzial		Produktionslücken				
	preisbe	ereinigt	nom	ninal	preisber	einigt	nom	inal	
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd.€	in % des pot. BIP	in Mrd. €	in % des pot. BIP	
1982	1 444,4	+2,2	950,0	+6,9	-26,8	-1,9	-17,6	-1,9	
1983	1 475,4	+2,1	997,7	+5,0	-35,5	-2,4	-24,0	-2,4	
1984	1 506,7	+2,1	1 039,1	+4,2	-26,2	-1,7	-18,1	-1,7	
1985	1 536,1	+1,9	1 081,8	+4,1	-21,1	-1,4	-14,8	-1,4	
1986	1 567,9	+2,1	1 137,4	+5,1	-18,2	-1,2	-13,2	-1,2	
1987	1 601,3	+2,1	1 176,5	+3,4	-29,9	-1,9	-22,0	-1,9	
1988	1 640,6	+2,5	1 225,7	+4,2	-10,9	-0,7	-8,2	-0,7	
1989	1 686,6	+2,8	1 296,4	+5,8	6,5	0,4	5,0	0,4	
1990	1 745,2	+3,5	1 387,0	+7,0	36,9	2,1	29,3	2,1	
1991	1 799,5	+3,1	1 474,2	+6,3	73,7	4,1	60,4	4,1	
1992	1 849,2	+2,8	1 596,8	+8,3	59,8	3,2	51,6	3,2	
1993	1 893,4	+2,4	1 700,0	+6,5	-3,5	-0,2	-3,1	-0,2	
1994	1 930,4	+2,0	1 776,6	+4,5	6,1	0,3	5,6	0,3	
1995	1 965,7	+1,8	1 845,3	+3,9	3,4	0,2	3,2	0,2	
1996	1 999,5	+1,7	1 889,1	+2,4	-14,9	-0,7	-14,1	-0,7	
1997	2 031,8	+1,6	1 924,6	+1,9	-12,7	-0,6	-12,0	-0,6	
1998	2 063,7	+1,6	1 966,4	+2,2	-7,0	-0,3	-6,7	-0,3	
1999	2 096,2	+1,6	2 001,2	+1,8	-1,0	0,0	-1,0	0,0	
2000	2 128,7	+1,6	2018,6	+0,9	30,5	1,4	28,9	1,4	
2001	2 161,2	+1,5	2 072,4	+2,7	30,7	1,4	29,5	1,4	
2002	2 192,3	+1,4	2 132,4	+2,9	-0,2	0,0	-0,2	0,0	
2003	2 221,0	+1,3	2 184,0	+2,4	-37,1	-1,7	-36,5	-1,7	
2004	2 248,3	+1,2	2 234,5	+2,3	-39,0	-1,7	-38,8	-1,7	
2005	2 273,8	+1,1	2 273,8	+1,8	-49,4	-2,2	-49,4	-2,2	
2006	2 301,0	+1,2	2 308,2	+1,5	5,7	0,2	5,7	0,2	
2007	2 330,2	+1,3	2 375,6	+2,9	51,9	2,2	52,9	2,2	
2008	2 358,8	+1,2	2 423,3	+2,0	49,2	2,1	50,5	2,1	
2009	2 381,1	+0,9	2 475,0	+2,1	-96,6	-4,1	-100,5	-4,1	
2010	2 410,0	+1,2	2 519,9	+1,8	-41,3	-1,7	-43,1	-1,7	
2011	2 444,8	+1,4	2 576,1	+2,2	-5,8	-0,2	-6,1	-0,2	
2012	2 480,3	+1,5	2 652,9	+3,0	-24,7	-1,0	-26,4	-1,0	
2013	2 517,9	+1,5	2 728,6	+2,9	-22,0	-0,9	-23,9	-0,9	
2014	2 551,8	+1,3	2 802,4	+2,7	-15,8	-0,6	-17,3	-0,6	
2015	2 584,8	+1,3	2 876,6	+2,6	-7,9	-0,3	-8,8	-0,3	
2016	2 618,3	+1,3	2 952,9	+2,7	0,0	0,0	0,0	0,0	

Tabelle 7: Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum<sup>1</sup>

	Produktionspotenzial	Totale Faktorproduktivität	Arbeit	Kapital
	in % ggü. Vorjahr	Prozentpunkte	Prozentpunkte	Prozentpunkte
1982	+2,2	1,1	0,2	1,0
1983	+2,1	1,2	0,1	0,9
1984	+2,1	1,3	0,0	0,9
1985	+1,9	1,3	-0,2	0,8
1986	+2,1	1,4	-0,2	0,8
1987	+2,1	1,5	-0,2	0,8
1988	+2,5	1,6	0,0	0,8
1989	+2,8	1,7	0,2	0,9
1990	+3,5	1,8	0,8	0,9
1991	+3,1	1,7	0,3	1,0
1992	+2,8	1,6	0,0	1,1
1993	+2,4	1,4	-0,1	1,1
1994	+2,0	1,3	-0,3	1,0
1995	+1,8	1,1	-0,3	1,0
1996	+1,7	1,0	-0,2	0,9
1997	+1,6	1,0	-0,2	0,9
1998	+1,6	0,9	-0,2	0,9
1999	+1,6	0,9	-0,2	0,9
2000	+1,6	1,0	-0,3	0,9
2001	+1,5	1,0	-0,3	0,8
2002	+1,4	0,9	-0,1	0,7
2003	+1,3	0,8	-0,1	0,6
2004	+1,2	0,8	-0,1	0,5
2005	+1,1	0,7	-0,1	0,5
2006	+1,2	0,7	0,0	0,5
2007	+1,3	0,6	0,1	0,5
2008	+1,2	0,6	0,1	0,5
2009	+0,9	0,4	0,1	0,4
2010	+1,2	0,5	0,3	0,4
2011	+1,4	0,5	0,6	0,4
2012	+1,5	0,6	0,5	0,4
2013	+1,5	0,7	0,4	0,4
2014	+1,3	0,7	0,1	0,5
2015	+1,3	0,8	0,0	0,5
2016	+1,3	0,8	0,0	0,5

 $<sup>^{1}</sup> Abweichungen \, des \, ausgewiesen en \, Potenzial wachstums \, von \, der \, Summe \, der \, Wachstums beiträge \, sind \, rundungs bedingt.$ 

Tabelle 8: Bruttoinlandsprodukt

	preisberei	nigt <sup>1</sup>	nomin	al
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
1982	1 417,6	-0,4	932,4	+4,2
1983	1 439,9	+1,6	973,6	+4,4
1984	1 480,6	+2,8	1 021,0	+4,9
1985	1 515,0	+2,3	1 067,0	+4,5
1986	1 549,7	+2,3	1 124,2	+5,4
1987	1 571,4	+1,4	1 154,5	+2,7
1988	1 629,7	+3,7	1 217,5	+5,5
1989	1 693,2	+3,9	1 301,4	+6,9
1990	1 782,1	+5,3	1 416,3	+8,8+
1991	1 873,2	+5,1	1 534,6	+8,4
1992	1 909,0	+1,9	1 648,4	+7,4
1993	1 889,9	-1,0	1 696,9	+2,9
1994	1 936,6	+2,5	1 782,2	+5,0
1995	1 969,0	+1,7	1 848,5	+3,7
1996	1 984,6	+0,8	1 875,0	+1,4
1997	2019,1	+1,7	1 912,6	+2,0
1998	2 056,7	+1,9	1 959,7	+2,5
1999	2 095,2	+1,9	2 000,2	+2,
2000	2 159,2	+3,1	2 047,5	+2,4
2001	2 191,9	+1,5	2 101,9	+2,7
2002	2 192,1	+0,0	2 132,2	+1,4
2003	2 183,9	-0,4	2 147,5	+0,7
2004	2 209,3	+1,2	2 195,7	+2,2
2005	2 224,4	+0,7	2 224,4	+1,3
2006	2 306,7	+3,7	2 313,9	+4,0
2007	2 382,1	+3,3	2 428,5	+5,0
2008	2 407,9	+1,1	2 473,8	+1,9
2009	2 284,5	-5,1	2 374,5	-4,0
2010	2 3 6 8 , 8	+3,7	2 476,8	+4,3
2011	2 439,1	+3,0	2 570,0	+3,8
2012	2 455,7	+0,7	2 626,5	+2,2
2013	2 495,8	+1,6	2 704,7	+3,0
2014	2 536,0	+1,6	2 785,0	+3,0
2015	2 576,9	+1,6	2 867,8	+3,0
2016	2 618,3	+1,6	2 952,9	+3,0

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Verkettete Volumenangaben, berechnet auf Basis der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Indexwerte (2005=100).

Tabelle 9: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

			Partizipa	tionsraten			
Jahr	Erwerbsbe	evölkerung <sup>1</sup>	Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert	Erwerbstätige, Inland		
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in%	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	
1982	52 069	+1,3	69,2	69,1	33 734	-0,8	
1983	52 586	+1,0	69,7	69,6	33 427	-0,9	
1984	52 916	+0,6	70,2	69,9	33 715	+0,9	
1985	53 020	+0,2	70,8	70,8	34 188	+1,4	
1986	53 093	+0,1	71,5	71,4	34 845	+1,9	
1987	53 124	+0,1	72,1	72,2	35 331	+1,4	
1988	53 294	+0,3	72,6	72,9	35 834	+1,4	
1989	53 664	+0,7	73,1	73,1	36 507	+1,9	
1990	54 518	+1,6	73,4	73,5	37 657	+3,2	
1991	55 023	+0,9	73,6	74,3	38 712	+2,8	
1992	55 349	+0,6	73,6	73,6	38 183	-1,4	
1993	55 613	+0,5	73,6	73,3	37 695	-1,3	
1994	55 686	+0,1	73,7	73,6	37 667	-0,1	
1995	55 775	+0,2	73,8	73,6	37 802	+0,4	
1996	55 907	+0,2	74,0	73,8	37772	-0,1	
1997	55 980	+0,1	74,4	74,2	37716	-0,1	
1998	55 991	+0,0	74,8	74,8	38 148	+1,1	
1999	55 952	-0,1	75,3	75,3	38 721	+1,5	
2000	55 852	-0,2	75,8	76,1	39 382	+1,7	
2001	55 772	-0,1	76,4	76,5	39 485	+0,3	
2002	55 719	-0,1	76,9	76,8	39 257	-0,6	
2003	55 596	-0,2	77,5	77,0	38 918	-0,9	
2004	55 359	-0,4	78,1	78,0	39 034	+0,3	
2005	55 063	-0,5	78,7	79,1	38 976	-0,1	
2006	54746	-0,6	79,2	79,3	39 192	+0,6	
2007	54 496	-0,5	79,7	79,7	39 857	+1,7	
2008	54 276	-0,4	80,1	80,1	40 345	+1,2	
2009	54 006	-0,5	80,5	80,7	40 362	+0,0	
2010	53 861	-0,3	80,8	80,8	40 553	+0,5	
2011	53 832	-0,1	81,0	81,0	41 094	+1,3	
2012	53 750	-0,2	81,3	81,2	41 314	+0,5	
2013	53 603	-0,3	81,5	81,5	41 394	+0,2	
2014	53 391	-0,4	81,8	81,7	41 394	+0,0	
2015	53 128	-0,5	82,1	82,0	41 394	+0,0	
2016	52 838	-0,5	82,5	82,4	41 394	+0,0	
2017	52 521	-0,6	82,9	82,9			
2018	52 185	-0,6	83,3	83,3			
2019	51 834	-0,7	83,7	83,8			

 $<sup>^112.\</sup> koordinierte\ Bev\"{o}lkerungsvorausberechnung\ des\ Statistischen\ Bundesamtes; Variante\ 1-W1.$ 

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# noch Tabelle 9: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	Arbeits	szeit je Erwerbs	tätigen, Arbeitsst	unden	Arbeitnehr	ner, Inland	Erwerbslose, Inländer		
Jahr	Tre		Tatsächlich bzw				in % der Erwerbs-	NAIRU <sup>3</sup>	
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	personen <sup>2</sup>		
982	1712	-0,9	1 711	-0,6	30 192	-0,7	6,2	5,5	
983	1 696	-0,9	1 698	-0,8	29 925	-0,9	8,6	6,2	
1984	1 680	-1,0	1 686	-0,7	30 213	+1,0	8,9	6,6	
1985	1 662	-1,0	1 663	-1,4	30 689	+1,6	9,0	7,0	
1986	1 645	-1,1	1 644	-1,1	31 322	+2,1	8,1	7,2	
1987	1 627	-1,1	1 622	-1,3	31 842	+1,7	7,8	7,3	
1988	1 610	-1,0	1 617	-0,3	32 356	+1,6	7,7	7,3	
1989	1 594	-1,0	1 594	-1,4	33 004	+2,0	6,9	7,3	
1990	1 579	-0,9	1 571	-1,4	34 135	+3,4	6,1	7,2	
1991	1 566	-0,8	1 552	-1,2	35 148	+3,0	5,3	7,1	
1992	1 556	-0,7	1 564	+0,8	34 567	-1,7	6,2	7,1	
1993	1 547	-0,6	1 547	-1,1	34020	-1,6	7,5	7,2	
1994	1 537	-0,6	1 545	-0,1	33 909	-0,3	8,1	7,3	
1995	1 527	-0,7	1 529	-1,1	33 996	+0,3	7,9	7,4	
1996	1 516	-0,7	1511	-1,1	33 907	-0,3	8,5	7,6	
1997	1 506	-0,7	1 505	-0,4	33 803	-0,3	9,2	7,8	
1998	1 495	-0,7	1 499	-0,4	34 189	+1,1	8,9	8,0	
1999	1 483	-0,8	1 491	-0,5	34735	+1,6	8,1	8,2	
2000	1 471	-0,8	1 471	-1,4	35 387	+1,9	7,4	8,3	
2001	1 459	-0,8	1 453	-1,2	35 465	+0,2	7,5	8,5	
2002	1 449	-0,7	1 441	-0,8	35 203	-0,7	8,2	8,6	
2003	1 440	-0,6	1 436	-0,4	34800	-1,1	9,1	8,7	
2004	1 434	-0,5	1 436	+0,0	34777	-0,1	9,6	8,7	
2005	1 428	-0,4	1 431	-0,4	34 559	-0,6	10,5	8,6	
2006	1 422	-0,4	1 424	-0,5	34736	+0,5	9,8	8,4	
2007	1 417	-0,4	1 422	-0,1	35 359	+1,8	8,3	8,1	
2008	1 412	-0,3	1 422	-0,0	35 866	+1,4	7,2	7,7	
2009	1 408	-0,3	1 383	-2,8	35 894	+0,1	7,4	7,3	
2010	1 407	-0,1	1 408	+1,8	36 065	+0,5	6,8	6,8	
2011	1 407	-0,0	1 414	+0,4	36 549	+1,3	5,7	6,3	
2012	1 407	+0,0	1 409	-0,3	36 709	+0,4	5,4	5,8	
2013	1 408	+0,0	1 409	-0,0	36 749	+0,1	5,2	5,2	
2014	1 408	+0,0	1 408	-0,0	36 749	+0,0	5,1	5,0	
2015	1 408	-0,0	1 408	-0,0	36 749	+0,0	5,0	4,8	
2016	1 407	-0,0	1 408	-0,0	36 749	+0,0	4,9	4,8	
2017	1 407	-0,0	1 407	-0,1					
2018	1 406	-0,0	1 406	-0,0					
2019	1 406	-0,0	1 406	-0,0					

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes; Variante 1-W1.

 $<sup>{}^2\,</sup> Erwerbs lose nquote \, nach \, Definition \, der \, International \, Labour \, Organization \, (ILO).$ 

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> NAIRU - Non-Accelerating Inflation Rate of Unemployment.

Tabelle 10: Kapital stock und Investitionen

	Bruttoanlag	evermögen	Bruttoanlage	investitionen	Abgangssquote
	preisbe	ereinigt	preisbe	ereinigt	tatsächlich bzw. prognostiziert
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in%
1982	6 485,6	+2,8	260,7	-4,6	1,3
1983	6 655,5	+2,6	268,5	+3,0	1,5
1984	6 823,4	+2,5	269,0	+0,2	1,5
1985	6 985,8	+2,4	270,8	+0,7	1,6
1986	7 149,0	+2,3	279,4	+3,2	1,7
1987	7 3 1 5, 5	+2,3	285,2	+2,1	1,7
1988	7 487,8	+2,4	299,6	+5,0	1,7
1989	7 672,9	+2,5	321,3	+7,2	1,8
1990	7 876,2	+2,7	346,9	+8,0	1,9
1991	8 112,9	+3,0	365,4	+5,3	1,6
1992	8 3 7 8 , 1	+3,3	382,2	+4,6	1,4
1993	8 636,4	+3,1	365,9	-4,3	1,3
1994	8 887,4	+2,9	381,4	+4,2	1,5
1995	9 140,0	+2,8	380,7	-0,2	1,4
1996	9 3 8 4, 7	+2,7	378,6	-0,6	1,5
1997	9 622,5	+2,5	382,2	+0,9	1,5
1998	9 862,1	+2,5	397,4	+4,0	1,6
1999	10 109,6	+2,5	415,4	+4,5	1,7
2000	10361,7	+2,5	426,3	+2,6	1,7
2001	10 601,8	+2,3	412,2	-3,3	1,7
2002	10 807,2	+1,9	387,0	-6,1	1,7
2003	10984,2	+1,6	382,4	-1,2	1,9
2004	11148,6	+1,5	381,5	-0,2	2,0
2005	11 304,0	+1,4	384,5	+0,8	2,1
2006	11 467,3	+1,4	416,1	+8,2	2,2
2007	11 647,1	+1,6	435,8	+4,7	2,2
2008	11 830,9	+1,6	443,0	+1,7	2,2
2009	11 982,8	+1,3	392,5	-11,4	2,0
2010	12 111,4	+1,1	414,1	+5,5	2,4
2011	12 241,2	+1,1	441,1	+6,5	2,6
2012	12 381,6	+1,1	447,7	+1,5	2,5
2013	12 539,4	+1,3	463,8	+3,6	2,5
2014	12 705,0	+1,3	477,5	+3,0	2,5
2015	12 881,6	+1,4	491,6	+3,0	2,5
2016	13 068,0	+1,4	506,1	+3,0	2,5

Tabelle 11: Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität

	Solow-Residuen	Totale Faktorproduktivität
	log	log
1982	-7,4314	-7,4187
1983	-7,4141	-7,4070
1984	-7,3961	-7,3945
1985	-7,3814	-7,3812
1986	-7,3718	-7,3672
1987	-7,3662	-7,3523
1988	-7,3450	-7,3362
1989	-7,3180	-7,3191
1990	-7,2866	-7,3016
1991	-7,2573	-7,2844
1992	-7,2459	-7,2684
1993	-7,2510	-7,2542
1994	-7,2351	-7,2415
1995	-7,2238	-7,2302
1996	-7,2171	-7,2200
1997	-7,2052	-7,2104
1998	-7,2001	-7,2011
1999	-7,1966	-7,1917
2000	-7,1770	-7,1819
2001	-7,1639	-7,1722
2002	-7,1615	-7,1632
2003	-7,1628	-7,1550
2004	-7,1585	-7,1473
2005	-7,1532	-7,1401
2006	-7,1223	-7,1328
2007	-7,1056	-7,1264
2008	-7,1082	-7,1209
2009	-7,1474	-7,1166
2010	-7,1296	-7,1117
2011	-7,1154	-7,1066
2012	-7,1139	-7,1009
2013	-7,1033	-7,0943
2014	-7,0917	-7,0870
2015	-7,0804	-7,0791
2016	-7,0693	-7,0708

Tabelle 12: Preise und Löhne

	Deflator des Brut	toinlandsprodukts	Deflator des pr	ivaten Konsums	Arbeitnehmere	entgelte, Inland
	2005=100	in % ggü. Vorjahr	2005=100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
1982	65,8	+4,6	66,7	+5,0	549,0	+3,1
1983	67,6	+2,8	68,9	+3,2	561,2	+2,2
1984	69,0	+2,0	70,6	+2,5	583,1	+3,9
1985	70,4	+2,1	71,7	+1,5	606,5	+4,0
1986	72,5	+3,0	70,9	-1,1	638,7	+5,3
1987	73,5	+1,3	70,8	-0,1	667,7	+4,5
1988	74,7	+1,7	72,1	+1,9	695,8	+4,2
1989	76,9	+2,9	74,9	+3,9	728,0	+4,6
1990	79,5	+3,4	77,1	+3,0	787,6	+8,2
1991	81,9	+3,1	79,4	+2,9	858,8	+9,0
1992	86,3	+5,4	82,8	+4,3	931,8	+8,5
1993	89,8	+4,0	85,9	+3,6	954,0	+2,4
1994	92,0	+2,5	88,0	+2,5	978,5	+2,6
1995	93,9	+2,0	89,3	+1,4	1 014,6	+3,7
1996	94,5	+0,6	90,1	+1,0	1 022,9	+0,8
1997	94,7	+0,3	91,3	+1,3	1 026,2	+0,3
1998	95,3	+0,6	91,7	+0,5	1 047,2	+2,0
1999	95,5	+0,2	92,1	+0,4	1 073,7	+2,5
2000	94,8	-0,7	92,8	+0,8	1 114,1	+3,8
2001	95,9	+1,1	94,6	+1,9	1 135,1	+1,9
2002	97,3	+1,4	95,7	+1,2	1 141,5	+0,6
2003	98,3	+1,1	97,2	+1,6	1 144,3	+0,2
2004	99,4	+1,1	98,4	+1,2	1 147,5	+0,3
2005	100,0	+0,6	100,0	+1,7	1 139,4	-0,7
2006	100,3	+0,3	101,0	+1,0	1 157,0	+1,5
2007	101,9	+1,6	102,5	+1,5	1 187,0	+2,6
2008	102,7	+0,8	104,2	+1,7	1 229,4	+3,6
2009	103,9	+1,2	104,2	+0,1	1 230,6	+0,1
2010	104,6	+0,6	106,3	+1,9	1 261,4	+2,5
2011	105,4	+0,8	108,5	+2,1	1 318,4	+4,5
2012	107,0	+1,5	110,4	+1,7	1 349,5	+2,4
2013	108,4	+1,3	112,2	+1,6	1 379,5	+2,2
2014	109,8	+1,3	114,0	+1,6	1 413,0	+2,4
2015	111,3	+1,3	115,9	+1,6	1 448,6	+2,5
2016	112,8	+1,3	117,8	+1,6	1 485,1	+2,5

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

land					jährliche\	Veränderun	gen in %				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland	+2,3	+5,3	+1,7	+3,1	+0,7	+1,1	-5,1	+3,7	+2,9	+0,8	+1,5
Belgien	+1,7	+3,1	+2,4	+3,7	+1,7	+1,0	-2,8	+2,3	+2,2	+0,9	+1,5
Estland	-	-	+4,5	+10,0	+8,9	-3,7	-14,3	+2,3	+8,0	+3,2	+4,0
Griechenland	+2,5	+0,0	+2,1	+4,5	+2,3	-0,2	-3,2	-3,5	-5,5	-2,8	+0,7
Spanien	+2,3	+3,8	+2,8	+5,0	+3,6	+0,9	-3,7	-0,1	+0,7	+0,7	+1,4
Frankreich	+1,6	+2,6	+2,0	+3,7	+1,8	-0,1	-2,7	+1,5	+1,6	+0,6	+1,4
Irland	+3,1	+7,6	+9,8	+9,3	+5,3	-3,0	-7,0	-0,4	+1,1	+1,1	+2,3
Italien	+2,8	+2,1	+2,8	+3,7	+0,9	-1,2	-5,1	+1,5	+0,5	+0,1	+0,7
Zypern	-	-	+9,9	+5,0	+3,9	+3,6	-1,9	+1,1	+0,3	+0,0	+1,8
Luxemburg	+2,9	+5,3	+1,4	+8,4	+5,4	+0,8	-5,3	+2,7	+1,6	+1,0	+2,3
Malta	-	-	+6,2	+6,4	+3,7	+4,4	-2,7	+2,7	+2,1	+1,3	+2,0
Niederlande	+2,3	+4,2	+3,1	+3,9	+2,0	+1,8	-3,5	+1,7	+1,8	+0,5	+1,3
Österreich	+2,5	+4,2	+2,8	+3,7	+2,4	+1,4	-3,8	+2,3	+2,9	+0,9	+1,9
Portugal	+1,6	+7,9	+2,3	+3,9	+0,8	+0,0	-2,5	+1,4	-1,9	-3,0	+1,1
Slowakei	-	-	+5,8	+1,4	+6,7	+5,9	-4,9	+4,2	+2,9	+1,1	+2,9
Slowenien	-	-	+4,1	+4,3	+4,0	+3,6	-8,0	+1,4	+1,1	+1,0	+1,5
Finnland	+3,3	+0,5	+4,0	+5,3	+2,9	+1,0	-8,2	+3,6	+3,1	+1,4	+1,7
Euroraum	+2,2	+3,5	+2,3	+3,8	+1,7	+0,4	-4,2	+1,9	+1,5	+0,5	+1,3
Bulgarien	-	-	+2,9	+5,7	+6,4	+6,2	-5,5	+0,2	+2,2	+2,3	+3,0
Dänemark	+4,0	+1,6	+3,1	+3,5	+2,4	-1,1	-5,2	+1,7	+1,2	+1,4	+1,7
Lettland	-	-	-0,9	+6,1	+10,1	-3,3	-17,7	-0,3	+4,5	+2,5	+4,0
Litauen	-	-	+3,3	+3,3	+7,8	+2,9	-14,8	+1,4	+6,1	+3,4	+3,8
Polen	-	-	+7,0	+4,3	+3,6	+5,1	+1,6	+3,9	+4,0	+2,5	+2,8
Rumänien	-	-	+7,1	+2,4	+4,2	+7,3	-6,6	-1,9	+1,7	+2,1	+3,4
Schweden	+2,2	+1,0	+3,9	+4,5	+3,2	-0,6	-5,2	+5,6	+4,0	+1,4	+2,1
Tschechien	-	-	+5,9	+4,2	+6,8	+3,1	-4,7	+2,7	+1,8	+0,7	+1,7
Ungarn	-	-	+1,5	+4,2	+4,0	+0,9	-6,8	+1,3	+1,4	+0,5	+1,4
Vereinigtes Königreich	+3,6	+0,8	+3,1	+4,5	+2,1	-1,1	-4,4	+1,8	+0,7	+0,6	+1,5
EU	+2,5	+3,0	+2,6	+3,9	+2,0	+0,3	-4,2	+2,0	+1,6	+0,6	+1,5
Japan	+6,3	+5,6	+1,9	+2,9	+1,9	-1,2	-6,3	+4,0	-0,4	+1,8	+1,0
USA	+4,1	+1,9	+2,5	+4,2	+3,1	-0,4	-3,5	+3,0	+1,6	+1,5	+1,3

Quellen:

Für die Jahre 1985 - 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2011. Für die Jahre ab 2008: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2011.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

			jährlich	ne Veränderunge	n in %		
Land	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland	+2,3	+2,8	+0,2	+1,2	+2,4	+1,7	+1,8
Belgien	+1,8	+4,5	+0,0	+2,3	+3,5	+2,0	+1,9
Estland	+6,7	+10,6	+0,2	+2,7	+5,2	+3,3	+2,8
Griechenland	+3,0	+4,2	+1,3	+4,7	+3,0	+0,8	+0,8
Spanien	+2,8	+4,1	-0,2	+2,0	+3,0	+1,1	+1,3
Frankreich	+1,6	+3,2	+0,1	+1,7	+2,2	+1,5	+1,4
Irland	+2,9	+3,1	-1,7	-1,6	+1,1	+0,7	+1,2
Italien	+2,0	+3,5	+0,8	+1,6	+2,7	+2,0	+1,9
Zypern	+2,2	+4,4	+0,2	+2,6	+3,4	+2,8	+2,3
Luxemburg	+2,7	+4,1	+0,0	+2,8	+3,6	+2,1	+2,5
Malta	+0,7	+4,7	+1,8	+2,0	+2,6	+2,2	+2,3
Niederlande	+1,6	+2,2	+1,0	+0,9	+2,5	+1,9	+1,3
Österreich	+2,2	+3,2	+0,4	+1,7	+3,4	+2,2	+2,1
Portugal	+2,4	+2,7	-0,9	+1,4	+3,5	+3,0	+1,5
Slowakei	+1,9	+3,9	+0,9	+0,7	+4,0	+1,7	+2,1
Slowenien	+3,8	+5,5	+0,9	+2,1	+1,9	+1,3	+1,2
Finnland	+1,6	+3,9	+1,6	+1,7	+3,2	+2,6	+1,8
Euroraum	+2,1	+3,3	+0,3	+1,6	+2,6	+1,7	+1,6
Bulgarien	+7,6	+12,0	+2,5	+3,0	+3,6	+3,1	+3,0
Dänemark	+1,7	+3,6	+1,1	+2,2	+2,6	+1,7	+1,8
Lettland	+10,1	+15,3	+3,3	-1,2	+4,2	+2,4	+2,0
Litauen	+5,8	+11,1	+4,2	+1,2	+4,0	+2,7	+2,8
Polen	+2,6	+4,2	+4,0	+2,7	+3,7	+2,7	+2,9
Rumänien	+4,9	+7,9	+5,6	+6,1	+5,9	+3,4	+3,4
Schweden	+1,7	+3,3	+1,9	+1,9	+1,5	+1,3	+1,6
Tschechien	+3,0	+6,3	+0,6	+1,2	+1,8	+2,7	+1,6
Ungarn	+7,9	+6,0	+4,0	+4,7	+4,0	+4,5	+4,1
Vereinigtes Königreich	+2,3	+3,6	+2,2	+3,3	+4,3	+2,9	+2,0
EU	+2,4	+3,7	+1,0	+2,1	+3,0	+2,0	+1,8
Japan	+0,0	+1,4	-1,4	-0,7	-0,2	-0,1	+0,8
USA	+2,8	+3,8	-0,4	+1,6	+3,2	+1,9	+2,2

Quelle:

EU-Kommission, Herbstprognose, November 2011.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

				ir	n % der zivile	n Erwerbsb	evölkerung				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland	7,2	4,8	8,0	7,5	11,2	7,5	7,8	7,1	6,1	5,9	5,8
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,5	7,0	7,9	8,3	7,6	7,7	7,9
Estland	-	-	9,7	13,6	7,9	5,5	13,8	16,9	12,5	11,2	10,1
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,2	9,9	7,7	9,5	12,6	16,6	18,4	18,4
Spanien	17,8	13,0	18,4	11,1	9,2	11,3	18,0	20,1	20,9	20,9	20,3
Frankreich	9,6	8,4	11,0	9,0	9,3	7,8	9,5	9,8	9,8	10,0	10,1
Irland	16,8	13,4	12,3	4,2	4,4	6,3	11,9	13,7	14,4	14,3	13,6
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	7,7	6,7	7,8	8,4	8,1	8,2	8,2
Zypern	-	-	2,6	4,8	5,3	3,7	5,3	6,2	7,2	7,5	7,1
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,2	4,6	4,9	5,1	4,6	4,5	4,8	4,7
Malta	-	4,8	4,9	6,7	7,3	6,0	6,9	6,9	6,7	6,8	6,6
Niederlande	7,3	5,1	7,1	3,1	5,3	3,1	3,7	4,5	4,5	4,7	4,8
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	5,2	3,8	4,8	4,4	4,2	4,5	4,2
Portugal	9,1	4,8	7,2	4,5	8,6	8,5	10,6	12,0	12,6	13,6	13,7
Slowakei	-	-	13,2	18,8	16,3	9,5	12,0	14,4	13,2	13,2	12,3
Slowenien	-	-	6,9	6,7	6,5	4,4	5,9	7,3	8,2	8,4	8,2
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	8,4	6,4	8,2	8,4	7,8	7,7	7,4
Euroraum	9,3	7,5	10,4	8,5	9,2	7,6	9,6	10,1	10,0	10,1	10,0
Bulgarien	-	-	12,0	16,4	10,1	5,6	6,8	10,2	12,2	12,1	11,3
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	4,8	3,3	6,0	7,4	7,4	7,3	7,1
Lettland	-	0,5	18,9	13,7	8,9	7,5	17,1	18,7	16,1	15,0	13,5
Litauen	-	0,0	6,9	16,4	8,3	5,8	13,7	17,8	15,1	13,3	11,6
Polen	-	-	13,2	16,1	17,8	7,1	8,2	9,6	9,3	9,2	8,6
Rumänien	-	-	6,0	6,8	7,2	5,8	6,9	7,3	8,2	7,8	7,4
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	7,7	6,2	8,3	8,4	7,4	7,4	7,3
Tschechien	-	-	3,9	8,7	7,9	4,4	6,7	7,3	6,8	7,0	6,7
Ungarn	-	-	9,9	6,4	7,2	7,8	10,0	11,2	11,2	11,0	11,3
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,8	5,6	7,6	7,8	7,9	8,6	8,5
EU	9,4	7,2	10,3	8,7	9,0	7,1	9,0	9,7	9,7	9,8	9,6
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	4,4	4,0	5,1	5,1	4,9	4,8	4,7
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,1	5,8	9,3	9,6	9,0	9,0	8,8

#### Quellen:

Für die Jahre 1985 - 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2011. Für die Jahre ab 2008: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2011.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Real	es Bruttoii	nlandsprod	dukt		Verbrauc	herpreise			Leistung	gsbilanz	
			Verände	rung gege	enüber Vorjahr in %				in % des nominalen Bruttoinlandprodukts			
	2009	2010	2011 <sup>1</sup>	2012 <sup>1</sup>	2009	2010	2011 <sup>1</sup>	2012 <sup>1</sup>	2009	2010	2011 <sup>1</sup>	2012 <sup>1</sup>
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	-6,4	+4,6	+4,6	+4,4	+11,2	+7,2	+10,3	+8,7	2,5	3,8	4,6	2,9
darunter												
Russische Föderation	-7,8	+4,0	+4,3	+4,1	+11,7	+6,9	+8,9	+7,3	4,1	4,8	5,5	3,5
Ukraine	-14,5	+4,2	+4,7	+4,8	+15,9	+9,4	+9,3	+9,1	-1,5	-2,1	-3,9	-5,3
Asien	+7,2	+9,5	+8,2	+8,0	+3,1	+5,7	+7,0	+5,1	3,7	3,3	3,3	3,4
darunter												
China	+9,2	+10,3	+9,5	+9,0	-0,7	+3,3	+5,5	+3,3	5,2	5,2	5,2	5,6
Indien	+6,8	+10,1	+7,8	+7,5	+10,9	+12,0	+10,6	+8,6	-2,8	-2,6	-2,2	-2,2
Indonesien	+4,6	+6,1	+6,4	+6,3	+4,8	+5,1	+5,7	+6,5	2,5	0,8	0,2	-0,4
Korea	+0,3	+6,2	+3,9	+4,4	+2,8	+3,0	+4,5	+3,5	3,9	2,8	1,5	1,4
Thailand	-2,4	+7,8	+3,5	+4,8	-0,8	+3,3	+4,0	+4,1	8,3	4,6	4,8	2,5
Lateinamerika	-1,7	+6,1	+4,5	+4,0	+6,0	+6,0	+6,7	+6,0	-0,6	-1,2	-1,4	-1,7
darunter												
Argentinien	+0,8	+9,2	+8,0	+4,6	+6,3	+10,5	+11,5	+11,8	2,1	0,8	-0,3	-0,9
Brasilien	-0,6	+7,5	+3,8	+3,6	+4,9	+5,0	+6,6	+5,2	-1,5	-2,3	-2,3	-2,5
Chile	-1,7	+5,2	+6,5	+4,7	+1,7	+1,5	+3,1	+3,1	1,6	1,9	0,1	-1,5
Mexiko	-6,2	+5,4	+3,8	+3,6	+5,3	+4,2	+3,4	+3,1	-0,7	-0,5	-1,0	-0,9
Sonstige												
Türkei	-4,8	+8,9	+6,6	+2,2	+6,3	+8,6	+6,0	+6,9	-2,3	-6,6	-10,3	-7,4
Südafrika	-1,7	+2,8	+3,4	+3,6	+7,1	+4,3	+5,9	+5,0	-4,1	-2,8	-2,8	-3,7

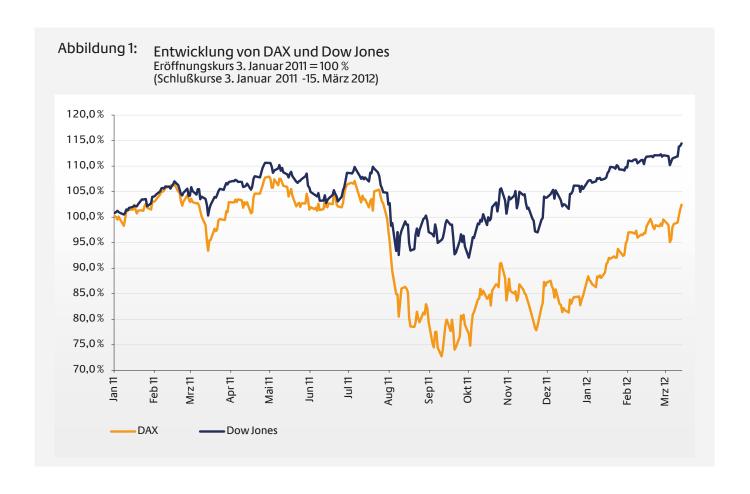
<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook September 2011.

# 

	••	
T - L - II - 47	Übersicht Weltfinanzı	" I -1
	I IDARSICHT WAITTINGHOI	marvta
Table III.	CODELSICAL VVEH HIGHY	Haire

Aktienindizes	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	14.03.2012	2011	zu Ende 2011	2011/2012	2011/2012
Dow Jones	13 194	12 218	+8,0	10 655	13 194
Eurostoxx 50	2 575	2317	+11,1	1 995	3 068
Dax	7 079	5 8 9 8	+20,0	5 072	7 528
CAC 40	3 565	3 160	+12,8	2 782	4 157
Nikkei	10 051	8 455	+18,9	8 160	10 858
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	14.03.2012	2011	US-Bond	2011/2012	2011/2012
USA	2,28	1,89	-	1,73	3,78
Deutschland	1,91	1,83	-0,4	1,68	3,49
Japan	1,02	0,99	-1,3	0,95	1,36
Vereinigtes Königreich	2,21	1,95	-0,1	1,95	3,90
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	14.03.2012	2011	zu Ende 2011	2011/2012	2011/2012
Dollar/Euro	1,31	1,29	+1,0	1,27	1,49
Yen/Dollar	83,75	76,86	+9,0	75,79	85,39
Yen/Euro	109,16	100,20	+8,9	97,25	122,80
Pfund/Euro	0,83	0,84	-0,5	0,82	0,91



KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote			
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013
Deutschland												
EU-KOM	+3,7	+3,0	+0,6	+1,5	+1,2	+2,5	+1,9	+1,8	7,1	6,1	5,9	5,8
OECD	+3,6	+3,0	+0,6	+1,9	+1,2	+2,4	+1,6	+1,5	6,8	5,9	5,7	5,5
IWF	+3,6	+3,0	+0,3	+1,5	+1,2	+2,2	+1,3	-	7,1	6,0	6,2	-
USA												
EU-KOM	+3,0	+1,6	+1,5	+1,3	+1,6	+3,2	+1,9	+2,2	9,6	9,0	9,0	8,8
OECD	+3,0	+1,7	+2,0	+2,5	+1,6	+3,2	+2,4	+1,4	9,6	9,0	8,9	8,6
IWF	+3,0	+1,8	+1,8	+2,2	+1,6	+3,0	+1,2	-	9,6	9,1	9,0	-
Japan												
EU-KOM	+4,0	-0,4	+1,8	+1,0	-0,7	-0,2	-0,1	+0,8	5,1	4,9	4,8	4,7
OECD	+4,1	-0,3	+2,0	+1,6	-0,7	-0,3	-0,6	-0,3	5,1	4,6	4,5	4,4
IWF	+4,4	-0,9	+1,7	+1,6	-0,7	-0,4	-0,5	-	5,1	4,9	4,8	-
Frankreich												
EU-KOM	+1,5	+1,7	+0,4	+1,4	+1,7	+2,3	+2,2	+1,4	9,8	9,8	10,0	10,1
OECD	+1,4	+1,6	+0,3	+1,4	+1,7	+2,1	+1,4	+1,1	9,4	9,2	9,7	9,8
IWF	+1,4	+1,6	+0,2	+1,0	+1,7	+2,1	+1,4	-	9,8	9,5	9,2	-
Italien												
EU-KOM	+1,5	+0,2	-1,3	+0,7	+1,6	+2,9	+2,9	+1,9	8,4	8,1	8,2	8,2
OECD	+1,5	+0,7	-0,5	+0,5	+1,6	+2,7	+1,7	+1,1	8,4	8,1	8,3	8,6
IWF	+1,5	+0,4	-2,2	-0,6	+1,6	+2,6	+1,6	-	8,4	8,2	8,5	-
Vereinigtes												
Königreich												
EU-KOM	+2,1	+0,9	+0,6	+1,5	+3,3	+4,5	+2,7	+2,0	7,8	7,9	8,6	8,5
OECD	+1,8	+0,9	+0,5	+1,8	+3,3	+4,5	+2,7	+1,3	7,9	8,1	8,8	9,1
IWF	+2,1	+0,9	+0,6	+2,0	+3,3	+4,5	+2,4	-	7,9	7,8	7,8	-
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	+3,2	+2,2	+1,9	+2,5	+1,8	+2,8	+1,6	+1,4	8,0	7,4	7,3	7,2
IWF	+3,2	+2,3	+1,7	+2,0	+1,8	+2,9	+2,1	-	8,0	7,6	7,7	-
Euroraum												
EU-KOM	+1,9	+1,4	-0,3	+1,3	+1,6	+2,7	+2,1	+1,6	10,1	10,0	10,1	10,0
OECD	+1,8	+1,6	+0,2	+1,4	+1,6	+2,6	+1,6	+1,2	9,9	9,9	10,3	10,3
IWF	+1,9	+1,6	-0,5	+0,8	+1,6	+2,5	+1,5	-	10,1	9,9	9,9	-
EZB	+1,7	+1,6	+1,3		+1,6	+2,6	+1,7	-	-	-	-	-
EU-27												
EU-KOM	+2,0	+1,5	+0,0	+1,5	+2,1	+3,1	+2,3	+1,8	9,7	9,7	9,8	9,6
IWF	+1,8	+1,7	+1,4	-	+2,0	+3,0	+1,8	-	-	-	-	-

## Quellen:

EU-KOM: Herbst prognose, November 2011, Interims prognose, 23. Februar 2012-Aktualisierung BIP real und Verbraucher preise.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2011.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), September 2011 & Regionaler Wirtschaftsausblick Europa, Oktober 2011. Korrektur der Veränderung der Wachstumszahlen durch das Update des WEO vom 24.01.2012.

 $EZB: ECB \, Staff \, Macroeconomic \, Projections \, for \, the \, Euro \, Area; \, Dezember \, 2011 \, (nur \, BIP \, und \, Verbraucher preise \, sowie \, nur \, für \, den \, Euroraum).$ 

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote				
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	
Belgien													
EU-KOM	+2,3	+1,9	-0,1	+1,5	+2,3	+3,5	+2,7	+1,9	8,3	7,6	7,7	7,9	
OECD	+2,3	+2,0	+0,5	+1,6	+2,3	+3,4	+2,3	+1,7	8,3	7,0	7,3	7,6	
IWF	+2,1	+2,4	+1,5	-	+2,3	+3,2	+2,0	-	8,4	7,9	8,1	-	
Estland													
EU-KOM	+2,3	+7,5	+1,2	+4,0	+2,7	+5,1	+3,1	+2,8	16,9	12,5	11,2	10,1	
OECD	+2,3	+8,0	+3,2	+4,4	+2,7	+5,1	+3,2	+3,2	16,8	12,3	10,8	10,0	
IWF	+3,1	+6,5	+4,0	-	+2,9	+5,1	+3,5	-	16,9	13,5	11,5	-	
Finnland													
EU-KOM	+3,7	+2,7	+0,8	+1,7	+1,7	+3,3	+3,0	+1,8	8,4	7,8	7,7	7,4	
OECD	+3,6	+3,0	+1,4	+2,0	+1,7	+3,2	+2,6	+1,8	8,4	7,9	8,0	7,7	
IWF	+3,6	+3,5	+2,2	-	+1,7	+3,1	+2,0	-	8,4	7,8	7,6	-	
Griechenland													
EU-KOM	-3,5	-6,8	-4,4	+0,7	+4,7	+3,1	-0,5	+0,8	12,6	16,6	18,4	18,4	
OECD	-3,5	-6,1	-3,0	+0,5	+4,7	+3,0	+1,1	+0,2	12,5	16,6	18,5	18,7	
IWF	-4,4	-5,0	-2,0	-	+4,7	+2,9	+1,0	-	12,5	16,5	18,5	-	
Irland													
EU-KOM	-0,4	+0,9	+0,5	+2,3	-1,6	+1,2	+1,6	+1,2	13,7	14,4	14,3	13,6	
OECD	-0,4	+1,2	+1,0	+2,4	-1,6	+1,1	+0,8	+0,9	13,5	14,1	14,1	13,7	
IWF	-0,4	+0,4	+1,5	-	-1,6	+1,1	+0,6	-	13,6	14,3	13,9	-	
Luxemburg													
EU-KOM	+2,7	+1,1	+0,7	+2,3	+2,8	+3,7	+2,7	+2,5	4,6	4,5	4,8	4,7	
OECD	+2,7	+2,0	+0,4	+2,2	+2,8	+3,5	+1,6	+2,3	6,0	6,0	6,3	6,0	
IWF	+3,5	+3,6	+2,7	-	+2,3	+3,6	+1,4	-	6,2	5,8	6,0	-	
Malta													
EU-KOM	+2,9	+2,1	+1,0	+2,0	+2,0	+2,4	+2,1	+2,3	6,9	6,7	6,8	6,6	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	+3,1	+2,4	+2,2	-	+2,0	+2,6	+2,3	-	6,9	6,3	6,2	-	
Niederlande													
EU-KOM	+1,7	+1,2	-0,9	+1,3	+0,9	+2,5	+2,0	+1,3	4,5	4,5	4,7	4,8	
OECD	+1,6	+1,4	+0,3	+1,5	+0,9	+2,5	+2,2	+1,8	4,4	4,3	4,5	4,2	
IWF	+1,6	+1,6	+1,3	-	+0,9	+2,5	+2,0	-	4,5	4,2	4,2	-	
Österreich													
EU-KOM	+2,3	+3,1	+0,7	+1,9	+1,7	+3,6	+2,4	+2,1	4,4	4,2	4,5	4,2	
OECD	+2,4	+3,2	+0,6	+1,8	+1,7	+3,5	+1,9	+1,7	4,4	4,2	4,4	4,4	
IWF	+2,1	+3,3	+1,6	-	+1,7	+3,2	+2,2	-	4,4	4,1	4,1	-	

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote				
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	
Portugal													
EU-KOM	+1,4	-1,5	-3,3	+1,1	+1,4	+3,6	+3,3	+1,5	12,0	12,6	13,6	13,7	
OECD	+1,4	-1,6	-3,2	+0,5	+1,4	+3,5	+2,6	+1,1	10,8	12,5	13,8	14,2	
IWF	+1,3	-2,2	-1,8	-	+1,4	+3,4	+2,1	-	12,0	12,2	13,4	-	
Slowakei													
EU-KOM	+4,2	+3,3	+1,2	+2,9	+0,7	+4,1	+1,9	+2,1	14,4	13,2	13,2	12,3	
OECD	+4,2	+3,0	+1,8	+3,6	+0,7	+4,1	+2,9	+2,8	14,4	13,4	13,2	12,3	
IWF	+4,0	+3,3	+3,3	-	+0,7	+3,6	+1,8	-	14,4	13,4	12,3	-	
Slowenien													
EU-KOM	+1,4	+0,3	-0,1	+1,5	+2,1	+2,1	+1,6	+1,2	7,3	8,2	8,4	8,2	
OECD	+1,4	+1,0	+0,3	+1,8	+2,1	+1,8	+1,3	+1,7	-	-	-	-	
IWF	+1,2	+1,9	+2,0	-	+1,8	+1,8	+2,1	-	7,3	8,2	8,0	-	
Spanien													
EU-KOM	-0,1	+0,7	-1,0	+1,4	+2,0	+3,1	+1,3	+1,3	20,1	20,9	20,9	20,3	
OECD	-0,1	+0,7	+0,3	+1,3	+2,0	+3,0	+1,4	+0,9	20,1	21,5	22,9	22,7	
IWF	-0,1	+0,7	-1,7	-0,3	+2,0	+2,9	+1,5	-	20,1	20,7	19,7	-	
Zypern													
EU-KOM	+1,1	+0,5	-0,5	+1,8	+2,6	+3,5	+2,8	+2,3	6,2	7,2	7,5	7,1	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	+1,0	+0,0	+1,0	-	+2,6	+4,0	+2,4	-	6,4	7,4	7,2	-	

#### Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2011. Interimsprognose, 23. Februar 2012 - Aktualisierung BIP real und Verbraucherpreise OECD: Wirtschaftsausblick, November 2011.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), September 2011 & Regionaler Wirtschaftsausblick Europa, Oktober 2011. Korrektur der Veränderung der Wachstumszahlen durch das Update des WEO vom 24.01.2012.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote				
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	
Bulgarien													
EU-KOM	+0,2	+1,8	+1,4	+3,0	+3,0	+3,4	+3,0	+3,0	10,2	12,2	12,1	11,3	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	+0,2	+2,5	+3,0	-	+3,0	+3,8	+2,9	-	10,3	10,2	9,5	-	
Dänemark													
EU-KOM	+1,3	+1,0	+1,1	+1,7	+2,2	+2,7	+1,8	+1,8	7,4	7,4	7,3	7,1	
OECD	+1,7	+1,1	+0,7	+1,4	+2,3	+2,7	+1,8	+1,8	7,2	7,2	7,2	7,0	
IWF	+1,7	+1,5	+1,5	-	+2,3	+3,2	+2,4	-	4,2	4,5	4,4	-	
Lettland													
EU-KOM	-0,3	+5,3	+2,1	+4,0	-1,2	+4,2	+2,5	+2,0	18,7	16,1	15,0	13,5	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-0,3	+4,0	+3,0	-	-1,2	+4,2	+2,3	-	19,0	16,1	14,5	_	
Litauen													
EU-KOM	+1,4	+5,8	+2,3	+3,8	+1,2	+4,1	+2,6	+2,8	17,8	15,1	13,3	11,6	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	+1,3	+6,0	+3,4	-	+1,2	+4,2	+2,6	-	17,8	15,5	14,0	-	
Polen													
EU-KOM	+3,9	+4,3	+2,5	+2,8	+2,7	+3,9	+3,5	+2,9	9,6	9,3	9,2	8,6	
OECD	+3,8	+4,2	+2,5	+2,5	+2,6	+4,0	+2,5	+2,5	9,6	9,6	9,9	10,2	
IWF	+3,8	+3,8	+3,0	-	+2,6	+4,0	+2,8	-	9,6	9,4	9,2	-	
Rumänien													
EU-KOM	-1,6	+2,5	+1,6	+3,4	+6,1	+5,8	+3,0	+3,4	7,3	8,2	7,8	7,4	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-1,3	+1,5	+3,5	-	+6,1	+6,4	+4,3	-	7,6	5,0	4,8	-	
Schweden													
EU-KOM	+5,6	+4,2	+0,7	+2,1	+1,9	+1,4	+0,9	+1,4	8,4	7,4	7,4	7,3	
OECD	+5,4	+4,1	+1,3	+2,3	+1,2	+2,9	+1,1	+1,4	8,4	7,5	7,5	7,0	
IWF	+5,7	+4,4	+3,8	-	+1,9	+3,0	+2,5	-	8,4	7,4	6,6	-	
Tschechien													
EU-KOM	+2,7	+1,7	+0,0	+1,7	+1,2	+2,1	+3,0	+1,6	7,3	6,8	7,0	6,7	
OECD	+2,7	+2,1	+1,6	+3,0	+1,5	+1,7	+3,1	+2,0	7,3	6,9	6,7	6,4	
IWF	+2,3	+2,0	+1,8	-	+1,5	+1,8	+2,0	-	7,3	6,7	6,6	-	
Ungarn													
EU-KOM	+1,3	+1,7	-0,1	+1,4	+4,7	+3,9	+5,1	+4,1	11,2	11,2	11,0	11,3	
OECD	+1,3	+1,5	-0,6	+1,1	+4,9	+3,9	+4,9	+2,9	11,2	11,0	11,9	11,8	
IWF	+1,2	+1,8	+1,7	-	+4,9	+3,7	+3,0	-	11,2	11,3	11,0	_	

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2011. Interimsprognose, 23. Februar 2012 - Aktualisierung BIP real und Verbraucherpreise.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2011.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \ (WEO), September 2011 \& Regionaler Wirtschafts ausblick \ Europa, Oktober 2011.$ 

Stand: Februar 2012

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	nuldenquot	:e	Leistungsbilanzsaldo			
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013
Deutschland												
EU-KOM	-4,3	-1,3	-1,0	-0,7	83,2	81,7	81,2	79,9	5,8	5,1	4,4	4,2
OECD	-4,3	-1,2	-1,1	-0,6	83,4	83,2	83,7	82,8	5,6	4,9	4,9	5,3
IWF	-3,5	-1,2	-0,4	0,1	83,2	81,5	81,6	79,8	5,7	5,0	4,9	-
USA												
EU-KOM	-10,6	-10,0	-8,5	-5,0	95,2	101,0	105,6	107,1	-3,3	-3,3	-3,1	-3,5
OECD	-10,7	-10,0	-9,3	-8,3	94,2	97,6	103,6	108,5	-3,2	-3,0	-2,9	-3,2
IWF	-7,8	-7,0	-5,6	-4,3	98,5	102,0	107,6	112,0	-3,2	-3,1	-2,1	-
Japan												
EU-KOM	-6,8	-7,2	-7,4	-7,2	197,6	206,2	210,0	215,7	3,5	2,9	2,9	2,8
OECD	-7,8	-8,9	-8,9	-9,5	200,0	211,7	219,1	226,8	3,6	2,2	2,2	2,4
IWF	-7,8	-8,0	-8,6	-7,8	219,0	233,4	241,0	246,8	3,6	2,5	2,8	-
Frankreich												
EU-KOM	-7,1	-5,8	-5,3	-5,1	82,3	85,4	89,2	91,7	-2,2	-3,2	-3,3	-3,0
OECD	-7,1	-5,7	-4,5	-3,0	82,4	85,8	89,6	91,3	-1,8	-2,3	-2,2	-2,2
IWF	-5,2	-4,4	-3,3	-3,1	82,4	87,0	90,7	93,1	-1,7	-2,7	-2,5	
Italien												
EU-KOM	-4,6	-4,0	-2,3	-1,2	118,4	120,5	120,5	118,7	-3,5	-3,6	-3,0	-2,3
OECD	-4,5	-3,6	-1,6	-0,1	118,4	120,0	120,4	118,9	-3,5	-3,6	-2,6	-1,8
IWF	-3,4	-2,9	-0,8	0,0	118,4	121,4	125,3	126,6	-3,3	-3,5	-3,0	
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	-10,3	-9,4	-7,8	-5,8	79,9	84,0	88,8	85,9	-2,5	-2,5	-0,9	-0,2
OECD	-10,4	-9,4	-8,7	-7,3	79,9	87,6	94,9	100,0	-2,5	-0,6	0,1	0,3
IWF	-7,8	-6,3	-5,1	-3,7	75,1	80,8	86,6	90,3	-3,2	-2,7	-2,3	-
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	-5,6	-5,0	-4,1	-3,0	85,1	87,8	92,8	96,6	-3,1	-2,8	-2,9	-2,9
IWF	-4,0	-3,8	-3,2	-2,5	85,1	85,5	86,7	84,7	-3,1	-3,3	-3,8	
Euroraum												
EU-KOM	-6,2	-4,1	-3,4	-3,0	85,6	88,0	90,4	90,9	0,1	-0,1	0,0	0,2
OECD	-6,3	-4,0	-2,9	-1,9	85,7	88,3	90,6	91,0	0,2	0,1	0,6	1,0
IWF	-4,8	-3,5	-2,1	-1,6	85,3	88,4	91,1	92,5	-0,4	0,1	0,4	
EU-27												
EU-KOM	-6,6	-4,7	-3,9	-3,2	80,3	82,5	84,9	84,9	-0,2	0,1	0,6	1,0
IWF	-6,5	-4,6	-3,6		79,8	82,3	83,7		-0,1	-0,2	0,0	-

#### Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, November 2011 & Statistischer Anhang, Nevember 2011 (nur zu Staatsschulden für USA u. Japan).

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2011 (Staatsschuldenquoten nur für EU-Mitgliedstaaten nach Maastricht-Kriterien, nur im Länderteil).

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), September 2011 & Regionaler Wirtschaftsausblick Europa, Oktober 2011. Korrektur der Veränderung des Öffentlichen Haushaltssaldos sowie der Staatsschuldenquote durch das Update des "Fiscal Monitor" vom 24.01.2012.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF

Übrige Länder des Euroraums

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	nuldenquot	e	Leistungsbilanzsaldo				
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	
Belgien													
EU-KOM	-4,1	-3,6	-4,6	-4,5	96,2	97,2	99,2	100,3	3,2	2,4	2,1	2,4	
OECD	-4,2	-3,5	-3,2	-2,2	96,2	96,3	97,4	97,0	1,5	-0,5	-0,3	-0,2	
IWF	-4,1	-3,5	-3,4	-		-	-	-	1,0	0,6	0,9	-	
Estland													
EU-KOM	0,2	0,8	-1,8	-0,8	6,7	5,8	6,0	6,1	3,8	3,1	1,5	0,7	
OECD	0,3	0,1	-1,9	0,0	6,7	6,5	7,3	7,2	3,6	3,5	2,6	1,5	
IWF	0,2	-0,1	-2,3	-	6,6	6,0	5,6	-	3,6	2,4	2,3	-	
Finnland													
EU-KOM	-2,5	-1,0	-0,7	-1,0	48,3	49,1	51,8	53,5	2,8	-0,1	0,0	0,1	
OECD	-2,8	-2,0	-1,4	-1,1	48,3	51,9	56,2	59,2	1,8	0,4	1,2	1,7	
IWF	-2,8	-1,0	0,3	-	-	-	-	-	3,1	2,5	2,5	-	
Griechenland													
EU-KOM	-10,6	-8,9	-7,0	-6,8	144,9	162,8	198,3	198,5	-12,3	-9,9	-7,9	-6,9	
OECD	-10,8	-9,0	-7,0	-5,3	144,9	160,9	177,1	179,7	-10,1	-8,6	-6,3	-5,4	
IWF	-10,4	-8,0	-6,9	-	-	-	-	-	-10,5	-8,4	-6,7	-	
Irland													
EU-KOM	-31,2	-10,3	-8,6	-7,8	94,9	108,1	117,5	121,1	0,5	0,7	1,5	1,8	
OECD	-31,3	-10,3	-8,7	-7,6	92,6	106,7	112,9	116,5	0,5	0,5	1,7	2,2	
IWF	-32,0	-10,3	-8,6	-	-	-	-	-	0,5	1,8	1,9	-	
Luxemburg													
EU-KOM	-1,1	-0,6	-1,1	-0,9	19,1	19,5	20,2	20,3	8,1	5,3	3,4	2,9	
OECD	-1,1	-1,2	-2,0	-1,8	19,1	22,8	25,4	29,2	7,7	6,5	6,3	5,1	
IWF	-1,7	-0,7	-1,2	-	-	-	-	-	7,8	9,8	10,3	-	
Malta													
EU-KOM	-3,6	-3,0	-3,5	-3,6	69,0	69,6	70,8	71,5	-4,0	-3,1	-2,9	-2,6	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-3,8	-2,9	-2,9	-	-	-	-	-	-4,8	-3,8	-4,8		
Niederlande													
EU-KOM	-5,1	-4,3	-3,1	-2,7	62,9	64,2	64,9	66,0	5,1	5,5	7,0	6,9	
OECD	-5,0	-4,2	-3,2	-2,8	62,9	64,8	67,6	69,2	6,7	7,8	7,6	7,9	
IWF	-5,3	-3,8	-2,8	-	-	-	-	-	7,1	7,5	7,7		
Österreich													
EU-KOM	-4,4	-3,4	-3,1	-2,9	71,8	72,2	73,3	73,7	3,2	2,7	2,8	2,9	
OECD	-4,4	-3,4	-3,2	-3,1	71,9	73,6	75,6	76,9	3,0	3,0	3,4	3,8	
IWF	-4,6	-3,5	-3,2	-		-	-	-	2,7	2,8	2,7		

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF

Übrige Länder des Euroraums

		öffentl. Ha	ushaltssald	do		Staatssch	nuldenquot	te	Leistungsbilanzsaldo				
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	
Portugal													
EU-KOM	-9,8	-5,8	-4,5	-3,2	93,3	101,6	111,0	112,1	-9,7	-7,6	-5,0	-3,8	
OECD	-9,8	-5,9	-4,5	-3,0	93,3	101,7	111,7	113,4	-9,9	-8,0	-3,8	-1,7	
IWF	-9,1	-5,9	-4,5	-	-	-	-	-	-9,9	-8,6	-6,4	-	
Slowakei													
EU-KOM	-7,7	-5,8	-4,9	-5,0	41,0	44,5	47,5	51,1	-3,6	-0,7	-1,2	-1,9	
OECD	-7,7	-5,9	-4,6	-3,5	41,0	46,1	49,6	51,5	-3,5	-1,6	-1,5	-0,5	
IWF	-7,9	-4,9	-3,8	-	41,8	44,9	46,9	-	-3,5	-1,3	-1,1	-	
Slowenien													
EU-KOM	-5,8	-5,7	-5,3	-5,7	38,8	45,5	50,1	54,6	-0,8	0,1	0,3	0,5	
OECD	-5,8	-5,3	-4,5	-3,3	38,8	44,0	48,5	51,4	-	-	-	-	
IWF	-5,3	-6,2	-4,7	-	37,3	43,6	47,2	-	-0,8	-1,7	-2,1	-	
Spanien													
EU-KOM	-9,3	-6,6	-5,9	-5,3	61,0	69,6	73,8	78,0	-4,5	-3,4	-3,0	-3,0	
OECD	-9,3	-6,2	-4,4	-3,0	61,0	68,1	71,2	73,0	-4,6	-4,0	-2,3	-2,0	
IWF	-7,8	-6,6	-4,7	-4,1	60,8	70,1	78,1	84,0	-4,6	-3,8	-3,1	-	
Zypern													
EU-KOM	-5,3	-6,7	-4,9	-4,7	61,5	64,9	68,4	70,9	-9,0	-7,3	-6,7	-6,1	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-5,3	-6,6	-4,5	-	-	-	-	-	-7,7	-7,2	-7,6		

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2011.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2011 (Staatsschuldenquoten für EU-Mitgliedstaaten nach Maastricht-Kriterien; nur im Länderteil). IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), September 2011 & Regionaler Wirtschaftsausblick Europa, Oktober 2011. Korrektur der Veränderung des Öffentlichen Haushaltssaldos sowie der Staatsschuldenquote durch das Update des "Fiscal Monitor" vom 24.01.2012 (ES).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF

Andere EU-Mitgliedstaaten

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	uldenquot	е	Leistungsbilanzsaldo				
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	
Bulgarien													
EU-KOM	-3,1	-2,5	-1,7	-1,3	16,3	17,5	18,3	18,5	-1,0	1,6	1,4	0,9	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-3,9	-2,5	-2,2	-	17,4	17,8	20,5	-	-1,0	1,6	0,6	-	
Dänemark													
EU-KOM	-2,6	-4,0	-4,5	-2,1	43,7	44,1	44,6	44,8	5,2	6,3	5,8	5,4	
OECD	-2,8	-3,7	-5,1	-3,0	43,7	44,2	46,1	46,3	5,3	5,5	4,8	4,7	
IWF	-2,9	-3,0	-3,0	-	-	-	-	-	5,1	6,4	6,4	-	
Lettland													
EU-KOM	-8,3	-4,2	-3,3	-3,2	44,7	44,8	45,1	47,1	3,0	-0,4	-1,1	-2,0	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-7,8	-4,5	-2,3	-	39,9	39,6	40,5	-	3,6	1,0	-0,5	-	
Litauen													
EU-KOM	-7,0	-5,0	-3,0	-3,4	38,0	37,7	38,5	39,4	1,1	-1,7	-1,9	-2,3	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-7,1	-5,3	-4,5	-	38,7	42,8	44,6	-	1,8	-1,9	-2,7	-	
Polen													
EU-KOM	-7,8	-5,6	-4,0	-3,1	54,9	56,7	57,1	57,5	-4,6	-5,0	-4,3	-4,8	
OECD	-7,9	-5,4	-2,9	-2,0	55,0	56,8	57,1	56,3	-4,5	-4,4	-4,4	-4,0	
IWF	-7,9	-5,5	-3,8	-	55,0	56,0	56,4	-	-4,5	-4,8	-5,1	-	
Rumänien													
EU-KOM	-6,9	-4,9	-3,7	-2,9	31,0	34,0	35,8	35,9	-4,2	-4,1	-5,0	-5,3	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-6,5	-4,4	-2,8	-	31,7	34,4	34,4	-	-4,3	-4,5	-4,6	-	
Schweden													
EU-KOM	0,2	0,9	0,7	0,9	39,7	36,3	34,6	32,4	6,3	6,4	6,3	6,4	
OECD	-0,1	0,1	0,0	0,7	39,7	36,8	35,9	33,7	6,7	6,7	6,9	6,7	
IWF	-0,3	0,8	1,3	-	-	-	-	-	6,3	5,8	5,3	-	
Tschechien													
EU-KOM	-4,8	-4,1	-3,8	-4,0	37,6	39,9	41,9	44,0	-4,4	-3,6	-3,2	-3,5	
OECD	-4,8	-3,7	-3,4	-3,4	37,6	40,2	41,7	42,8	-3,1	-3,3	-2,7	-4,2	
IWF	-4,7	-3,8	-3,7	-	38,5	41,1	43,2	-	-3,7	-3,3	-3,4	-	
Ungarn													
EU-KOM	-4,2	3,6	-2,8	-3,7	81,3	75,9	76,5	76,7	1,0	1,7	3,2	3,8	
OECD	-4,3	4,0	-3,4	-3,3	81,3	84,2	85,1	85,9	1,1	1,9	1,4	1,2	
IWF	-4,3	2,0	-3,6	-	80,2	76,1	75,5	-	2,1	2,0	1,5		

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2011.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2011 (Staatsschulden quoten für EU-Mitgliedstaaten nach Maastricht-Kriterien; nur im Länderteil).

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \ (WEO), September 2011 \& Regionaler Wirts chafts ausblick \ Europa, Oktober 2011.$ 

## Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen Referat Öffentlichkeitsarbeit Wilhelmstraße 97 10117 Berlin http://www.bundesfinanzministerium.de oder http://www.bmf.bund.de

#### Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen Arbeitsgruppe Monatsbericht Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de Berlin, März 2012

Lektorat und Satz: heimbüchel pr, kommunikation und publizistik GmbH, Berlin/Köln

# Gestaltung:

Pixelpark AG Agentur Köln

Bezugsservice für Publikationen des Bundesministeriums der Finanzen: telefonisch 0 18 05 / 77 80 90¹ per Telefax 0 18 05 / 77 80 94¹

<sup>1</sup> Jeweils 0,14 €/Min. aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

ISSN 1618-291X